

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: Prämienantrag: 30 Pf. monatlich, 1.10 Bf. jährlich, 12 Bf. pro Quartal, 1.10 Bf. pro Monat. Einzelne Nummer 3 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Beilage: 1.10 Bf. pro Monat. Eingetragen in die Reichs-Verzeichnisse. Unter Aufsicht des Reichs-Verkehrsministeriums. Für den Postverkehr in Deutschland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Österreich, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Bestätigt für die sechsgeheften Beilage über deren Raum 10 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das selbstdruckte Wort 10 Pf. (zählend 3 selbstdruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anträge für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Ercheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 30. Januar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Enteignung.

Ein echter preussischer Junker mag seinen Polen leiden, doch seine Güter nimmt er gern.

Das ist ungefähr der Kern der preussischen Polenpolitik, auf die kürzeste Formel gebracht und ohne nationalistisch-ideologische Verbrämung. Seit anderthalb Jahrhunderten wird die königlich preussische Polenpolitik von Junkers Gnaden nach diesem weniger durch Tiefe und Gründlichkeit als durch Einfachheit ausgezeichneten Grundsatz betrieben. In früheren Zeiten war auch die Durchführung dieses einfachen Grundsatzes recht einfach. Waren Arone und Adelskaste einig, so nahm man ungeniert auf offenem Markte den Polen — und natürlich nicht nur diesen! — fort, was nur gerade die günstige Gelegenheit bot. Seitdem aber der durch den Konarismus gemilderte Junkerabsolutismus Preußens seine bräutliche Nacktheit hinter einigen scheinverfassungsmässigen Heigenblättern verbergen muß, geht auch die „Enteignung“ deutscher Bauern und polnischer Gutsbesitzer nicht mehr ganz so einfach. Es muß dafür eine gesetzliche Form gefunden werden.

Und das ist der Humor daran. Die ursprüngliche Expropriation fremden Besitzes durch preussische Junker konnte immerhin noch in einer gewissen Raibität mit den ursprünglichen Raubinstinkten des Stärkeren gegenüber dem Schwächeren gedeckt werden. Es ist aber ein Schauspiel für Götter, zuzusehen, wenn sich die berufenen Vertreter der Gesellschaft des kapitalistischen Privateigentums im Schweige ihres Angesichts an die schwierige Aufgabe machen, den offensbaren und brutalen Bruch ihres wirtschaftlichen und politischen Fundamentalsatzes in eine gesetzliche Form zu bringen. Und der Höhepunkt des Spases wird erreicht, wenn sich einer dieser Vertreter, wie in der Mittwochssitzung des Reichstags der freikonservative Herr Wertin, in die Brust wirft und argumentiert: ein Bundesstaat hat das Gesetz zur Legalisierung des Raubes von Privateigentum nun einmal geschaffen, das Gesetz besteht damit und zwar nicht nur auf dem Papier; das Reich hat in diese Gesetzgebung nicht mehr hineinzureden, wenn es sich nicht einer Gesetzesverletzung schuldig machen will! Basta!

Es war kein guter Tag für die Hofatisten, Alldutschen und Ausnahmeheldler sonstiger Schattierungen. Die Reichsregierung sorgte selbst mit dem erstauulichen Geschick, das sie in allen Fragen grundsätzlicher Politik auszeichnet, für den richtigen Auftakt. Sie gab eine Erklärung ab, daß sie in die preussischen Rechte nicht einzugreifen habe und sich deshalb an der Debatte des Reichstags über diese Angelegenheit nicht beteiligen könne. Und nach dieser tief-sinnigen Geistesstat zeigten die wenigen Herren der Regierung, die bis dahin die Bänke des Reichstags geziert hatten, den Reichstagsabgeordneten auf einige Sekunden ihre Hinterfronten und verschwanden sodann spornstreichs aus dem Saale, in dem man soeben sich anschickte, dem preussischen Gute die Reberenz nicht zu erweisen.

Der neue Reichstag hat sich glücklicherweise das bescheidene Recht erkämpft, daß er bei Interpellationen, deren Beantwortung die Regierung ablehnt, nicht mehr wie früher zu einem anderen Punkte der Tagesordnung überzugehen braucht, sondern daß er auch bei einem Boykott des Reichstags durch die Regierung über die boykottierte Interpellation weiter verhandeln kann.

Und das geschah in ausgiebiger und in gründlicher Weise. Von den Polen, die an der Sache am meisten und unmittelbarsten interessiert waren, kamen drei Redner zu Wort. Herr Seyda begründete in dem ruhigen Ton, in dem er gewöhnlich zu sprechen pflegt, die Interpellation; der sonst ziemlich schweigsame und ruhige Herr Morawski sprach leidenschaftlich und mit nationalpolitischem Temperament in der Diskussion, und Herr Trampczynski, ein Russe, hielt in einem Schlusswort gewandt und mit Humor eine Nachlese.

Den Gegenpart hielten die Konservativen, Freikonservativen und die Nationalliberalen. Oder vielmehr: sie hielten ihn nicht! So kläglich und verlegen sind diese Herren selten auf ihren Lederhosen herumgerutscht, und so stümperhaft und wortarm haben ihre Redner selten eine schlechte Sache vertreten wie am Mittwoch.

Aber auch die übrigen bürgerlichen Parteien spielten keine besonders heldenhafte Rollen. Das Zentrum ließ zwar durch den Grafen Braschma seine Gegnerschaft gegen die preussische Polenpolitik erklären, stürzte sich aber nicht in besondere Kräfte der Beweisführung oder des Temperaments. Der Freisinn schaltete sich in rührender Hilfslosigkeit freiwillig aus und drückte sich vor einer entscheidenden Stellungnahme, indem er erklären ließ, daß er sich bei der Abstimmung seiner Stimme enthalten werde. Die fortschrittliche Hilfslosigkeit erhielt noch dadurch eine besonders augenfällige Inkarnation, daß sich der Präsident des Reichstags, Herr Kaempf, bei der Leitung der Verhandlungen den sozialdemokratischen Rednern gegenüber in einer selbst bei ihm seltenen totalen Ratlosigkeit befand.

Ihnen allen war das Konzept verdorben worden. Als erster Redner in der Debatte hatte Genosse Wendel eine Abrechnung mit der hofatistischen Polenpresserei und ihren parlamentarischen Mandatären vorgenommen, die so liidenlos und handfest war, daß den nationalistischen Dramatisten

hinterher die schönste nationalistische Phrase im Galle gerann. Genosse Wendel gehört zu den Rednern, denen es nicht nur auf das Was einer Rede ankommt, sondern auch auf das Wie. Gute Argumente belebt er durch zündende Vergleiche und durch witzige Posheit, so daß nicht nur unsere Fraktion die aufmerksamsten Zuhörer stellte, sondern auch alle übrigen Parteien des Hauses mit Interesse der sozialdemokratischen Beweisführung folgten.

Von den wohlüberlegten, trefflicheren Sätzen Wendels vermochten sich die hofatistischen Wortführer bis zum Schluss der Sitzung nicht zu erholen. Was sie aber doch noch an Ausreden und Entschuldigungsgründen herbeimelken, gab unserem zweiten Redner, dem Genossen Ledebour, willkommenen Gelegenheiten zum Angriff. Ledebours Klinge schlägt die schürstigen Wunden in der Polenpolitik, zumal dann, wenn ihm die Gegner durch Zwischenrufe besondere Blößen ihrer Position verraten. Er wies die faule Ausrede der Hofatisten zurück, daß ihre Polenpolitik nationalen Beweggründen entspringe. Im Reichstage ständen ungefähr drei Viertel aller Abgeordneten, die zugleich die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes vertreten, gegen die Enteignungspolitik der preussischen Regierung. Welche Annahme bedeutet es da, wenn das übrigbleibende Häuflein sich als der berufene Interpret des Willens des deutschen Volkes anpreist! Um so sicherer traf aber Ledebour auch mitten ins Schwarze und in die Schwarzen, als er dem

Zentrum, das die Polenpolitik der preussischen Regierung bekämpft, klar machte, daß das Zentrum durch eine konsequente Wahlrechtspolitik in Preußen sehr bald eine andere politische Konstellation in Preußen herbeiführen könne. Und auch den Polen schenkte Genosse Ledebour nicht die bittere Pille, daß diese Partei durch ihre junkerfreundliche Haltung bei der letzten Finanzreform es in erster Linie mit verschuldet hat, daß die polenfeindlichen preussischen Junker wieder recht fest in den Sattel gekommen sind.

Unsere beiden Redner schlossen mit der Versicherung, daß uns Sozialdemokraten das Prinzip der Enteignung an sich natürlich nicht unympathisch ist. Im Gegenteil! Wohl verurteilen wir die Anwendung der Enteignung gegen eine wehrlose Minderheit durch eine rücksichtslose Mehrheit zum Zwecke des Raubes und der nationalistischen Vergewaltigung. Dagegen werden wir uns mit Vergnügen der prächtigen Argumente junkerlicher Intrigen bedienen, wenn später einmal die Expropriation der Expropriateure beginnt. Wir werden uns vor allen Dingen das klöpplich einfache und einleuchtende Argument des Herrn von der Hendebrand und der Lose merken, daß es „Fälle gibt, in denen man nehmen muß, wenn man es nicht anders kriegen kann“!

Solcher Fälle birgt die Zukunft noch eine ganze Menge in ihrem verheißungsvollen Schoße. Qui vivra, vival! Wer's erlebt, wird es sehen!

Abbruch der Londoner Friedensverhandlungen.

Die Delegierten der Balkanstaaten haben ihre Drohung ausgeführt und dem türkischen Bevollmächtigten die angeforderte Note überreicht. Die Friedensverhandlungen sind also formell abgebrochen und die Balkan-Delegierten haben auch bereits ihre Abreise für das Ende der Woche angekündigt.

So kritisch die Situation sich also gestaltet hat, so darf nicht übersehen werden, daß zwar die Friedensverhandlungen abgebrochen sind, der Waffenstillstand aber fortbesteht. Die Entscheidung bleibt also noch in der Schwebe.

Die Ueberreichung der Note.

London, 29. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, erschien der serbische Geschäftsträger Gruisich um drei Uhr nachmittags im Carlton Hotel, wo er von einem Sekretär der türkischen Mission empfangen und nach dem Zimmern Reschid Paschas geführt wurde. Gruisich überreichte hierauf formell die Note der Verbündeten. Er verließ das Hotel sogleich wieder und begab sich nach dem Auswärtigen Amt, um dem Staatssekretär Grey eine Abschrift der Note zu übermitteln.

Die Note erklärt die Verhandlungen für abgebrochen.

Die serbische Delegation wird London spätestens am Sonntag, wahrscheinlich jedoch schon am Sonnabend verlassen und sich nach Belgrad begeben.

Der Wortlaut der Note.

London, 29. Januar. Der Text der Note der Balkanverbündeten lautet:

„An Ihre Excellenzen die Herren bevollmächtigten Delegierten der hohen Pforte auf der Friedenskonferenz! Da die Bevollmächtigten der verbündeten Staaten seit der Suspension der Arbeiten der Friedenskonferenz vergeblich während dreier Wochen auf eine Antwort der ottomanischen Bevollmächtigten auf ihre letzte Forderung gewartet haben, und da, wie es scheint, die Ereignisse in Konstantinopel die Hoffnung beseitigen, zu einem Friedensschluß zu gelangen, sehen sie sich zu ihrem großen Bedauern gezwungen, zu erklären, daß die am 16. Dezember vergangenen Jahres in London angeknüpften Verhandlungen am 28. Januar 1913 in London abgebrochen wurden.“

Die Urkunde trägt die Unterschriften aller Delegierten der Balkanstaaten, als erste die Danews.

Die militärische Situation.

Paris, 29. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Nach Mitteilungen, die der „Temp“ von Londoner Balkanmilitärs erhalten hat, würden sich die Feindseligkeiten bei ihrem Wiederbeginn auf Adrianopel konzentrieren. Während des Waffenstillstandes wurden eine Anzahl Batterien von der Tschataldscha-Linie zurückverlegt; das Hauptquartier der dritten Armee wurde von Ermenkoj nach Tcherleskoj verlegt. So lange sich Adrianopel hält, wäre ein bulgarischer Angriff auf die Tschataldscha-Linie zwecklos. Wollten jedoch die Türken jetzt die Offensive ergreifen, was fast unmöglich erscheint, da die Ueber-schreitung des Karasu für Artillerie sehr gefährlich wäre, denn bei einem Mißerfolge wäre ein Rückzug infolge der Beschaffenheit des Terrains fast ausgeschlossen. Die Serben führen 65 000 Mann an den West-Abchnitt der Adrianopeler Fernernungslinie heran, da, wo die Annäherung an die Stadt am leichtesten durchzuführen ist. Sie

werden die Hauptarbeit leisten müssen, was ihre bisherige Reserve gegen die Aufnahme der Feindseligkeiten erklärt.

Londoner Bankreise nehmen die Klugung der Nachricht, daß deutsche Banken der Türkei einen Vorschuß von 50 Millionen geleistet hätten, ernst, da der Zustand des deutschen Geldmarktes eine Kreditgewährung ausschliesse. Deutsche Banken ließen Rumänien 60, nicht 150 Millionen zur Bezahlung deutscher Lieferungen, vornehmlich solcher von Krupp. Weitere 100 Millionen sollen nach Friedensschluß gezahlt werden.

Die Antwort der Pforte.

Konstantinopel, 28. Januar. Der Entwurf der Antwortnote der Pforte ist heute ins Französische überetzt worden. Wie es heißt, erklärt die Pforte in diesem Entwurf, der wahrscheinlich nochmals vom Ministerrat geprüft werden wird, daß sie die von den ottomanischen Bevollmächtigten in der Sitzung vom 3. Januar bereits gemachten Zugeständnisse aufrechterhalte, also, was das Wilajet Adrianopel anbetrifft, eine Grenzlinie, die der alten Grenze bis zum Flusse Arda folgt, dessen Lauf sie bis zur Einmündung des Sogudlu Tchai folgen wird, um Gümürdjina östlich liegen lassend, am See Buru Göl zu enden. Ihre Rechte auf die Inseln halte die Pforte aufrecht.

Die Pforte wird ein Komunique veröffentlichen, in dem die Presse aufgefordert wird, Fragen der inneren und äußeren Politik nicht im Geiste der Parteien zu behandeln.

Das Kabinett ist nunmehr vollständig, abgelesen von dem Präsidium des Staatsrats, das dem ehemaligen Großwesir Rutschuk Said angeboten worden ist. Die Verhandlungen mit dem früheren Großwesir Hakkı Pascha, um ihn zum Eintritt in das Kabinett zu bewegen, werden fortgesetzt. Hakkı Pascha soll sich bereit erklärt haben, irgendein Portefeuille anzunehmen, falls einige Minister wechseln und sein allgemeines politisches Programm angenommen wird. Dieses Programm würde eine persönliche Politik gegenüber einzelnen Nationalitäten sowie allgemeine Reformen, insbesondere eine Umgestaltung der Verwaltung in westeuropäischem Geiste, in sich schließen.

Das Pressebureau erklärt die Blättermeldung, daß der frühere Sultan Abdul Hamid nach Romia gebracht werden solle, für unrichtig. Die Regierung habe keinen derartigen Entschluß gefaßt. Auch die Gerüchte über Konflikte unter den türkischen Truppen an der Tschataldschaline werden für falsch (?) erklärt.

Die Botschafterkonferenz.

London, 29. Januar. Die Botschafter traten heute nachmittags zu einer Besprechung zusammen. Wie berichtet wird, erörterten sie die albanische Frage sowie die finanziellen und wirtschaftlichen Probleme, die sich aus dem Uebergang türkischen Gebiets an die Verbündeten infolge des Krieges ergeben.

Eine Erklärung der österreichischen Regierung.

Wien, 29. Januar. Das „Fremdenblatt“ konstatiert, daß, soweit auch die Kombinationen und Meinungen der europäischen Blätter über den bevorstehenden Entschluß des türkischen Ministerrates auseinandergehen mögen, der Dreibund und die Tripleentente doch vollständig darüber einig seien, daß das neue türkische Kabinett, falls es sich dem in der Kollektivnote der Mächte geäußerten Wunsche nicht anpassen sollte, auf die Unterstützung durch die Mächte in keiner Weise rechnen könne. In diesem Sinne seien Dreibund und Tripleentente vollständig einig, was mit un 10

größeren Nachdruck hervorgehoben werden müsse, als anlässlich des Konstantinopeler Pulsches neuerlich ein Versuch unternommen worden sei, der europäischen Öffentlichkeit die lächerliche Fabel aufzutischen, als ob Oesterreich-Ungarn insgeheim der jehigen Umwälzung in der Türkei und damit dem türkischen Widerstand gegen die Annahme der Friedensbedingungen Vorlauf geleistet hätte. Weiter bestehe darüber vollkommene Uebereinstimmung, daß in dem unerwarteten Falle einer ablehnenden Antwort der Türkei auf die Kollektivnote die Mächte jede isolierte Aktion unterlassen müßten.

Rumänien und Bulgarien.

Bukarest, 20. Januar. Dem Verlangen Rumäniens entsprechend sind der rumänische Gesandte in London Michu und Dr. Danew als Vertreter Bulgariens übereingekommen, ein Protokoll abzuschließen, das die rumänischen Forderungen und die bulgarischen Konzessionen enthält und den Kabinetten in Bukarest und Sofia vorgelegt werden wird.

Dazu telegraphiert unser Kölner Korrespondent: Ein Berliner Telegramm der „N. ö. Ztg.“ sagt: „Der Meldung, daß Rumänien vom Dreibund abschwenken wolle, wird von rumänischer Seite bestimmt widersprochen. Ueberviegend geht die Meinung dahin, daß Rumänien und Bulgarien, wenn auch unter Schwierigkeiten, zu einer Verständigung gelangen werden. Es sollen von bulgarischer Seite bereits mehrere Zugeständnisse gemacht worden sein, wenn auch die volle Einigung noch fehlt. Es ist doch wohl kaum anzunehmen, daß Bulgarien in seine frühere ablehnende Haltung gegenüber den Wünschen Rumäniens zurückfallen sollte.“

Interpellation über den bulgarisch-rumänischen Konflikt.

Bukarest, 20. Januar. Kammer. Der Deputierte Gradisteanu stellte an den Ministerpräsidenten Majoresco die Anfrage, ob die Einzelzüge Bulgariens mit den Interessen und der Würde Rumäniens vereinbar seien. Redner erklärte: Die Vorschläge Bulgariens seien nicht ernstlicher Natur, und fragte, ob die Regierung mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung nicht durch eine energische Handlung den Willen Rumäniens zur Geltung bringen und dadurch die Erklärung der Thronrede, daß die Stimme Rumäniens Gehör finden werde, verwirklichen wolle.

Der Deputierte Jorga, Führer der Nationalpartei, erklärte: Seine Partei enthält sich heute ebenso wie im Jahre 1907 jeder Kundgebung, die den Interessen des Landes schaden könnte. Redner glaube, die wahre öffentliche Meinung müsse auch würdige Ruhe bewahren. Angesichts der Ueberfülle widersprechender Blättermeldungen soll die Regierung die öffentliche Meinung genau und einseitig informieren.

Ministerpräsident Majoresco erklärte: Gradisteanu sei schlecht informiert. Es sei nicht richtig, daß die bulgarischen Vorschläge nicht ernst seien. Redner hätte nicht im Parlament sagen sollen, daß Bulgarien wie in einem Kaufhause feilsche, oder daß Rumänien Europa zum Spott diene. Zum Beweis der Unrichtigkeit der Behauptungen Gradisteanus erklärte der Ministerpräsident: Die Stimme Rumäniens wird in Wirklichkeit gehört werden. (Beifall.) Dr. Danew hatte in Bukarest keinen Auftrag, zu unterhandeln. Er hat einfach die Wünsche Rumäniens zur Kenntnis genommen. Bulgarien hat dann verlangt, daß es gegen den Krieg beizutreten und dann verhandeln wolle. Rumänien verlangt, sofort zu verhandeln. Bulgarien erkannte die Richtigkeit des rumänischen Gesichtspunktes an. Die Verhandlungen begannen und dauern in freundschaftlicher Weise fort. Dies ist alles, was ich jetzt erklären kann. Ich hoffe, demnächst weitere Auskünfte erteilen zu können. Ich erkläre, daß die Regierung die ganze Verantwortung übernimmt.

Der Deputierte Arion, der Präsident der Kulturliga, betonte die Notwendigkeit sofortiger eingehender Auskünfte. Der Ministerpräsident erklärte: Der jetzige Zeitpunkt sei hierzu nicht geeignet; er werde später eingehende Aufklärungen geben, sei es in öffentlicher, sei es in geheimer Sitzung.

Die Kammer nahm hierauf mit allen 110 abgegebenen Stimmen eine Tagesordnung an, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird. Die Liberalen enthielten sich der Abstimmung. Der Führer der Liberalen erklärte: Ihre Stimmenthaltung sei darauf zurückzuführen, daß für diese Angelegenheit die Majorität maßgebend sei.

Eine Erklärung des deutschen Botschafters in Konstantinopel.

Konstantinopel, 20. Januar. Während des Banketts, das die deutsche Kolonie zu Ehren des Geburtstages des Deutschen Kaisers veranstaltete, sprach der deutsche Botschafter Freiherr von Langenheim folgende Worte: „Ebenso wenig heute wie in der Zukunft wird jemand einen Finger an Anatolien legen können, wo wir Lebensinteressen haben.“

Die türkische Finanznot.

Konstantinopel, 20. Januar. Nach einer Meldung einer hiesigen Zeitung hat eine Bank der neuen Regierung ein Darlehen von 2 bis 3 Millionen Pfund angeboten; diese Nachricht ist jedoch un wahr. Es ist möglich, daß auf Grund neuerlicher Zusicherungen das Syndikat der Metropolitankasse einen Kredit von 400 000 bis 500 000 Pfund gewährt, da jetzt die Konzession unterzeichnet ist; eine Entscheidung hierüber liegt jedoch noch nicht vor. Um einen Teil der notwendigen Gehälter zu zahlen, entlehnte die Regierung 150 000 Pfund dem Koton Dalmond.

Bestrafung der Mörder Ragim Paschas.

Konstantinopel, 20. Januar. Eine Abordnung von Offizieren aus der Eskadralchallinie traf heute beim Großwesir ein und verlangte eine exemplarische Bestrafung der Mörder Ragim Paschas.

Das Wahlrechtsflasko in England.

London, 28. Januar. (Fig. Ber.) Ein weiblicher Aristophanes, der zeigen wollte, wie lächerlich die gepriesene politische Ueberlegenheit des männlichen Geschlechts ist, konnte keinen dankbareren Stoff für seine Komödie finden als die Ereignisse, die sich in den letzten Tagen im englischen Unterhause zugetragen haben. Nach langem Hin- und Herdenken hätten die weisen Herren der Schöpfung schließlich einen Plan ausgedacht, nach dem das Parlament trotz des herrschenden Zweiparteiensystems seiner Ansichten in bezug auf das Frauenstimmrecht Anerkennung verschaffen konnte. Die Urheber des Planes taten sich nicht wenig auf ihre Schlaueit zu Gute, und schon war man mitten in der Ausführung des vielbesprochenen Projekts, als es einem nicht gerade wegen seiner politischen Klugheit berühmten Mitgliede einfiel, bei dem Zeremonienmeister anzufordern, ob denn die ganze Prozedur auch nach den Satzungen des Hauses schicklich sei. Und der Zeremonienmeister meinte, man könne zwar in den Beratungen weiterfahren, aber nachher, nachdem der Plan an-

genommen, werde er schon zeigen, daß die Sache einen großen Schaden habe und zu Wasser werden müsse.

So müssen sich die Dinge wenigstens im Kopfe des unbefangenen Zuschauers widerspiegeln, der all den gravitätischen Sokusfokus, mit dem die beiden herrschenden bürgerlichen Parteien Englands die Geschäfte des Parlaments umgeben haben, für bare Münze nimmt. Die Frauen hingegen, die in dem Spiel die Leidtragenden sind und die mit sicherem Instinkt den kurzen Sinn des langen und verwidelten parlamentarischen Jargons erfasst haben, sind der Ansicht, daß sie wieder einmal von ihren falschen Freunden im Kabinett betrogen worden sind. Man mag dagegen einwenden, daß die liberale Regierung kein Interesse daran hatte, durch den Beitrag der Frauen ihre eigene Wahlrechtsvorlage zu Fall zu bringen. Wenn man aber bedenkt, daß es den Liberalen hauptsächlich darauf ankommt, die die Konservativen beginnenden Pluralwähler aus der Welt zu schaffen, und daß diese Absicht nach den gestrigen Erklärungen Asquiths trotz des Malheurs noch während der Lebensdauer dieses Parlaments verwirklicht werden wird, kommt man zu einer klareren Auffassung der ganzen Sachlage. Das Zurückziehen der Wahlrechtsvorlage ist für die liberalen Parteinteressen nur ein problematischer Verlust. Vielleicht ist es das nicht einmal. Das Fallenlassen der Vorlage hat die Gefahr einer Spaltung in der liberalen Partei abgewendet und das wird der größte Teil der Liberalen als eine wahre Erlösung empfinden.

Die Vorgänge, die sich gestern im Parlament abspielten, wurden von jedermann vorausgesehen. Herr Asquith fragte den Speaker, ob die Annahme eines der Frauenstimmrechtsamendements die Vorlage so einschneidend verändern würde, daß sie in einer späteren Etappe der Beratungen zurückgezogen werden müsse. Der Speaker erwiderte, daß dem so sei, daß die derartig veränderte Vorlage eine neue Vorlage darstellen würde, die nach den Gepflogenheiten des Hauses von neuem eingebracht werden müßte; der Zweck der Vorlage würde durch die Hinzufügung des Frauenstimmrechts ein anderer als der ursprünglich angegebene. Darauf erklärte der Premierminister, daß die Regierung unter diesen Umständen die Vorlage zurückziehen werde. Er zitierte mehrere Präzedenzfälle, um darzutun, daß die Regierung den Entschluß des Speakers nicht voraussehen konnte. Zur gelegenen Zeit werde eine neue Wahlrechtsvorlage eingebracht werden, die sich auch mit der Neueinteilung der Wahlkreise befassen werde. Besonders aber werde die Regierung darauf sehen, daß noch während der Lebenszeit dieses Parlaments eine Vorlage zur Abschaffung der Pluralwähler Gesetz werde. Was das Frauenstimmrecht anlangt, so werde die Regierung aus Gründen, die bekannt seien, keine Vorlage zur Einführung des Frauenstimmrechts einbringen; sie werde aber in der nächsten Session dem Parlament volle Gelegenheit zur Beratung und Annahme einer nichtoffiziellen Frauenstimmrechtsvorlage geben.

Man hatte allgemein angenommen, daß die Regierung nach dem Hellenlassen der Wahlrechtsvorlage die Pluralwahlvorlage des Abgeordneten Vater zu ihrer eigenen machen werde. Wahrscheinlich um die Frauen versöhnlich zu stimmen, hat man den Plan aufgegeben. Die Regierung hat ihre Pläne geändert. Nach dem Parlamentsgesetz dauert die Legislaturperiode fünf Jahre. Das bestehende Parlament kommt mittig im Dezember des Jahres 1913 zu Ende. Aus verschiedenen Gründen ist aber die Dauer des Parlaments stets um etwa ein Jahr geringer als die gesetzliche Frist. Die Regierung wird daher, um den Einspruch der Lords überwinden und die angekündigte Pluralwählerbill unter Dach und Fach bringen zu können, bis knapp an die Grenze der Lebensdauer des Parlaments gehen. Der Schutz des Parlamentsgesetzes, das das Vetorecht der Lords nur auf die Dauer zweier aufeinander folgenden Sessionen zuläßt, wird hingegen der nichtoffiziellen Frauenstimmrechtsvorlage kaum zugute kommen, so wohlwollend die Regierung ihm auch gegenübersehen mag. Denn vor allen Dingen muß sich die Vorlage beim Ballotieren um den Vorgang der sogenannten privaten Vorlagen eine günstigen Platz sichern und erreicht sie nicht eine der ersten Stellen, so sind ihre Aussichten unter den besten Verhältnissen sehr trübe. Zwar dehnt sich der Schutz des Parlamentsgesetzes auch auf Vorlagen aus, die von dem neuen Parlament aus dem alten übernommen werden; das heißt, eine Vorlage, die zum Beispiel zweimal von den Lords verworfen worden ist, könnte nicht ein drittes Mal verworfen werden, wenn sie in einem neuen Parlament in derselben Gestalt wieder angenommen würde. Aber diese Gewissheit, auf die Lloyd George gestern so nachdrücklich hinwies, bringt den Frauen wenig Trost; denn wer bürgt dafür, daß die liberale Partei, die das Versprechen abgegeben hat, die Frauenstimmrechtsvorlage zu beschützen, aus den nächsten Wahlen wieder siegreich hervorgeht?

Daß die englischen Frauen, die sich dem Siege so nahe wähnten, wütend sind, ist leicht verständlich. Sie fordern den Rücktritt der Minister Lloyd George und Sir Edward Grey, die sich als ihre Kämpen ausgegeben haben. Das Fiasko der Wahlrechtsvorlage wird bestimmt zu einer großen Stärkung der militanten Abteilung der Frauenbewegung führen, die mit ihrer terroristischen Taktik schon wieder begonnen hat. Ohne Zweifel hat der Gang der Ereignisse den Einfluß der Frau Pankhurst stark vermehrt. Sie hat von vornherein behauptet, daß aus dem ganzen Plan der Regierung nichts werden würde und daß allein eine Vorlage, für die die Regierung direkt die Verantwortung übernehme und die von der soliden Regierungsmehrheit durchgedrückt werden könnte, zum Ziele führe. Und sie hat zweifelsohne recht.

Die Regierung war sich der Konsequenzen ihrer Handlungsweise wohl bewußt. Gestern Abend hatte sie ein ganzes Armeekorps Polizisten in der Nähe des Parlamentsgebäudes aufgestellt. Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich in der Gegend versammelt, um Asquith und Lloyd George „willkommen zu heißen“. Eine Schwadron Reiterer nach der anderen zog durch die Straßen. Eine Kompanie Fußpolizisten folgte der anderen. Es wimmelte von Polizisten. „So viel Polizisten“, sagte uns ein englischer Genosse, in dessen Begleitung wir uns befanden, „habe ich nicht einmal bei der großen Demonstration in Berlin gesehen.“ Dann und wann jagte ein Zug Reiterer die Straße hinauf. Männer und Frauen drängten sich auf den Bürgersteig und pfliffen sie aus. England soll kein Polizeistaat sein. — Es ist auf dem besten Wege einer zu werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Januar 1913.

Etat der Domänenverwaltung.

Der Etat der Domänenverwaltung, den das Abgeordnetenhaus am Mittwoch beriet, gab Gelegenheit, allerhand kleine Wünsche zum

Teil lokaler Natur zur Sprache zu bringen. Von allgemeinem Interesse war hauptsächlich die Debatte über die innere Kolonisation, über die sich eine Anzahl Redner verbreiteten. Die Wortführer der bürgerlichen Parteien von rechts bis links überboten sich förmlich in ihrer Freundschaft für die innere Kolonisation und für die Landwirtschaft; man merkte es, daß die Wahlen bevorstehen. Allerdings verwahrten sich besonders die Nationalliberalen ausdrücklich dagegen, daß sie etwa den ganzen Großgrundbesitz aufteilen wollen, nur die Domänen sollen zur inneren Kolonisation herangezogen werden. Grundtätige Kritik an der ganzen Art unserer Domänenverwaltung übte Genosse Leinert, der mit Recht auf die Art und Weise hinwies, wie manche Domänenpächter das vom Staat billig geachtete Land zu dem drei- und vierfachen Preise weiter verpachten. Auch gegen den Verkauf der staatlichen Domänen wandte sich unser Redner mit allem Nachdruck; er regt statt dessen ihre Hergabe zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung im Interesse der Gesamtheit an und betonte die große Rolle, die die Domänen auf dem Gebiete der Fleischversorgung spielen können. Statt die Anregungen des Vertreters der Sozialdemokratie sachlich zu würdigen, ergingen sich die Konservativen in persönlichen Verunglimpfungen der Sozialdemokratie wofür ihnen eine mißverständliche Aeußerung Leiners den Vorwand liefern mußte.

Ebenso wie der Sozialdemokrat forderte auch der Redner der Fortschrittlichen Volkspartei, Abg. Deilus, daß die Domänenpächter verpflichtet würden, in erhöhtem Maße Viehwirtschaft zu betreiben.

Donnerstag: Etat der Forstverwaltung.

Eine Parlamentssitzung ohne Debatte.

Das Herrenhaus, das Herr Friedberg gerne auch kommerzialisieren möchte, hat sich am gestrigen Mittwoch wieder einmal versammelt. Unter lauten Privatgesprächen, worunter sich vermutlich viele nachgeholtte Profit Reuigeh! befanden, erledigte man eine umfangreiche Tagesordnung, ohne daß irgend jemand sonst zur „Kation“ gesprochen hätte, als der Präsident, der Schriftführer und der Berichtserstatter — es sei denn, daß man den Antrag des Herrn v. Buch aus Kommissionsberatung des Schlepplimonopolgesetzes, der die erste Lesung dieses nicht unwichtigen Gesetzeswurfs erledigen mußte, als eine Rede ansehen wollte.

Sonderbare Schwärmer in Primsenan in Schlessien hatten sich an die Erlauchten und Edlen mit der Bitte gewandt, daß die Hälfte der Gemeindevorsteher auf dem Lande aus ortsanlässigen Bauern, Landarbeitern und Gewerbetreibenden bestehen müßte. Vielleicht sollte sich das gegen ein Uebergewicht der Ortsbeamten usw. richten, doch man ging zur Tagesordnung über. Ein besseres Schicksal fand der Reichsrat der bedauerlicherweise schlechtgestellten Vorkämmerer des Innungsverbandes „Germania“ zu Berlin um „Fürsorgeziehung“ für die Konsumvereine. Der Staatsregierung soll die Bitte um schärfere Besteuerung der Konsumvereine Material sein, die um Ausdehnung der für Gewerbetreibende geltenden Kontrollbestimmungen auf die Rasterbäckereien der Konsumvereine soll sie gar berücksichtigen. Nur mit dem Verbot des Badwarenverkaufs an Nichtmitglieder hatten die Meister kein Glück. — Tagesordnung war die Lösung.

Freitag kommt das Wassersegey heran, vielleicht auch nicht; in diesem Fall der Moorschutz und die ländlichen Fortbildungsschulen.

Der zweite Akt der Post.

Vor einigen Tagen leistete sich die antibachemittische „Kölnische Korrespondenz“ eine amüsante Verspottung der bisher von der Zentrumspreffe befolgten Taktik gegenüber neuen Heeresvorlagen. Die „Kölnische Korrespondenz“ teilte die von den Zentrumsblättern aufgeführte übliche Poste in vier Akte.

1. Akt: Es besteht absolut kein vernünftiger Grund zur Vermehrung der Streitkräfte — deshalb müsse die Vorlage entschieden abgelehnt werden.

2. Akt: Man läßt sich in Anbetracht der „kritischen Lage des Vaterlandes“ herbei, über den Nutzen oder die Notwendigkeit einer Heeresvermehrung zu debattieren, fordert aber zunächst Regelung der Deckungsfrage.

3. Akt: Da unleugbare Gefahren für das Vaterland bestehen, dürfen der Regierung die notwendigen Mittel nicht vorenthalten werden; doch können die Lasten nicht wieder dem Volk aufgelastet werden.

Schlussakt: Annahme der Heeresvorlage der Regierung durch die Zentrumsfraktion des Reichstages nach Vornahme einiger kleiner Abstriche. Der größte Teil der Lasten wird der breiten Volksmasse aufgebürdet, da die reichen Leute angeblich schon derart bluten, daß ein neuer Überloß nicht vorgenommen werden darf.

Der Sohn war berechtigt, scheint aber wenig genügt zu haben; denn bereits schickte sich die Zentrumspreffe an, von neuem diese Poste aufzuführen. Voran natürlich die „Kölnische Volkszeitung“. Nur hat dieses ehrenwerte Blatt in seiner staatsmännischen Schlaueit den ersten Akt sehr verkürzt; es ist schon beim zweiten Akt und steht sogar schon mit einem Fuß im dritten. In einem Artikel, der die schöne Ueberschrift führt „Ein unparteiisches Wort zur Militärvorlage“ schreibt nämlich das bachemittische Hauptblatt:

Zu unserem Teile möchten wir schon heute dem dringenden Wunsch Ausdruck geben, daß wenigstens von jetzt ab jede aufreizende Form in der Agitation, und zwar auf allen Seiten, bei Freunden wie Gegnern der kommenden Militärforderungen, vermieden werde. Die Weltlage ist nicht dazu angelegt, um dem Ausland ein Bild der inneren Zerfleischung des deutschen Volkes zu geben, als ob dieses nur aus händelstüchtigen alldutschen Militaristen auf der einen und unpatriotischen Antimilitaristen auf der anderen Seite bestände. So verfehlt es wäre, eine ernste sachliche Prüfung der verschiedenartigen Forderungen, aus denen sich die Vorlage ja anscheinend zusammensetzen wird, sei es zu verwehren, sei es zu verweigern zu wollen, ebenso unpatriotisch würde es sein, diejenigen, die dabei zu verschiedenen Ergebnissen gelangen, nach dieser oder jener Richtung hin zu verdächtigen und zu beschimpfen.

Dazu kommt eine nüchternere sachliche Erwägung. Die Regierung sowohl wie der Reichstag — vielleicht nicht einmal die Sozialdemokratie ganz ausgeschlossen, so „einfach“ für sie auch sonst ihre Stellung zu Wehrfragen sein mo — befinden sich angesichts der neuen Militärvorlage auf keinen Fall in einer angenehmen Lage. Es wird weder ganz leicht sein, die Vorlage zu verteidigen, noch sie zu belächeln. Der Regierung wird man mit Grund entgegenhalten, daß sie noch vor ganz kurzer Zeit unsere Rüstung als völlig ausreichend für längere Zeit erklärte, und zwar als ausreichend natürlich für jede Möglichkeit, denn nicht für den Frieden, sondern für den Krieg ist ja das Heer letzten Endes da und muß daher immer schlagbereit sein. Gleichwohl wird die Regierung bei der neuen Vorlage ohne Zweifel auf die gefährliche Weltlage hinweisen und die Vertretung des deutschen Volkes beschwören, doch in einem so ersten Augenblick der Welt nicht das Schauspiel eines Reichstages und eines Volkes zu bieten, die sich weigerten, dem Heere zu geben, was dieses und was eine erfolgreiche Leistung unserer

außwärtigen Politik brauche, um die Sicherheit Deutschlands oder auch nur die Erhaltung seines politischen und militärischen Ansehens in der Welt zu gewährleisten.

Doch zunächst die Deckungsfrage! Nachdem das Blatt in obiger Weise die Notwendigkeit der Veresberklärung so halb und halb zugegeben hat, erklärt es, neue Schulden dürften nicht gemacht werden, zuerst müsse unbedingt für die Deckung der erforderlichen Mittel gesorgt werden:

„Regierung und Reichstag haben sich gleichmäßig und einstimmig förmlich und feierlich auf die Verpflichtung festgelegt: Keine Ausgabe ohne Deckung! Und sie haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß Schuldenmachen keine Deckung bedeutet. Dem Schuldenmachen ist gleichgestellt worden der Verzicht auf Schuldentilgung. Für die Deckung sorgen bedeutet also für vermehrte Einnahmen sorgen, soweit nicht die bisherigen Einnahmen verfügbare Ueberschüsse ergeben oder ein entsprechendes Wachstum erwarten lassen, oder soweit nicht die Möglichkeit besteht, an anderen Stellen beträchtliche Ersparnisse zu machen. Auch nationalliberale Blätter haben noch jüngst, als die ersten Nachrichten über die kommende Militärvorlage in der Presse auftauchten, sehr ernst an die Pflicht der Deckung erinnert.“

Doch schließlich wird sich auch eine entsprechende Deckung finden lassen, zumal wenn die Regierung vernünftig ist und nicht vom schwarzen Blod Steuern fordert, die den Agrariern nicht in ihre Vaterlandsliebe passen. Immerhin, so meint die „Kölnische Volkszeitung“, wird sich die Deckungsfrage nicht ganz so leicht erledigen lassen. „Man wird viel gegenseitige Duldsamkeit und Behutsamkeit nötig haben, um über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen. Aus alledem ergibt sich, daß mit leidenschaftlichem agitatorischem Draufgängertum sowohl vom militärischen wie vom finanziellen Standpunkte aus in der gegenwärtigen Lage gar nichts anzufangen ist.“

Der dritte Akt ist also schon eingeleitet. Wann folgt der vierte?

Endlich!

Die Stadt Berlin hat auf den Antrag, ihr die Einfuhrerlaubnis für frisches Rind- und Schweinefleisch aus Rußland über den 31. März d. J. hinaus bis zum 31. März 1914 zu verlängern, vom Landwirtschaftsminister den Bescheid erhalten, daß die Einfuhr bis zum 1. Oktober dieses Jahres zugelassen werde, daß dagegen kein ausreichender Anlaß vorliege, die Genehmigung schon jetzt bis zum 1. April nächsten Jahres auszudehnen.

Diese Antwort entspricht den Erklärungen des Landwirtschaftsministers im Abgeordnetenhaus. Schon dort wurde ihm von dem Redner der Sozialdemokratie sofort entgegengetreten, daß das Entgegenkommen gänzlich unzulänglich sei und die Fleischversorgung Berlins erschwere. Angesichts der erneut steigenden Fleischpreise trifft diese Kritik doppelt zu!

Die Landtagswahlwahl in Teltow-Beeskow.

Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist endlich ein neuer Wahltermin für die Landtagswahl im Kreise Teltow-Beeskow-Milmersdorf festgesetzt. Die Wahl der Wahlmänner soll am 20. Februar, die Abgeordnetenwahl am 12. März erfolgen.

Das ist die vorläufige Festsetzung. Ob sie aber nicht doch noch wieder umgestoßen wird, läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen — denn wir leben in Preußen.

Unzufriedenheit der Geldgeber der nationalliberalen Partei.

Die nationalliberale Parteiführung bedarf neuer Moneten. Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei verwendet deshalb an wohlhabende Anhänger im Reich ein von Wasserfall, Friedberg und anderen Parteigrößen unterzeichnetes Schreiben, in dem um Geld gebeten wird. In der Begründung dieses Gesuchs heißt es:

„Das (d. h. daß die Partei heute besonders fest zum Reich stehen müsse) ist weiterhin auch notwendig gegenüber der Entwicklung, die sich im Anschluß an die verlebte Reichsfinanzreform seit dem Jahre 1909 im Innern vollzogen hat. Was immer besorgte Vaterlandsfreunde vorausschauend fürchteten, es ist durch die Wahlen im Januar 1912 übertroffen worden.“

Die „Abein-Wesf.“ als Organ der Kohlen- und Eisenerzmagnaten benutzt diese Gelegenheit, um den nationalliberalen Führern die Mißbilligung der Großindustriellen auszudrücken und Garantien für besseres Verhalten von der nationalliberalen Parteiführung zu verlangen. Entsprechend an den oben zitierten Passus des Stitzelguts schreibt das Blatt, indem es auf das Resultat der letzten Reichstagswahl hinweist:

„Ja, dies ist aber eingetreten durch eine agitatorische Ausbeutung der Reichsfinanzreform, die in diesem Grade jedenfalls mangelhafter war als die Reform selber. Und es heißt in der Richtung dieser Agitation arbeiten, wenn jetzt immer noch, nach vier Jahren, mit der Finanzreform gekämpft wird, wie es der Aufsatz hier wieder ein wenig tut.“

Wenn aber weiter bedauert wird:

„Eine starke Welle der Unzufriedenheit hat die Sozialdemokratie mit 110 Mandaten in den Reichstag zurückgeführt; an die Stelle des Blods ist das Zentrum als führende und ausschlaggebende Partei getreten.“

so hat auch daran die nationalliberale Parteiführung Anteil, nicht die Partei als solche, nicht alle Nationalliberalen, aber die Parteiführer. Das Zentrum zunächst kam in die ausschlaggebende Stellung 1909 durch dieselbe Reichsfinanzreform, als es an Stelle der streitenden Liberalen in die Arbeitsgemeinschaft mit der Regierung eintrat. Wie kann aber gar der erste Unterzeichner des Aufsatzes, der Führer der nationalliberalen Reichstagsfraktion, auf die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten in dieser Art hinweisen, da er doch selber nur mit sozialdemokratischer Hilfe gewählt werden konnte und zum Entgelt dafür die Nationalliberalen in Köln einen Sozialdemokraten — mindestens wählen ließen!

Kam aber, geschehen ist geschehen. Wenn jedoch jetzt die Parteiführung mit der Bitte um Geld an die Parteimitglieder herantritt — erfahrungsgemäß sind damit in solchen Fällen in erster Linie die westlichen Industriellen gemeint! —, so könnten sich diese ja wohl Garantien geben lassen, daß die Gelder nicht wieder zu so etwas, wie der Agitation nach der Finanzreform verwendet würden. Daß außerdem weite nationalliberale Kreise im Westen am liebsten den Rücktritt Wasserfalls sehen und meinen, daß sie erst danach sich wieder etwas von der Partei versprechen könnten, brauchen wir nur festzustellen, denn es ist eine Tatsache.“

Die Herren Wasserfall und Kompagnie werden sich entschließen müssen, gewisse Garantien zu geben; denn wenn die Großindustriellen Rheinland-Westfalens ihre Subventionen und Zuschüsse einstellen, wo bleibt dann der ganze Nationalliberalismus?

Kaligelder und Wissenschaft.

Anfang 1911 erhob der Rindener Professor Dr. v. Sohlelet scharfe Angriffe gegen den Leiter der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt in Darmstadt, Professor Wagner. Er warf ihm vor, daß er sich an den Propagandabelden des Kalihndikats bereichert und als Gegenleistung die Kali-Düngemittelversuchsergebnisse gefälscht habe. Die Darmstädter Staatsanwaltschaft erhob gegen Sohlelet Anklage wegen Verleumdung und Professor Wagner schloß sich als Nebenkläger an. — Vor kurzem ist das Verfahren gegen Sohlelet eingestellt worden. In der Begründung dieses von Staatsanwalt und Gericht gefassten Beschlusses wird ausgeführt, daß hinsichtlich der Propagandabelden der Wahrheitsbeweis nicht als erbracht gelten könne. Es sei nicht anzunehmen, daß Wagner seine Forschertätigkeit bewußt in den Dienst der Düngemittelindustrie gestellt habe.

„Auf der anderen Seite ist jedoch,“ so heißt es im Gerichtsbeschluss, „nicht zu verkennen, daß die Unterstützung der Forschertätigkeit durch Gelder der Industrie für die freie Stellung des Forschers und sein wissenschaftliches Ansehen bedenklich sein kann. Es ist hier nicht der Ort, grundsätzlich die Frage zu entscheiden, ob ein Forscher für wissenschaftliche Zwecke Gelder von Interessenten annehmen darf. Will man aber die Frage bejahen, so muß verlangt werden, daß zum mindesten alles getan werde, um jeden falschen Schein zu vermeiden. Es sollte selbstverständlich sein, daß diese Gelder durch die Kasse der Anstalt gehen, auch wenn sie dem Forscher zur freien Verfügung gewährt sind, und eine genaue Rechnungslegung sowohl den Gebern wie der vorgesetzten Behörde gegenüber wäre unerlässlich. Wenn Wagner nur zum kleinsten Teil Abrechnung gegeben hat, wenn von diesen Geldern z. B. auch ein kleiner Teil zur Ausstattung von Wohnräumen Wagners verwendet worden ist, so konnte dies allerdings Anlaß zu Angriffen bieten.“

Den Beweis, daß Fälschungen der Ergebnisse der Düngemittelprüfung vorgekommen sind, hält das Gericht für erbracht. Die Rechtfertigungsversuche Wagners werden als gewunden, nicht frei von Schwankungen und als höchst verdächtig bezeichnet. Bezüglich der Raimit- und der Kaliphosphatproben heißt es z. B. wörtlich in dem Gerichtsbeschluss:

„In beiden Fällen sind auf Wagners Anweisung wissenschaftlich falsche Analysenzahlen speidiert worden; an dieser Tatsache, die leider feststeht, wird durch die gegebenen Aufklärungen und Rechtfertigungsversuche nicht das mindeste geändert.“

Das Gericht kommt denn auch zu folgendem Endergebnis: „Ist man die Ergebnisse der Voruntersuchung zusammen und würdigt das Vorgehen Sohlelets als Ganzes, so ist zu bemerken, daß der Wahrheitsbeweis nur zum Teil geführt ist, daß aber durch die festgestellten Vorkommnisse die wissenschaftliche Glaubwürdigkeit Wagners einen schweren Stoß erlitten hat.“

Die Fleischpreise fahren fort zu fallen!

Kaltblütig nicht in Deutschland, wo die Fleischpreise vielmehr fortfahren zu steigen, sondern in Schweden. So brachte die Freitagsummer des Svenska Dagbladet, einer in Stockholm erscheinenden Zeitung, unter der angegebenen Ueberschrift folgende Notiz:

„Zufuhr reichlich, Nachfrage mittelmäßig und Tendenz fest. Die Lebensmittelnotierungen der vorigen Woche zeigen eine weitere Tendenz zum Fallen, sowohl für Schlachtvieh als für Fleisch. Die Lebensmittelnotierungen, welche die Markthallenverwaltung am Donnerstag für die Woche vom 18. bis zum 22. veröffentlichte, zeigen wenig Veränderung für die Preise von Schlachtvieh, dagegen wurden fast alle Sorten Fleisch weiter mit fallenden Preisen notiert.“ Im einzelnen wird weiter berichtet, daß erstklassiges Rindfleisch von 81 auf 76 Pf. pro Kilo (bei ganzen Tierkörpern), Kalbfleisch von 88 auf 77 Pf., Schweinefleisch von 1,08 Kr. auf 1 Kr. gefallen ist. Ebenso wurden Renntierfleisch, Gansen, Hühner niedriger notiert. Die Behauptung, die Steigerung der Lebensmittelpreise erfolge in allen Ländern in gleicher Weise, ist eine Phrasie. In Schweden, das keinen Zoll auf Vieh und Fleisch lennt, sind die Schäden der Futtermittelmangelnde von 1911 längst überwunden. In Deutschland ist der vorübergehende Anlaß dagegen die Ursache einer erheblichen Viehverminderung und einer anhaltenden außergewöhnlichen Fleischteuerung geworden.“

Der württembergische Landtag

ist am Mittwoch, nachdem er in der Generaldebatte über den Etat die erste Lesung des Eisenbahnkreditgesetzes und des Rörperschafts-pensionsgesetzes sowie die sozialdemokratische Interpellation über die Redarthsifahrt erledigt hatte, vertagt worden. Zuvor wurde noch der ständige Ausschuss gewählt, dem wieder die Genossen Hildenbrand und Tauscher angehören. Das Plenum wird erst wieder nach Ostern zusammentreten. Inzwischen tagen einige Ausschüsse, besonders der Finanzausschuss, dem die Vorberatung des Etats obliegt.

Schimpfende Offiziere.

Im September v. J. mußten niederschlesische Vergeltung als Landwehnmänner eine Übung auf dem Truppenplatz Lamsdorf bei Reiche in Schlesien mitmachen. Hier wurden sie in widerlicher Weise von einzelnen Offizieren mit Schimpfworten belegt. „Himmelsbunde“ und „Tränentier“ waren allerbildliche Rosenamen. Ein Unteroffizier der Landwehr wurde mit folgenden Worten angegriffen: „Du verfluchter Koffentendant, in Zivil magst Du ja ein ganz lächlicher Kerl sein, hier laufft Du aber nichts.“ Zu seinem Pferde pflegte der Hauptmann zu sagen: „Liebe, sieh Dir einmal diese Affensichter an.“ Eine andere sehr geläufige Anrede an die verheirateten Männer war: Ihr Durrenjungs! Du Durrenjunge!

Nach Schluß der Übung wurden der in Woldenburg erscheinenden sozialdemokratischen „Schlesischen Bergwacht“ eine Menge Zuschriften über diese Vorgänge überbracht. Nach Informationen bei etwa anderthalb Dutzend Landwehrlieuten konnte kein Zweifel mehr bestehen, daß sich einige Offiziere in der Tat in dieser unerhörten Weise der Verleumdung schuldig gemacht hatten. Die „Bergwacht“ schilderte daher in einem längeren Artikel die Dinge und forderte die Militärbehörde zur Unterjuchung auf. Der Artikel hatte Erfolg. Das Bezirkskommando erbat sich von der sozialdemokratischen Redaktion die Angabe von Zeugen. 22 Landwehnmänner und einige aktive Unteroffiziere bekundeten, daß die in der sozialdemokratischen Zeitung wiedergegebenen ordinären Schimpfereien in der Tat vorgekommen sind. Am 18. und 22. Januar fand vor den Gerichten der 11. und 9. Division Kriegsgerichtsverhandlung gegen den Hauptmann Boh von 38. Infanterieregiment in Glatz und den Leutnant Bolittel von einem Leutnant Infanterieregiment statt. Gegen den Hauptmann beantragte der Ankläger drei Monate Festungshaft; es blieb aber bei vier Wochen Stubenarrest. Der Leutnant erhielt zehn Tage Stubenarrest.

Eine recht milde Strafe, die zu den sonstigen harten Strafen der Kriegsgerichte in schärfstem Widerspruch steht.

Um 26 Pfennig — drei Monate Gefängnis!

Ein unverständliches Urteil, das allgemeines Kopfschütteln hervorrufen wird, ist vom Reichskriegsgericht befätigt worden. Der

bisher unbefristet getwesene Soldat Helbig vom Infanterieregiment Nr. 177 entwendete aus dem verfallenen Schranke eines Kameraden nach Ausheben der Tür eine Mark. Er war zu jener Zeit ohne jegliche Geldmittel, hatte schon einige Zeit trodenes Brot gegessen und überdies ein paar Groschen Bäckergeld zu bezahlen. Man mag die Tat drehen wie man will, das Motiv war zweifellos Rot. Von dem entwendeten Gelde verausgabte H. 26 Pf. für Genußmittel; die übrigen 74 Pf. wurden ihm infolge seines sofortigen Geständnisses wieder abgenommen. Die Sache kam zur Meldung. H. erhielt eine Verurteilung wegen schweren Diebstahls. Strafantrag des Beschädigten lag nicht vor. H. behauptete vor dem Dresdener Kriegsgericht, nur aus Rot gehandelt zu haben; die letzte Löhnung habe er in der Hauptsache für Buysachen verausgabt und Zuschüsse erhalte er nicht. Der Verteidiger des Angeklagten machte geltend, daß hier der § 248a der neuen Novelle zum Strafgesetzbuch Anwendung finden müsse. Danach kann bei Entwendung oder Unterschlagung geringfügiger Werte aus Rot eine Bestrafung nur eintreten, wenn Strafantrag des Beschädigten vorliegt. Der Vertreter der Anklagebehörde führte dagegen aus, daß die Voraussetzungen des § 248a nicht vorlägen, denn bei einem Soldaten, für den der Staat ausgiebig Sorge, könne von einer eigentlichen Notlage nicht gesprochen werden! Das Gericht schloß sich der Ansicht der Verteidigung an und erlauchte auf Grund des § 248a auf Einstellung des Verfahrens.

Die Entscheidung wurde vom Gerichtsherrn angefochten mit der Begründung, daß der § 248a zu unrichtig angewendet worden sei, auch habe man die Begriffe „Rot“ und „geringfügiger Wert“ verkannt! Das Oberkriegsgericht verurteilte den Soldaten unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils wegen schweren Diebstahls zu — drei Monaten Gefängnis!!

Marokko.

Französische Verluste.

Mogador, 20. Januar. Die genauen Verluste der Franzosen bei der Einnahme der Kasbah der Anflus betragen dreizehn Tote, darunter ein Major, und 72 Verwundete, darunter vier Offiziere. Die Kolonne bleibt an Ort und Stelle. Die Unterwerfung der Stämme dauert an. Es herrscht Ruhe.

China.

Niederlage der chinesischen Truppen in Tibet.

Shanghai, 20. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nach einem Telegramm aus Tschengtu in Tschichuan haben die Truppen von Batang gemauert. Die Chinesen haben bei Litang eine Niederlage erlitten. General Tschu, der von Litang gegen Norden vorrückte, wurde gefangen genommen und getötet. Das Gebiet von Litang ist in den Händen der Tibetaner. Die Truppen haben ein Winterquartier in Tattsenku bezogen.

Aus Industrie und Handel.

Deutsches Kapital in der Türkei.

Die deutschen Kapitalinteressen in der Türkei belaufen sich nach einer Zusammenstellung der „Afta-Biz.“ auf mehr als 1 1/2 Milliarden Frank. Von der türkischen unisizierten Staatsschuld befinden sich in Deutschland etwa 20 Proz. oder 175 Millionen Frank, von den Türkenlofen etwa 64 Millionen. Von weiteren Anleihen, darunter die Bagdadanleihen, entfallen etwa 738 Millionen auf deutsches Kapital. An Vorkäufen haben deutsche Banken 96 Millionen gegeben. In Eisenbahnen sind als Aktien und Schuldverschreibungen etwa 336 Millionen investiert worden. Weitere 42 Millionen sind verschiedenen Unternehmungen angewandt worden, so für Hafens, Kanäle, Straßenbahngesellschaften. Außerdem arbeitet deutsches Kapital noch in Banken (Deutsche Bank, Deutsche Orientbank, Deutsche Palästinabank) und in vielen anderen Unternehmungen, wie in der Schiffahrtsgesellschaft auf dem Goldenen Horn, im Straßenbau, in Landgütern und Weinbergen, in Kaufmannsgeschäften und gewerblichen Betrieben.

Die französischen Kapitalinteressen sind bedeutender und dürften die Höhe von 2 1/2 Milliarden Frank erreichen, nämlich Staatsanleihen und Vorkäufe 1677 Millionen, Eisenbahnaktien und Schuldverschreibungen 874 Millionen, andere Unternehmungen mit Konzeption 192 Millionen, wozu noch das in Banken und anderen Unternehmungen arbeitende Kapital hinzukommt.

Preise und Löhne in England.

Immer wieder wird von den Verteidigern der heutigen Wirtschaftspolitik behauptet, wohl seien die Preise für Lebensmittel gestiegen, aber auch die Löhne in noch stärkerem Maße erhöht worden. Zur Beurteilung dieser Frage trägt eine Statistik bei, die der englische Ministerpräsident im Juli vorigen Jahres mitteilte. Setzt man die Lebensmittelpreise und Löhne des Jahres 1900 gleich 100, so ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Nahrungsmittel	Löhne
1890	141,8	83,2
1895	109,5	90,2
1896	99,5	80,1
1900	100,0	100,0
1905	101,2	97,0
1907	105,1	101,7
1909	108,7	99,9
1910	109,0	100,2
1911	111,6	100,3

In den letzten drei Jahrzehnten ist das Verhältnis zwischen Nahrungsmitteln und Löhnen für die englischen Arbeiter unzweifelhaft günstiger geworden. Die Preise für Nahrungsmittel fielen; die Löhne stiegen — wenn auch nicht so stetig. Seit der Jahrhundertwende begannen dagegen die Nahrungsmittel zu steigen, während die Löhne sich nur wenig hoben, in einzelnen Jahren sogar unter das Niveau von 1900 senken. Seit dem Ende des Jahrzehnts verschlechtert sich also die Lage der englischen Arbeiter wesentlich. Die dauernden Arbeiterunruhen in England sind ihrer Ursache nach damit aufklärbar.

Diese Zahlen sind nicht nur für England außerordentlich charakteristisch. In England werden bekanntlich höhere Arbeiterlöhne als auf dem Kontinent gezahlt. England hat als Reichhandelsland auch wesentlich billigere Lebensmittel als die kontinentalen Schutzollstaaten. Ferner ist durch anderweitige Untersuchungen bekannt, daß die Steigerung der Lebensmittelpreise in England in viel langsamerem Tempo stattgefunden hat als etwa in Deutschland. Man wird daher für Deutschland eine noch ungünstigere Entwicklung des realen Arbeiterertrags annehmen müssen.

Jahresabschluss des Stahlstruß.

Die Einnahmen der United States Steel Corporation im vierten Quartal 1912 betragen nach Abzug der gewöhnlichen Betriebsausgaben 35 196 000 Dollar gegen 23 105 000 Dollar im vierten Quartal 1911. Nach Abzug der Zuwendungen an die Tilgungsfonds, der Abschreibungen und Erneuerungen stellt sich der Nettogewinn auf 25 785 000 Dollar gegen 18 500 000 Dollar im vierten Quartal 1911. Nach Abzug der festen Zinsen und Dividenden ergibt sich ein Ueberschuß von 7 411 000 Dollar gegenüber einem Ueberschuß von 90 000 Dollar im vierten Quartal 1911. Der Jahresüberschuß beträgt 8 610 000 Dollar gegen 4 735 000 im Vorjahr. Auf die Stammaktien wurde eine Quartalsdividende von 1 1/2 Proz. erklärt (wie im Vorquartal), und auf die Vorkaufaktien kommt wiederum die Quartalsdividende von 1 1/2 Proz. zur Verteilung.

Gewerkschaftliches.

Die Verhandlungen in der Binnenschifffahrt gescheitert!

Die Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband für die Binnenschifffahrt und dem Deutschen Transportarbeiterverband und dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer sind am 28. Januar gescheitert.

Der Unternehmerverband hatte am 29. Dezember in einer Erklärung bestimmt zugesagt, daß mit Beginn des Jahres 1914 eine Arbeitszeitregelung vorgenommen werden sollte. In der Verhandlung am 28. Januar traten die Unternehmer von diesem Vorschlag zurück. Sie wollen wohl die gemeinsamen statistischen Erhebungen veranlassen, aber die Vorschläge der Kommission sollen nicht der Einführung der Nachruhe im nächsten Jahre dienen, sondern diese Erhebungen sollen der Regierung unterbreitet werden, mit dem Ersuchen, die gesetzliche Einführung der Nachruhe zu beschleunigen.

Der Transportarbeiterverband und der Verband der Maschinisten und Heizer waren bereit, an den Erhebungen mitzuwirken, sie wollten das Jahr 1913 als Uebergangszeit zur Einführung der Nachruhe betrachtet wissen. Aber sie konnten ihre Zustimmung nicht dazu geben, daß die Einführung der Nachruhe von den Regierungsmaßnahmen abhängig gemacht würde, sie bestanden darauf, daß die Einführung der Nachruhe mit Beginn des Jahres 1914 erfolgen müsse. Der neue Vorschlag der Unternehmer wurde also von beiden Arbeiterorganisationen abgelehnt.

Die geforderte Lohnerhöhung, namentlich für die Obersteher, wurde von den Unternehmern auch abgelehnt. Außerdem machten sie auch keine Zugeständnisse in der Bemessungsfrage, zur Ueberstunden- und Sonntagsarbeit, Arbeitszeitverkürzung an den Stationen und zu den anderen Forderungen.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen muß also die Frage der Nachruhe in der Binnenschifffahrt durch Kampf entschieden werden. In der Bewegung sind beide Arbeiterverbände mit rund 12 000 Mitgliedern beteiligt.

Berlin und Umgegend.

Die Kutsher in den Präferieren und Hobelwerken sowie Schneidmühlen stehen in einer Tarifbewegung. Der Tarif, der am 15. Februar abläuft, ist von den Arbeitern gefordert worden, weil die bestehende Feuerung eine Verbesserung der Lohnverhältnisse erfordert. In einer Reihe von Betrieben, die nicht dem Unternehmerverein angeschlossen sind, werden bereits bessere Löhne bezahlt. Es kommt bei den jetzt erhobenen Forderungen hauptsächlich auf eine Erhöhung der Mindestlöhne von 30 auf 33 M., resp. von 28 auf 30 M. an. Im allgemeinen würde der Tarifvertrag, über dessen Durchführung bisher nicht besonders zu klagen war, in Geltung bleiben. Die Organisation unter den Kutshern und Hilfsarbeitern ist zufriedenstellend. Die Zahl der Präferierbetriebe ist seitlich in den letzten Jahren immer mehr zurückgegangen. Während bis zum Jahre 1906 noch 75-80 Betriebe in Groß-Berlin gezählt wurden, sind jetzt nur noch 54 vorhanden. Die Großbetriebe in der Holzindustrie verfügen über eigene Holzbearbeitungsmaschinen und haben die Kleinbetriebe für Präferier, Hobelei usw. zurückgedrängt. — Die Tarifbewegung der Kutsher und Hilfsarbeiter wird auch abhängig sein von der jetzigen Bewegung in der Holzindustrie im allgemeinen, denn die Präferierbetriebe gehören dem Schuppenverband der Arbeitgeber in der Holzindustrie an. — Die Lohnkommission der Kutsher und Hilfsarbeiter hat die Forderungen, 10 Proz. Lohn-erhöhung für Kutsher, 8 Proz. für ältere Arbeiter und 6 Proz. für jüngere Arbeiter den Unternehmern bereits angedeutet lassen und die Antwort erhalten, daß man sich damit beschäftigen wolle. Zu dem Unternehmerverein gehören nur etwas mehr als die Hälfte der Präferierbetriebe; durch die gute Organisation war es aber den Arbeitern gelungen, den Tarifvertrag auch bei den Nichtmitgliedern zur Anerkennung zu bringen.

Deutsches Reich.

Die Tarifverträge im Schneidergewerbe.

Am 1. Januar 1912 bestanden 490 Tarifverträge für 9436 Betriebe mit 90 381 Beschäftigten. Hiervon wurden im Laufe des Jahres 71 Verträge für 256 Betriebe mit 19 004 Beschäftigten erneuert. Neu abgeschlossen wurden 29 Verträge für 278 Betriebe mit 3037 Beschäftigten, so daß am Schluß des Jahres 1912 459 Tarife für 9714 Betriebe mit 93 381 Beschäftigten Gültigkeit hatten.

An diesen Tarifen ist der Verband der Schneider mit 43 027, die anderen im Berufe noch bestehenden Organisationen mit 4265 Mitgliedern beteiligt. Insgesamt sind somit 47 292 nach Tarifen beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert, das sind 50,6 Prozent. Das Organisationsverhältnis ist in den einzelnen Branchen sehr verschieden. So gehören dem Verband der Schneider an: In der Herrenmode- und Uniformbranche 67,4 Proz., der Damenmodebranche 77,3 Proz., männliche und 18,8 Proz. weibliche, der Herrenkonfektion 45,4 Proz., männliche und 24,4 Proz. weibliche und der Schneider 79,2 Proz. Für die Wäschebranche bedarf es noch der Feststellung.

Ohne Anwendung von Streiks wurden abgeschlossen 64 Tarife für 625 Betriebe mit 4266 beschäftigten Personen, und infolge Streiks 36 Tarife für 2409 Betriebe mit 17 795 Beschäftigten. Es wurden demnach im Jahre 1912 durch 100 Tarife in 2034 Betrieben für 22 061 beschäftigte Personen die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessert.

Die Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

Nach zweitägigen Kommissionsitzungen wurden die Verhandlungen, über die wir fortlaufend berichtet haben, am 27. Januar wieder im Plenum aufgenommen. Eine Einigung war auch in der Kommission nur über wenige der vielen strittig gebliebenen Tarifbestimmungen möglich gewesen. Nach längeren Verhandlungen erinnten darum die beiderseitigen Parteien die Unparteilichen um unverbindliche Vorschläge über die zurückgebliebenen Positionen. Diese Vorschläge wurden den Parteien am Abend des 27. Januar unterbreitet. Die noch am selben Abend und am 28. Januar darüber gepflogenen Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß die Unternehmer über drei, die Gehilfenvertreter über zwei Positionen Schiedssprüche wünschten. Das so zustande gekommene Verhandlungsergebnis über das Tarifschema enthält vornehmlich in einer größeren Anzahl Bestimmungen eine genauere und zu verschiedenenartigen Deutungen weniger als bisher anzunehmende Formulierung. Unter anderem wurde festgesetzt, daß die Zuschläge für Nacharbeit (50 Proz.) auch für die Stunden zu zahlen sind, die vor Beginn der täglichen Arbeitszeit liegen und bisher mit 25 Proz. vergütet wurden, sofern sie sich an Nacharbeit anschließen. Die Bestimmungen über Stundenlöhne wurden gleichfalls präziser gefaßt. Für Gehilfen im ersten Gehilfenjahr soll dann die freie Vereinbarung der Löhne unzulässig sein, wenn sie das 20. Lebensjahr erreicht haben. Nicht nur die Empfangnahme und Ablieferung, sondern auch die Befestigung der Materialien soll in Zukunft nur während der Arbeitszeit geschehen.

Von grundlegender Bedeutung ist die Umgestaltung der bisherigen drei Tarifinstanzen. Danach entscheiden in Zukunft die Ortsarbiträrämter nicht nur bei Streitigkeiten zwischen einzelnen

Unternehmern und Arbeitern, sondern auch bei Streitigkeiten zwischen örtlichen Organisationen. In den ersteren Fällen entscheiden die Ortsarbiträrämter endgültig, wenn das Streitobjekt nicht höher als 100 M. ist; bei Letzteren ist Berufung an das Kantarbiträramt zulässig.

Das Hauptarbiträramt ist nicht mehr wie bisher Berufungsinstanz, sondern entscheidet nur in grundsätzlichen, das ganze Vertragsgebiet berührenden Angelegenheiten. Ferner wurde dem ganzen Paragraphen folgender Zusatz angefügt: „Wenn Ortsarbiträrämter oder Kantarbiträrämter die Erledigung der bei ihnen anhängig gemachten oder zu ihrer Zuständigkeit gehörenden Streitfälle verzögern, so hat der geschäftsführende Unparteiliche des Hauptarbiträramtes eine angemessene Frist für die Erledigung zu bestimmen, nach deren erfolglosem Ablauf ohne weiteres die nächsthöhere Instanz für diese Streitfälle zuständig wird.“

Durch eine weitere protokolllarische Erklärung wurden den Organisationen bei Maßnahmen gegen die Mitglieder, die sich den Entscheidungen der Tarifinstanzen nicht fügen, bestimmte Direktiven gegeben. Alle diese Bestimmungen dem Sinne nach den Forderungen der Gehilfenchaft, die eine schnellere und möglichst einfache Erledigung aller tariflichen Streitigkeiten im Auge hatte. Zu den Maßnahmen bei Tarifübertretungen wurde eine, bisher gegen solche Gehilfen, die auf Winkung der Arbeitsleistung“ hinwirkten, gerichtete Ausnahmestimmung gestrichen.

Die Bestimmungen über die Errichtung partieller Arbeitsnachweise sind zwar anders formuliert, dem Sinne nach aber wenig geändert worden. Sämtliche Forderungen der Arbeitgeber über eine höhere Hinaufschraubung der Altersgrenze für die tarifliche Entlohnung, über die Schadenersatzpflicht, Stellung einer Kautions für Tarifübertretungen einzelner Mitglieder oder der örtlichen und der zentralen Organisationen u. a. m. wurden abgelehnt.

Am Nachmittag des 28. Januar wurde über die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit verhandelt. Dazu machten die Unternehmer das von den Arbeitervertretern nur humoristisch genommene Angebot, die Arbeitszeit in den Wintermonaten, in denen sie bisher schon wegen mangelnder Arbeitsgelegenheit 6 bis 7 Stunden beträgt, um eine halbe Stunde täglich zu verkürzen. Nach mehrstündigen Verhandlungen, die sich bis in den späten Abend hinein zogen, begründeten die Gehilfenvertreter in der nachdrücklichsten Weise ihre Forderungen, besonders unter Hinweis auf die vielfach zurückgebliebenen Verhältnisse in einer Anzahl Großstädte und vielfach vorhandene Ungleichheiten in nahe zusammenliegenden und gleichartigen Lohngebieten. Die Verhandlungen blieben vorläufig resultatlos. Hierauf machten die Unternehmer ihre zugesagten „Lohnangebote“: Gau 1 (Süd-Hamburg) lehnte jede Lohnerhöhung ab. Gau 2 (Rheinland und Westfalen) bot ab 1. Juni d. J. und für 1914 je 1 Pf. Lohnerhöhung. Gau 3 (Süd-Deutschland) bot ab 1. Juli d. J. 1 Pf. und mit besonderem Vorbehalt eventuell einen weiteren Pfennig für 1914. Gau 4 (Mittel-Deutschland) lehnte jede Lohnerhöhung ab, „um den Tarifgedanken zu fördern“. (1?) Gau 5 (Berlin und Brandenburg) bot 1 Pf. für dieses Jahr und für 1914. Gau 6 (Nord-Deutschland) bot wegen der preussischen Polenpolitik und aus Gründen der Sprachverschiedenheiten (1?) ebenfalls mit Vorbehalt einen ganzen Pfennig. Diese großzügigen, von den Gehilfenvertretern mit allgemeiner Heiterkeit aufgenommenen Lohnangebote sollen als zurückgezogen gelten, wenn eine Arbeitszeitverkürzung erfolgt.

Die Debatte über die Lohnfrage wurde am 29. Januar fortgesetzt. Wir werden über deren interessanten Verlauf noch berichten. Am Schluß der allgemeinen Aussprache unterbreiteten die Unparteilichen den Parteien den Vorschlag, die zentralen Verhandlungen am 29. Februar fortzusetzen. In der Zwischenzeit sollen bis spätestens 15. Februar d. J. die bestehenden Ortsarbiträrämter unter dem Vorbehalt je eines Unparteilichen über die Forderungen der Lohn- und Arbeitszeitfrage beraten und entscheiden. Dem Vorstehenden ordnen die beiderseitigen Parteien je einen nicht zum Berufe gehörigen Vertrauensmann bei. Die Resultate dieser Verhandlungen sind binnen drei Tagen mit Gründen versehen und unter Beifügung des einschlägigen Materials an den geschäftsführenden Unparteilichen Magistratsrat v. Schulz-Berlin einzusenden. Sie werden am 22. Februar von den drei Unparteilichen und den Vertretern der Zentralorganisationen geprüft. Die eventuelle Genehmigung aller bisherigen und zukünftigen Verhandlungsergebnisse ist bis 28. Februar d. J. dem geschäftsführenden Unparteilichen einzurichten. Der am 15. Februar ablaufende Tarifvertrag behält bis zur endgültigen Genehmigung des neuen Tarifvertrages, jedoch nicht über den 28. Februar hinaus seine Gültigkeit.

Offener Polizeipraktiken in Breslau.

Die Offener Polizei hat bekanntlich vor längerer Zeit die Mitglieder des Transportarbeiterverbandes widerrechtlich abgeschrieben und den Eisenbahnbehörden ausgeliefert, so daß auf Grund dieses Materials die Eisenbahnbehörde Maßregelungen vornahm. Bisher ist es nicht gelungen, die Offener Polizei wegen dieses rechtswidrigen Verhaltens zur Bestrafung zu bringen. Jetzt scheint diese Konter-Schule zu machen.

In Breslau wurde am Dienstag vormittags vor 13 Polizeiführern eine zweistündige Hausdurchsuchung im Bureau des Transportarbeiterverbandes vorgenommen. Die Polizei suchte angeblich nach Quittungen von einem Streik, beschlagnahmte aber einige Papiere, die sich auf die Reichsfektion der Eisenbahner bezogen, und einige Mitgliedslisten von ausgetretenen Mitgliedern der Fektion. Auf das Angelegliche seines Vorgehens aufmerksam gemacht, erklärte der die Hausdurchsuchung leitende Kommissar, er sehe die Fektion der Eisenbahner als eine geheime Verbindung an und leite hieraus das Recht zur Beschlagnahme her.

Aufhebung des Boykotts gegen die Firma Harry Trüller in Celle.

Nach monatelangen Boykottkämpfen gegen die Firma Trüller in Celle (Aales-, Waffel- und Zwiebackfabrik), der geführt wurde, weil die Betriebsleitung den Arbeitern nicht das uneingeschränkte Koalitionsrecht zugestand und weil Herr Trüller jede Verurteilung mit den Vertretern der Organisation über die Befreiung der Differenzen ablehnte, konnte mit Erfolg für die Arbeiter beendet werden. Der Firmeneinhaber hat nun endlich schriftlich erklärt: „daß ich meinem Personal die volle Koalitionsfreiheit, ja sogar die Zugehörigkeit zum Bäderverbande freigestellt habe“. Vielleicht sieht der Herr später noch ein, daß es nur sein eigener Vorteil ist, wenn er die Arbeitsverhältnisse in seinem Betriebe regelt. Denn davon ist heute noch keineswegs die Rede! Herr Trüller hat nur seinen Widerstand dagegen aufgegeben, daß die Betriebsarbeiter dem Zentralverbande der Bäder und Konditoren beitreten, irgendwelche Vereinbarungen, die sich auf die Arbeitsverhältnisse beziehen, sind nicht getroffen worden.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Bäder und Konditoren hat aber nach dieser Wendung der Dinge den für die Boykottverhängung zuständigen Instanzen mitgeteilt, daß für ihn zunächst die Differenzen erledigt sind, und eine am 18. Januar in Celle vom dortigen Gewerkschaftsleiter einberufene Versammlung hat sich mit der Aufhebung des Boykotts einverstanden erklärt.

Katzen, Lithographen! Die Firma G. Bergmann in Leipzig hat ihren Lithographen gekündigt, weil diese sich Affordarbeit nicht anfänglich lassen wollten. Es wird erwartet, daß kein Lithograph durch Arbeitsannahme bei der Firma sich dazu hergibt, die an sich schon ungünstigen Verhältnisse noch weiter herabzudrücken.

Tarifbewegung der Brauereiarbeiter in Oberbayern.

Nach mehrstündiger Verhandlung zwischen dem Verbands der Brauereiarbeiter und Mühlenarbeiter und dem Kreisverein oberbayerischer Landbrauereien wurde auch die Tarifbewegung der Brauereiarbeiter für die Zone I (sieben Orte) durch einen vierjährigen Tarifvertrag gütlich beigelegt. Vereinbarung wurde eine Lohnerhöhung von 1 M. für die Brauer, 1,50 M. für die Hilfsarbeiter pro Woche, 9 1/2 stündige Arbeitszeit, Bezahlung der Sonntagsarbeit mit 70 Pf. pro Stunde. Urlaub wird je nach der Beschäftigungsdauer von 2 Tagen bis eine Woche gewährt. — Für Zone II (6 Orte) und Zone III (10 Orte) haben die Tarifverhandlungen ebenfalls schon begonnen.

Ausland.

Die australischen Arbeiter gegen den Schiedsgerichts-zwang.

Auch die Illusion bürgerlicher Sozialreformer, die in dem Zwangsschiedsverfahren Neuseelands und anderer Kolonien ein sicheres Mittel gegen Streiks und wieder ein Stück „sozialen Friedens“ verwirklicht haben, findet in den Tatsachen eine energische Widerlegung. Seit geraumer Zeit schon ist unter den Gewerkschaften Australiens eine Bewegung im Gange, nicht gegen das Schiedsverfahren an sich, das sie ebensowenig wie ihre europäischen Kollegen ablehnen, sondern gegen das System der Entscheidung der Streitigkeiten allein durch den Schiedsgericht, neben dem die eigene Aktion der Arbeiter verpönt wird. Nach verhältnismäßig wird dieser Zustand durch den mit dem Gerichtsverfahren der englischsprachigen Länder im allgemeinen verbundenen Unflug ungeheurer Kosten. So wird aus Sydney berichtet, daß die Arbeiterpartei im Parlament von Queensland, die dort, ungleich der Mehrzahl der Kolonien, noch in der Kinderzeit sind, einen heftigen Kampf gegen das von der liberal-konserverativen Parteiverbrüderung vorgelegte neue Schiedsgericht führten. Auch dieses Gesetz soll den Streik bei Gefängnisstrafe verbieten. Ferner würde es ein glänzendes Geschäft für die Anwälte auf Kosten der Streikenden bedeuten. So wird ein Fall angeführt, in dem die Verbände von Australien über 125 000, die Unternehmer gar über 400 000 M. für Vermittlung zu zahlen hatten. In einem anderen Fall sollen die Anwälte gar aus einer geringfügigen Sache, die noch nicht einmal entschieden ist, 1 050 000 M. gezogen haben. Die Arbeiterpartei verlangt auf jeden Fall den Ausschluß der Anwälte. Sollte das Gesetz doch durchgehen, so werden heftige Kämpfe und politische Streiks erwartet. Von der Wirkung dieser Gesetzgebung gibt auch eine Bewegung Kunde, an der 2000 Bergleute in Neuseeland beteiligt sind. Da die Arbeiter in Streit traten, den eben das Schiedsgerichtverfahren ausschließen soll, wurde eine größere Zahl ins Gefängnis gesteckt. Das hat im ganzen Lande große Enttäuschung verursacht. Die Landesorganisation der Arbeiter veranstaltete eine große Kundgebung, bei der die Regierung, die auch dort noch bürgerlich ist, der Vorwurf des Streikens gemacht wurde. Die Sache wird wohl dazu beitragen, auch hier die Arbeiter von der Vorherrschaft der bürgerlichen Parteien zu befreien und dem Schiedsgerichtszwang mit Streikverbot ein Ende zu machen.

Letzte Nachrichten.

Bulgarien kündigt den Waffenstillstand.

Sofia, 29. Januar. (Meldung des Wiener N. N. Korrespondenz-Bureaus.) Laut einem Beschluß des Ministerrats wurde das Armeehauptquartier angewiesen, den Waffenstillstand mit dem morgigen Tage zu kündigen.

Blutige Zusammenstöße unter den türkischen Truppen.

Köln, 29. Januar. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Konstantinopel vom 28. Januar: Das Kabinett Mahmud Schemket Pascha befindet sich in einer üblen Lage, da in der Armee allgemein Unzufriedenheit herrscht, weil die angeblich zufällige Erschießung Nazim Paschas als absichtlich angesehen wird. Wie im vorigen Jahre ist das Heer von neuem in zwei feindliche Lager für und gegen das Komitee geteilt. Hier erzählt man, nicht nur in den Linien von Tschataldscha, sondern auch in den Befestigungen der Dardanellen, des Bosporus, bei Bulair und St. Stefanos sowie in der Kriegsschule von Vansaldi sei es zu Zusammenstößen zwischen beiden Parteien gekommen. In Hademkioei sollen sie seit Sonnabend andauern, und angeblich kommen täglich Verwundete von dort hier an; vorgestern 72, davon 32 Offiziere, gestern 123, davon 21 Offiziere. Die Zahl der Toten ist unbekannt.

Der Militärbund, der dem Komitee feindlich ist, hält Versammlungen an verschiedenen Stellen der Stadt ab. Auf Pascha, der Kommandeur der Truppen in den Linien von Tschataldscha, und die dortigen Offiziere sind immer für die Fortsetzung des Krieges gewesen, aber sie sind auch Feinde des Komitees und ver-langen den Kopf des Mörders von Nazim Pascha und drohen mit einem Marschzug hierher. Der Großwesir und Kriegsminister Mahmud Schemket fährt täglich im Automobil von einer Kaserne zu anderen und feuert die Truppen an, vor allem die berückichtigten kurdischen Reiter in der Selimieh-Kaserne in Stutari, die das besondere Vertrauen der Komiteepartei zu genießen scheinen. Der Großwesir hat dadurch keine Zeit, sich um seine allgemeinen Geschäfte zu kümmern. Man spricht auch von einem Gegensatz zwischen Mahmud Schemket und dem Chef des Generalstabes Jisef Pascha, der die Stellen des Kriegsministers und Oberbefehlshabers verlange.

Rumänische Forderungen.

London, 29. Januar. (Meldung des Wienerischen Bureaus.) In dem von Miska und Dr. Danew aufgeschriebenen Protokoll fordert Rumänien eine Grenzlinie, die sich von Turtulai, einem Punkt an der Donau, ungefähr 20 Meilen westlich von Silistria, bis Poltschil am Schwarzem Meere erstreckt. Rumänien verlangt ferner Garantien für die Autonomie der Schulen und Kirchen der Aukowalachen im dem Gebiet, das Bulgarien zuzufallen wird. Es wird erklärt, daß Rumänien diese Zugeständnisse verlangt mit Rücksicht auf die großen, durch den Krieg hervorgerufenen Änderungen des politischen Gleichgewichts, die für die zukünftige Freundschaft zwischen Bulgarien und Rumänien weitere Garantien für Rumänien erforderlich machen. Das Protokoll gibt endlich an, was Bulgarien zuzugestehen willens ist.

Bandalismus.

Moskau, 29. Januar. (B. T. N.) Heute früh durchschritt ein Besucher der Treibergalerie das Gemälde Ravins „Johann der Schredliche tötet seinen Sohn“ mit einem Messer an drei Stellen. Wächter ergreifen den Täter und führten ihn in das Zimmer des Galerieführers, wo er als der neunundzwanzigjährige geistranke Sohn des Heiligenbildmalers Palafschow festgenommen wurde.

Reichstag.

100. Sitzung. Mittwoch, den 20. Januar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Lisca.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Polen betreffend die Enteignung polnischer Gutsbesitzer.

Enteignung polnischer Gutsbesitzer.

Die Interpellation lautet:

Die preussische Staatsregierung hat die Enteignung polnischer Gutsbesitzer für die Zwecke der Ansiedlungskommission in Angriff genommen.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dieser mit dem Geiste der Reichsverfassung und mit der Reichsgesetzgebung unvereinbaren, in politischer wie sozialer Beziehung die Bevölkerung aufs tiefste erregenden Maßnahme entgegenzutreten?

Präsident Kaempf: Ich richte die Frage an den Vertreter der Verbündeten Regierungen, ob und wann er bereit ist, die Interpellation zu beantworten.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisca: Auf die Anfrage des Herrn Präsidenten habe ich namens des Herrn Reichskanzlers folgendes zu erklären: Die Interpellation betrifft die Handhabung des preussischen Gesetzes vom 20. März 1908 über die Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen, durch das dem Staate das Recht verliehen worden ist, Grundstücke für die Zwecke der Ansiedlungskommission zu enteignen. Den gleichen Gegenstand betraf schon die Interpellation, die kurz vor dem Erlass jenes Gesetzes im Januar 1908 von dem Herrn Abg. Seyda hier eingebracht worden ist und am 15. Januar 1908 im Reichstage zur Verhandlung gelangte. Auf diese Interpellation, in der angefragt wurde, wie der Herr Reichskanzler die damals in Aussicht genommenen Vorschriften über die Enteignung mit dem Geiste der Reichsverfassung und den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Einklang bringen wolle, hat mein Herr Amtsvorgänger folgendes erklärt: Die Interpellation verlangt eine Erklärung des Reichskanzlers über das gesetzgeberische Vorgehen eines Bundesstaates, das die Enteignung von Grundstücken zum Gegenstand hat. Die Reichsverfassung enthält keine Bestimmung, welche einem solchen Vorgehen entgegensteht, auch das Bürgerliche Gesetzbuch enthält solche Bestimmungen nicht. Artikel 109 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch bestimmt, daß die im öffentlichen Interesse erfolgende Entziehung, Beschädigung oder Verletzung einer Sache, Beschränkungen des Eigentums und Entziehung oder Beschränkung von Rechten unberührt bleiben. Die Maßnahme, auf welche die Interpellation sich bezieht, gehört somit zur Zuständigkeit der Landesgesetzgebung, die dabei nach den Vorschriften und dem Geiste der Reichsverfassung einer Einwirkung der Organe des Reiches nicht unterliegt.

Mit Rücksicht auf diese Erwägungen hat damals mein Herr Amtsvorgänger im Namen des damaligen Herrn Reichskanzlers die Beantwortung jener Interpellation abgelehnt. Dieselben Erwägungen treffen auch der heutigen Interpellation gegenüber zu. Das preussische Gesetz vom 20. März 1908 steht mit der Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung in keiner Weise im Widerspruch. (Oho! bei den Polen.) Seine Ausübung und Handhabung ist lediglich eine innere Angelegenheit Preußens. (Hört! hört!) Die Interpellation betrifft mithin Maßnahmen, die außerhalb der Zuständigkeit des Reichstages liegen. (Oho!-Rufe bei den Polen und Sozialdemokraten.) Ich habe hiernach zu erklären, daß der Herr Reichskanzler die Beantwortung der Interpellation ablehnt. (Bravo! rechts. Unruhe bei den Polen, im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Auf Antrag des Abg. Zscharinski (Polen) wird die Beiprechung der Interpellation gegen die Stimmen der Rechten und National-Liberalen beschlossen.

Staatssekretär Dr. Lisca verläßt den Saal.

Abg. Seyda (Polen): Vor fünf Jahren bereits begründete ich eine ähnliche Interpellation, als der Gesetzentwurf über die Enteignung polnischer Gutsbesitzer im Abgeordnetenhaus vorgenommen. Im Herrenhaus noch nicht verabschiedet war. Dieser Entwurf widersprach unserem Grundsatz dem Geist und Wortlaut der Reichsverfassung und war geeignet, die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft, das Vertrauen in die Sicherheit des Eigentums zu untergraben. Der Versuch des damaligen Reichskanzlers, die Behandlung der Angelegenheit hier im Reichstag zu verhindern, wurde von der überwiegenden Mehr-

heit als eine Flucht vor der Verantwortung schwerwiegender Regierungsmassnahmen bezeichnet sowie als Mißachtung der Rechte des Reichstages. Auch heute wird die Mehrheit des Reichstages sich ihr Recht zur Behandlung der Angelegenheit nicht nehmen lassen. Damals also handelte es sich um einen Gesetzentwurf, heute um eine vollendete Tatsache, es ist Tatsache geworden, daß aus politischen Gründen enteignet wird, um an die Stelle von Staatsbürgern, die der Regierung nicht genehm sind, andere ihr genehmere zu setzen. Diese Tatsache ist eine Schmach des 20. Jahrhunderts. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen.)

Im Herrenhause erhielt Herr Sälow nur mit Mühe eine Mehrheit, und zwar eine Mehrheit aus liberalen Bürgermeistern. (Hört! hört! bei den Soz. und Polen.) Diese Mehrheit erhielt er durch die Zusicherung, das Gesetz solle nur als Drohung wirken und nicht angewendet werden. Auch im vorigen Frühjahr gab der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer eine ähnliche Erklärung ab, daß das Gesetz nur im äußersten Notfall angewendet werden soll. Jetzt sollen 4 Güter enteignet werden. Das Gesetz läßt die Enteignung nur zu zur Abrundung bestehender deutscher Niederlassungen und nur bei Gütern, die in der letzten Zeit den Besitz gewechselt haben. Frau Wisłowska, die enteignet werden soll, hat das Gut in der Erbauseinandersetzung mit ihren Kindern erworben, ihr Ehemann besaß es acht Jahre. Roldom, der ebenfalls enteignet werden soll, hat sein Gut ehrlich erworben, um daraus zu wirtschaften. Nebenbei sei bemerkt, daß er Kachkomme eines Offiziers ist, der im Arme von 1870 schwer verwundet und für seine Tapferkeit mit dem Eisernen Kreuz dekoriert worden ist. (Hört! hört! bei den Polen.) Beide Güter grenzen nicht an deutsche Ansiedlungen. Trotzdem erwiderte das preussische Ministerium auf die erhobene Beschwerde, für den Begriff der Abrundung sei nicht erforderlich, daß das zu erwerbende Gut unmittelbar an die abzurundenden deutschen Niederlassungen grenze, sondern es genüge eine Nachbarlage, die die Anknüpfung gegenseitigen Verkehrs und Handels ermögliche. Der Frau Wisłowska wurde außerdem erwidert, bei ihr läge ein Fall der Besitzergreifung durch Veräußerung vor, obwohl es sich um eine Erbauseinandersetzung handelte. So treibt das preussische Ministerium in seiner Interpretation mit der Logik und Jurisprudenz in geradezu unheimlicher Weise Hohn. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen und Sozialdemokraten.)

Präsident Kaempf rügt diesen Ausdruck.

Abg. Seyda: Jedes Vertrauen zu Gesetz und Recht und zu den Behörden des Staates muß bei solcher Interpretation verloren gehen. (Sehr richtig! bei den Polen.)

Ein zweites Punkt ist die volle Entschädigung, die gezahlt werden soll. Als ob es irgend eine Entschädigung geben kann für die zwangsweise Vertreibung von Haus und Hof! (Sehr wahr! bei den Polen.) Roldom aber hat für sein Gut 950 000 Mark gezahlt. Die Toge stellte für die Enteignung nur einen Wert von 880 000 Mark fest und der Präsident der Ansiedlungskommission will davon noch 100 000 Mark heruntersetzen. (Lärm bei den Polen: Das ist Konfiskation.) Als ich diese Tatsachen in einer Versammlung vorbrachte, rief man mir zu: Diebstahl, Raub auf offener Straße. So urteilt das Volk und ich glaube, nicht mit Unrecht. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen.)

Ganz prinzipiell stehen wir auf dem Standpunkt: das Gesetz vom 20. März 1908 ist rechtswidrig. Denn Reichsrecht geht vor Landesrecht, und das Gesetz widerspricht der Reichsverfassung. Das habe ich bereits unter der Zustimmung der Mehrheit des Reichstages im Jahre 1908 ausführlich dargelegt. Durch die Anwendung dieses rechtswidrigen Gesetzes muß jedes Vertrauen schwinden und eine Erbitterung wachgerufen werden, wie sie ärger nicht gedacht werden kann. (Lebh. Zustimmung b. d. Polen.) Dieses Vorgehen muß auf die ganze Bevölkerung revolutionierend wirken. (Sehr richtig! b. d. Polen.) Wenn die Bevölkerung ihres Eigentums nicht mehr sicher ist, treiben wir Zustände zu, wie sie England in Irland geschaffen hat. Das Ziel, die Degeneration der Polen wird doch nicht erreicht werden. (Sehr wahr! bei den Polen.) Man muß bis in die Zeiten der Könige der alten Ägypter zurückgehen, um ein ähnliches Vorgehen, wie es die völlige Durchführung des Enteignungsgesetzes bedeutet, in der Geschichte zu finden. Wir werden den Antrag stellen: Der Reichstag wolle beschließen, die Zulassung der Enteignung polnischer Gutsbesitzer für die Zwecke der Ansiedlungskommission durch den Herrn Reichskanzler entspricht nicht den Anschauungen des Reichstages. Zu dieser mittels Form sind wir durch die Geschäftsordnung gezwungen. Stimmt der Reichstag unserem Antrage zu, so bringt er damit zum Ausdruck, daß er die Enteignungspolitik der

Regierung, wie sie es verdient, aufs schärfste verurteilt. (Lebhafte Beifall bei den Polen.)

Abg. Wendel (Soz.):

Sie sehen, die Regierung hat zu dieser Interpellation einen sehr bequemen Standpunkt eingenommen, sie will einfach nichts damit zu tun haben, räumt das Feld und verschwindet. Statt daß der Reichskanzler es für notwendig gehalten hätte, in dieser außerordentlich wichtigen politischen Angelegenheit persönlich hier zu erscheinen, schickt er uns lediglich ein Stück Papier und einen Staatssekretär (Heiterkeit) und läßt sich berufen auf alte Erklärungen, die dadurch nicht besser und richtiger werden, daß man sie hier wiederholt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Haltung des Kanzlers ist gewiß nicht geeignet, den deutschen Parlamentarismus in ein helleres Licht zu rufen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Vertreter der Regierung beruft sich auf eine Erklärung, die hier von der Regierung vor Jahren abgegeben worden ist. Aber die Interpellation Brandys, unterschrieben von 73 Mitgliedern dieses Hauses, ist neu, ist von gestern, und diese 73 Mitglieder stellen sich mit dieser neuen Interpellation auf den Standpunkt, daß die Anwendung des Enteignungsgesetzes eine Verletzung der Reichstags-Verfassung darstellt. Selbst wenn die Regierung der Ansicht ist, daß die Polenpolitik und die Enteignung lediglich preussische Landesangelegenheiten sind und nicht hineingreifen in die Interessensphäre des Reichstages, so wäre es angebracht der neuen Interpellation doch ihre Pflicht gewesen, das wenigstens einigermaßen ausführlich zu begründen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Verfahren, das die Regierung beliebt, läßt eigentlich nur zwei Deutungen zu. Entweder ist der Regierung die Reichsverfassung und ihre Verletzung derart eine quantita negligible, eine Nichtigkeit, daß sie glaubt, darauf gar nicht eingehen zu brauchen, oder die 73 Vertreter des deutschen Volkes sind ihr eine solche quantita negligible, daß sie glaubt, sich über die Beantwortung hinwegsetzen zu können. Aber wenn man das Verhalten der Regierung aus dem politischen Standpunkt aus keineswegs billigen kann, vom menschlichen Standpunkt finde ich es außerordentlich begrifflich. Ein gutes Gewissen hat es nicht nötig, sich hinter dem

Wandschirm der Normaten

zu verstecken. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regierung darauf rechnen könnte, hier mit ihrer Politik Erfolge einzuharfen, hätte sie das auch sicher nicht getan. Aber wir befinden uns hier nicht im Preussischen Landtag, wo die durch das Dreiklassenwahlrecht durchfiltrierten Abgeordneten in ihrer Mehrheit mit der Polenpolitik der Regierung durch die und dünne gehen, sondern wir sind hier im Deutschen Reichstag, wo immerhin die Meinung der Massen draußen im Lande unberücksichtigt zum Ausdruck kommt als hinter den schalldämpfenden Toren der preussischen Landstube. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb ist es erklärlich, daß die Regierung den besseren Teil der Tapferkeit, die Vorsicht, gewählt hat.

Wenn wir Sozialdemokraten hier mit aller Entschiedenheit gegen die Enteignung von Grundbesitzern, die Gegenstand der Interpellation ist, auftreten, so geschieht das nicht ohne boshafte Schadenfreude darüber, daß die Weltgeschichte hier wieder einmal die Dinge auf den Kopf gestellt hat. Denn in diesem Falle müssen wir, die „Umstürzler von Vorus“, die Verfassung stützen gegen die „Staatsretter von Vorus“. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir, die Internationalen, müssen uns des nationalen Rechts eines unterdrückten Stammes annehmen gegen die Bannerträger des nationalen Gedankens, und wir, die vielberufenen Feinde des Privateigentums, müssen das Privateigentum verteidigen gegen seine allerfanatischsten Anhänger. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir das tun, so geschieht es wahrhaftig nicht um der schönen Augen der Polen wegen. Ganz im Gegenteil, meine Parteifreunde in den östlichen Provinzen beschwerten sich sehr lebhaft über die nationalpolitische Presse, die mit einer gewissen unchristlichen Bosheit darüber hinweggeht, daß auch die Sozialdemokratie sich der nationalen Rechte der polnischen Bevölkerung annimmt. Die Nationalpolen wollen aus naheliegenden Gründen das Monopol dieser Vertretung haben. Vor allem liegt uns natürlich an den polnischen Junkern genau so wenig wie an ihren Klassengenossen, den preussischen Junkern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber wir machen gegen die Polenunterdrückungspolitik Front aus dem tiefen Gefühl für Recht und Gerechtigkeit heraus, das der modernen Arbeiterklasse und ihrer politischen Vertreter unaussprechbar im Blute fließt, wie die roten und weißen Blut-

Kleines feuilleton.

Der Raubwuchs. In Dresden hat es an der technischen Hochschule zwischen den studentischen Korporationen und den Nichtinkorporierten einen Strich gegeben. Ein hantbemühter Junge hatte einen Norweger beleidigt und statt einer Duellforderung ein paar hinter die Ohren bekommen. Der Norweger wurde relegiert. Das Duell ist strafbar. Ein Student dürfte einem anderen keinen Schlag mit der Hand zufügen. Er hätte die Faust nehmen sollen. Ein junger korporierter Herr hatte die „Freistudenten“ demütigt, weil sie ein sozialdemokratisches aufreizendes Plakat ausgehängt hätten. Wichtig, das Plakat wurde konfisziert. Derart.

Dieser Jodelpakt läuft überall mit Recht. Sie sind feige. Sie sind in der Überzahl; aber diese wahrhaft Deutschen ziehen es vor, manhaft zu verisieren, daß ihnen nichts, aber auch nichts die freudige Mitarbeit am Bismarckstimmchen oder am Geburtstag des Kaisers verderben werde. Niemals haben sie den Deutschen den Krampf vor die Nase geworfen! Volkst! Aber nein! Lenden? Gott bewahre, Herr Universitätsrichter! Und der, ein alter Korporationsstudent, tut das Seine.

Daß auf den Photographien in der Berliner Anka, bei Empfängen des Kaisers, die breiten Banner der Minorität paradiereen — Gott segne sie! — Aber daß dahinter die ängstlichen Köpfe zukünftiger Richter, Oberlehrer, Beamter hervorgucken dürfen — das ist die deutsche Freistudentenschaft.

von jedem Arbeiter könnten sie lernen.

Der Kaiser Thron um? In den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts stellte ein deutscher Geschichtsdarsteller fest, daß von beinahe anderthalbhundert Thronumwägungen seit Augustus nur elf auf das Volk oder auf eine liberale Demagogie kommen, hingegen zweiunddreißig auf die Päpste und den Mierus, achtundneunzig auf die Armeen und auf die Leibgarben, alle übrigen auf Lebenwähler der Macht und treulose Brüder und Vettern des Herrschersankes. Wieviele vom Blut ihrer legitimen Herren raubende Hände und Häupter, so sagt der Statistiker über diese monarchische Gefinnung in der Gottesgnadenwelt hinzu, wurden nicht von Bischöfen und Päpsten als neue Herrscher eingeweiht, gekrönt und gekrönt! Seit den fast sieben Jahrzehnten, seitdem das geistliche Werk, haben die kirchlichen und monarchischen Revolutionen an Zahl und Bedeutung verloren, die Volkrevolutionen dagegen erheblich zugenommen. Erfolgreiche Revolutionen pflegen aber noch immer von der Arme ausgehen.

Wie ich die Alpen überflog. Mir ist, als sei ich wohlfühnig. Das waren die ersten Worte, die Bielououic, der junge peruanische Pilot, der nun die Alpen glücklich überflogen hat, ausrief, als er vom Höhe seines Flugzeuges, das sich tief in den Schnee grub, bei Domodossola absprang. Einen Augenblick, so erzählt ein jug-

licher Augenzeuge, starrte der Flieger mit weitauferirten Augen auf seine Maschine; dann aber überwand er die Aufregung, in die ihn die glückliche Vollendung des kühnen Fluges versetzt hatte und unarmte lächelnd die zu seinem Empfang herbeigekommenen Freunde. Auf der Fahrt nach Domodossola erzählte er dann im Auto von seinem Flug. Als ich einige hundert Meter hoch war, sah ich plötzlich mein Rotor aus. Ich war gerade über der Tiefe der schrecklich schwarzen Saltineschlucht. Ich erkannte die Gefahr, aber es gelang mir glücklicherweise, den Rotor wieder in Gang zu bringen; in spiralförmigen Kurven konnte ich wieder höher hinaufsteigen. Den Simpson überflog ich in einer Höhe von 10 000 Fuß. Worte können den beklammbenden Eindruck nicht schildern, den ich hatte, während ich emporstieg. Die Alpen schienen unter mir zu versinken. Nur der Weichheit und der Monte Leone wollen nicht sollen. Höher steige ich empor, und nun endlich habe ich auch den Weichheit unter mir. Vom Simpson zum Gabupah geht es schnell hinüber. Ich flog nun in einer Höhe von 10 000 Fuß über den Gabupah; zu meiner Linken gähnt das furchtbare Gondolal, dessen Luftströmungen Chavez verschlangen und die er den „Korridor der Hölle“ nannte. Es gelingt mir, ihn zu vermeiden, ich halte gerade auf den Monte Monsoera zu. Aber plötzlich paden eilige Luftströmungen von dem Weichheitglischer meine Maschine, durchdrückeln sie. Ich fühle mich verloren. Wird der „Korridor der Hölle“ auch mich verschlingen? Aber nein, meine Maschine triumphiert, trotz dem Winde, befreit sich, und nun schwebt ich über dem Monte Monsoera. Alles unter mir ist weiß, so weiß, daß ich fast geblendet bin. Gott sei Dank, nach ein paar Minuten öffnet sich vor meinen Augen das braune Oflolatal. Welche Befreiung! Da ist Italien! Es ist mein Ziel. Das ist der Sieg. Ich fülle meinen Rotor ab und gehe nieder.

Die Erfolge des Londoner Radium-Institutes. Einen außerordentlich interessanten Einblick über die Heilerfolge, die das Londoner Radium-Institut bisher in der Behandlung von Krebsleiden zu verzeichnen hat, gewährt der soeben erscheinende Jahresbericht der Anstalt. Vom 14. August 1911 bis zum 31. Dezember 1912 wurden insgesamt 539 Fälle von Krebs behandelt. Davon wurden anschließend geheilt 58 Fälle, völlig geheilt 28 Fälle und gebessert 245 Fälle. Bei 88 Patienten wurde die Behandlung aufgegeben, bei 70 konnte eine Besserung des Befindens nicht erzielt werden und 55 der Fälle endeten mit dem Ableben der Kranken. Dazu bleibt zu bemerken, daß als „anfänglich geheilt“ jene Fälle angesehen werden, bei denen alle Symptome des Leidens vollkommen verschwunden sind. Für die Beurteilung des Gesamtergebnisses fällt die Tatsache ins Gewicht, daß eine sehr große Anzahl der Fälle erst dann in die Behandlung des Radium-Institutes kamen, als alle anderen Hilfsmittel der Heilkunde und der Chirurgie erschöpft schienen. Bei strahlungsbedingten, die einen chirurgischen Eingriff ausschlossen, konnten die Schmerzen oft sehr vermindert werden. Das Krebsgeschwür heilte, die Wulstung hörte auf und in anderen Fällen wurde das Wachstum des Geschwüres verlangsamt. Bei Magenkrebs machten

sich die günstigen Folgen der Radiumbehandlung ebenfalls in einer Beschränkung des Wachstums und in einer Verminderung der Schmerzen geltend. Der Bericht bezeichnet die Ergebnisse als „ermittigend“ und führt noch eine ganze Reihe von anderen Leiden, vorwiegend Geschwüre und Hautleiden, auf, in denen die Radiumkur vortreffliche Dienste leistet.

Notizen.

Theaterchronik. In den Kammer spielen des Deutschen Theaters wird in Abänderung des Spielplans das Lustspiel „Schöne Frauen“ auch am Freitag aufgeführt.

Der Berliner Volks-Chor veranstaltet am Sonntag, den 2. und 9. Februar, nachmittags 3 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses den 7. resp. 8. Vortrag des Richard-Wagner-Kyklus. Am 2. Februar wird Dr. Guttmann über das „Rheingold“, am 9. über die „Walküre“ sprechen. Im gefangenen Teil werden an beiden Tagen zahlreiche Solisten mitwirken. Eintritt für organisierte Arbeiter und deren Angehörige 10 Pf.

Die Schloßoper. Königs Geburtstag wird in Berlin bei Tag durch umfangreiche Verkehrsabsperren (damit die Untertanen mit der Nase drausgehoben werden, was los ist) und abends durch Illumination aller der Firmen begangen, die dazu genötigt sind oder sich davon Reklamenutzen versprechen. Außerdem natürlich Schmaler mit Hurra, Quera, Quera! und Gratulationen. Besonders hervorgetan hat sich unter den Lehrern diesmal der Berliner Grundbesitzerverein von 1865. Er überreichte eine Adresse mit Entwürfen für die Errichtung des Oberhauses — am Schloßplatz. Natürlich seine Sache: S. W. gefällt die merkwürdige und plebejische Umgebung des Schlosses nicht und die Hausbesitzer würden gern ihre alten Häfen abbringen. Billig natürlich, beinahe zu Selbstkostenpreis. Gesucht werden nur noch die Millionen, die das Geld dafür bewilligen — und wir haben die Schloßoper.

Was das Bürgertum sich seine Klassier Lotten läßt. Auf der Versteigerung von Goethe- und Schillerreliquien, die wir hier kürzlich anzeigten, wurden bezahlt: Für Goethes rote Pantoffeln 100 M., für eine Zeichnung Goethes (sic kann auch von einem anderen sein) 1010 M., eine Locke Goethes (wenn sie nicht von Foujits (Budel kommt) lumpyge 82 M. Eine echte Schreibfeder Goethes brachte es dagegen auf 110 M. — Die wunderfamen Karikaturen aus des Wintern Rainz Kaffak brachten verhältnismäßig höhere Preise. Die Begierde für die Klassier neigt zur Waise.

Wodertne Läden in alten Häusern. Die Arbeiter-Verbraucherstelle plant eine Wanderausstellung von Entwürfen und Zeichnungen von modernen Ladeneinbauten in alte Häuser. Die Ausstellung soll eine Anregung für die Kaufmannschaft sein und zeigen, wie es möglich ist, moderne Ladeneinbauten in alte Häuser zu machen, ohne daß dadurch der kunstgeschichtliche Wert der Häuser beeinträchtigt wird.

Lörperchen. Es wäre allerdings zwecklos, den Schwärmern für die Palastpolitik, die natürlich zugleich ihre Kugeln sind, mit Nechtpfählen zu kommen, das wäre ein Versuch an durchaus untauglichem Objekt. Das ihr Vorgehen mit den Geboten der Ethik nicht im Einklang steht, ist ja für die Palastisten an sich ein Gegenstand minderer Bedeutung, und wenn etwas an diesen unerfreulichen Dingen erfreulich ist, so die Offenherzigkeit, mit der sich die Palastisten zu ihrer

ethischen Dummigkeit,

will ich einmal sagen, bekennen. Einer ihrer bigottesten Vorläufer, Justizrat Wagner, hat auf einem Osterfesten erklärt: „Wir wollen den polnischen Besitz verringern, was dabei aus den Polen wird, geht uns nichts an.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er sagte weiter: „Die Frankfurter Zeitung“ hat kürzlich ironisch gesagt, ob den Polen Recht oder Unrecht geschehe, sei wohl Nebenache. Das ist auch Nebenache.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und ein Mitglied des Reichstags, der Abg. v. Liebert, hat für die Polenpolitik den Grundtag proklamiert: „Recht geht vor Recht“, — er nicht mir beständig zu — ein sehr lapidarer Grundtag, der aber eigentlich besser paßt zum preußischen Kasernenhof, auf dem ja Herr v. Liebert Weisheit weis, als zum kleinen Kathedrumus in dem er wenigstens Weisheit wissen sollte. (Weiterheit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Diesen Grundtag mit den Prinzipien der Ethik in Einklang zu bringen, dazu gehören schon die Eigenschaften eines Schlangeäugers, der sich durch die Sprossen einer Leiter hindurchwindet. (Weiterheit.) So wenig ich an die Ethik der Palastisten appelliere, so wenig will ich appellieren an ihr Kulturjamgefühl. Als die Enteignungsvorlage eingebracht wurde, hat der bekannte polnische Dichter Sienkiewicz die Meinungen herabragender Leute aller Länder darüber in einem Buche gesammelt. Es befinden sich Namen von Beltrus darunter, das Werk ist in seiner Art ein Kulturpiegel, aber wenn man hineinblickt, ist man nicht gerade entzückt davon, ein Deutscher zu sein, denn alle diese Stimmen sind einzig in der Brandmarkung dieser Gesetzgebung, und was peinlicher wirkt, als die Entzückung, ist das Erstaunen bei diesen, das Bekremden darüber, daß in einem Volke, das stolz ist auf seine Zivilisation, stolz auf seine großen Dichter, bei einem Volke des 20. Jahrhunderts, derartig überhäuft möglich ist. Es finden sich darunter Männer aller Parteien, wie ich ausdrücklich betonen möchte, auch viele Freunde deutschen Wesens, die nicht nur im Namen der Gerechtigkeit, sondern auch im Namen des Christentums Einspruch erheben gegen die Enteignungswillkür. Da schreibt z. B. der Barrer Magay — er ist der Rechte allerdings verdächtig, denn er ist der Barrer jenes Wafeler Ministers, das am 21. November 1912 von der gewaltigen Friedenskundgebung des Sozialismus widerstand. Dieser Barrer schreibt: „Es versteht sich meines Erachtens ganz von selbst, daß jeder, der das Evangelium predigt, oder sich dazu bekennet, solche Dinge verurteilt, denn sie schlagen seinem Geiste ins Gesicht.“ (Hört! hört! bei den Soz.) Da in Deutschland ein evangelisch-orthodoxes Blatt, der „Reichsbote“, es fertig gebracht hat, zu schreiben: „Im Namen des Christentums muß gegen die Friedensbewegung protestiert werden“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), so zweifle ich nicht daran, daß sich auch hier Diener des Christentums finden werden, die es für die ergabenste Blüte der christlichen Weltanschauung ausgeben, wenn Leute ohne Schuld von ihrem Haus und Hof verjagt werden.

Wir Sozialdemokraten sind auch deshalb Gegner des Enteignungsüberfahrens, weil es sich um die

brutale Anwendung eines brutalen Ausnahmegesetzes

handelt, mit dem ja nach Cavour's bekanntem Wort jeder — ich will den Satz aus dem Zoologischen ins Parlamentarische übertragen — geistig minderbegabte (Weiterheit) regieren kann. Vor allem wenden wir uns dagegen, weil es sich hier handelt um eine eklatante Verletzung der Reichsverfassung.

Auf einem Galatsintag in Bromberg hat bekanntlich Herr v. Liebertmann gesagt: Wir dürfen uns nicht dange machen lassen, wenn der eine oder andere in übergroßer Wissenschaftigkeit sagt: Das ist gegen die Verfassung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist auch das Bekenntnis einer schönen Seele, auf ein bißchen Verfassungsbuch kommt es den Polenrenner nicht weiter an. Es kommt ihnen auch nicht an auf ein bißchen Revolution, denn die Enteignung ist, darüber wollen wir uns im klaren sein, ein Stück Unfsurz von oben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unlängst hat Kollege Gröber hier wegen der Anwendung des Jesuitengesetzes den Bundesrat in Parallele gerückt mit dem französischen Nationalkonvent von 1793. Ich will nicht entscheiden, ob mit Recht oder Unrecht, aber bei der Polenenteignung trifft allerdings der Vergleich des preußischen Ministeriums mit dem französischen Konvent ins Schwarze (Glode des Präsidenten, — Lautes Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kaempf: Wenn Sie vorhin dem Reichslangler Pflichtvergessenheit vorgeworfen haben, so überschreitet das die Grenze des Parlamentarismus.

Abg. Wendel (fortfahrend):

Es ist mir allerdings wohl bewußt, daß ein gewisser Unterschied besteht zwischen dem Bürger Robespierre und dem Bürger Weimann Hollweg. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Aber der Vergleich fällt in diesem Falle noch zugunsten des französischen Konvents aus, denn damals wurden nur Leute enteignet, die gegen ihr Vaterland die Waffen getragen hatten, hier aber werden Leute von Haus und Hof gejagt, ohne daß auch nur ihre Bestimmung dabei in Frage kommt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit welchem Maßstab auch die Enteignung in Preußen gemessen wird, sie verstößt gegen jedes christliche und juristische, gegen jedes politische und allgemeine menschliche Empfinden. In den deutschen Schulen wird noch immer Schiller gelesen. In seinem hinterlassenen Drama Demetrius hat er sich auch mit polnischen Dingen beschäftigt. Die Herren rechts zitierten daraus immer nur eine Stelle, die nicht einmal Schillers Meinung ausdrückt, wonach Verstand nicht bei der Redheit, sondern bei weniger ist. Sie sollten lieber auf die andere Stelle achten: Es ist die große Sache aller Staaten und Kronen, das Geschehe was rechtens ist und der Welt das Seine werde. Denn da, wo die Gerechtigkeit regiert, da freut sich jeder seines Erbes.“ Die preußischen Polen können sich unter dem Damokles'schwert der Enteignung ihres Erbes nicht freuen, ihr Erbe kann ihnen jeden Augenblick genommen werden. Man könnte daraus schließen, daß in Preußen alles andere als die Gerechtigkeit regiert. Das Enteignungsgesetz sagt sich den ganzen Will des preußischen Staates an, der die Klasse der Arbeiter rechtlos macht, der den Angehörigen einer Konfession, den Juden, das Stigma der Minderwertigkeit aufdrückt. Fehte das Enteignungsgesetz, so würde Preußen nicht Preußen sein, es hätte dann einen Schönheitsfehler. (Weiterheit.)

Die Enteignung in Preußen ist ja nicht von heute und gestern. Der preußische Staat hat schon mehr enteignet als ein paar Rittergüter. Es gab eine Zeit, wo man — die Welfen werden das wissen — im Golde davon sprach, daß der Spruch am Helm der preußischen Garde „Summ aequum“ (Jedem das Seine) bedeute „Jedem das Seine rauben“ (Weiterheit). Auch die Polenenteignung ist nichts neues. Friedrich II. war der erste preußische König, der mitschuldig war an dem

politischen Verbrechen der Teilung Polens

(Weiterheit. Präsident Kaempf ruft den Redner zur Ordnung.) Ich bedauere sehr, daß die Klingel des Präsidenten mich unterbrochen hat, ehe ich den Satz zu Ende gesprochen habe. Ich wollte hinzufügen, daß der Ausdruck nicht von mir stammt, sondern von einem Manne, der dem Ordnungsruf des Präsidenten entzogen ist und der in diesem Jubiläumstage 1913 als einer der größten Männer Deutschlands geehrt wird, formuliert ist, dem Freiherrn v. Stein. (Stürmische Heiterkeit.)

Präsident Kaempf: Ich habe an dieser Stelle zu ver-

hindern, daß hier unparlamentarische Ausdrücke gebraucht werden.

Abg. Wendel (Soz.):

Dieser erste preußische König, der an der Teilung Polens teilgenommen hat, hat bereits die Frage der Enteignungspolitik in Angriff genommen und sich dabei eines Mittels bedient, das wir heute als Spiegellei bezeichnen. Er ließ nämlich polnische Gutbesitzer in den neueroberten Landesteilen aufwiegeln, damit sie den Huldigungseid verweigern und der König den Vorwand beläme, ihnen die Güter fortzunehmen. Ich will Ihnen das Dokument vorlesen. Sie finden es in dem hohenzollernischen Verordnungsblatt von Kofe: „Der Kammerpräsident v. Domhardt wird die Wojtoden und Starosten aufreden lassen, daß sie unter dem Vorwande wie die Republik in die Landesabsetzung nicht geneigt habe, entweder sich von selbst gleich absetzen oder doch sich zu submittieren und den Huldigungseid zu leisten. Schwierigkeiten machen, da dann deren Wojwooschaften und Starosten gleich in Beschlag genommen und mit Administratoren besetzt werden. Hierbei wird der Graf v. Kefferkling die besten Dienste leisten können, wenn er der erste ist, der sich zu submittieren und den Huldigungseid zu leisten weigert. Ich werde mir dem ungeachtet schon mit ihm verstehen, so daß er dabei nichts verlieren wird.“ So wenig zu rechtfertigen dieser Schritt ist, so muß ich doch sagen, es spricht doch daraus ein gewisses Anstandsgefühl, der Wunsch des absoluten Königs, vor der Welt seine Enteignung zu rechtfertigen. Er schuf Hochverräter, weil er nur Hochverräter enteignen wollte. In unseren Tagen aber wird drauf los expropriert, ohne nach Schuld oder Verdienst zu fragen.

Als in der vormärzlichen Zeit ein Edikt erlassen wurde, das auf die systematische Verdrängung der polnischen Bevölkerung hinwirken sollte, erschien es geheim. Man schämte sich damals noch. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist schon lange her!) Inzwischen hat man in Preußen

ein robusteres Gewissen

bekommen. Jetzt proskribiert man, wie zu Zeiten des Marius und Sulla. Ueber die Erfolglosigkeit dieser Politik hat mein Redner schon gesprochen. Die preußische Regierung gleicht dem Manne, der ein durchlöcherter Fäß fallen will, und je weniger ihr das gelingen kann, um so weniger sieht sie davon ab, sondern verliert es mit um so größerem Löffel. (Weiterheit.) Dem Vater der preußischen Polenpolitik, dem Fürsten Bismarck, erschien es als ein Kinderpiel, mit den Polen fertig zu werden. Er beurteilte die polnischen Junker nach seinen eigenen Massengößen, und glaubte, sie würden die Hunderttausende nehmen, die ihnen für die Güter bezahlt werden, und damit nach Monte Carlo gehen, um sie auf rot und schwarz zu legen. Dabei hat er sich verrechnet. Der Verlust ist in diesem Kampfe immer auf Seite dessen gewesen, was sich Deutschland nennt, und der Gewinn wird — dessen können Sie versichert sein — bei Rom sein. (Große Heiterkeit und Zurufe: Sehr wahr!) Bismarck's Ansetzungsplan hat den Kampf erst entfesselt. In den 25 Jahren vorher hat der polnische Besitz sich um 195 000 Hektar vermindert, in den 25 Jahren der Ansetzungsplan sind 100 000 Hektar mehr aus deutschen in polnische Hände übergegangen, als umgekehrt. (Lebhaftes Hört! hört!) Und ich fürchte, mit dem Enteignungsgesetz wird man in weiteren zwanzig Jahren keine besseren Erfahrungen machen. Man meinte, durch die Schaffung des Gesetzes würde die Preistreiberie aufhören. Die neueste Denkschrift der Ansetzungsplan erzählt uns aber, daß im Jahre 1908, also im Jahre des Enteignungsgesetzes, ein Hektar 1180 Mark kostete, im Jahre 1911 dagegen 1895 Mark. Berücksichtigt man, daß im Jahre 1888, also vor der Ansetzungsplan, für den Hektar nur 570 Mark gezahlt wurden, so sieht man, daß die Bodenpreise in diesem Zeitraum über 100 Proz. gestiegen sind, man begreift, welche Gewinne die Großgrundbesitzer von dieser Polenpolitik einströmen, und warum die Konservativen diese Politik auf Verbeß und Gedeh mitmachen, die für sie so voller Bedenken ist. Aber wenn das Geld im Kössen klingelt, der Junker selbst durch das Fegfeuer springt.“ (Weiterheit.) Außer den Großgrundbesitzern haben von der Polenpolitik Vorteile die Beamten, denen die Ostmarkenzulage zufällt, und die Großindustriellen im Westen, denen billige Arbeitskräfte zufließen. Geschädigt wird vor allem das Deutschtum im Osten durch den Vorkott, der über die deutschen Kaufleute von den Polen verhängt wird. Zahlreiche deutsche Elemente waren die ersten, die die Suppe ausessen mußten, die die Regierung mit der Enteignung den Polen einbroden wollte, und diese Elemente wandten sich mit einem Rufe an die Regierung, sie möchte mit der Enteignung einhalten.

Wäre in den Provinzen Polen und Westpreußen eine Volksabstimmung über die Polenpolitik der Regierung vorgenommen — sie würde mit gewaltiger Mehrheit auch der deutschen Bevölkerung verworfen werden. Vier polnische Besitzter werden enteignet und 400 deutsche Händler und Kaufleute werden in ihrer Existenz vernichtet. Welcher grandiofer Gewinn für das Deutschtum, wenn zugleich 10 000 polnische Arbeiter nach den großindustriellen Bezirken an der Ruhr berückelt werden, wenn dort ein polnisches Gemeinwesen entsteht, von dessen Umfang man sich nur schwer eine übertriebene Vorstellung machen kann. Im Jahre 1905 gab es im westlichen Preußen 1212 Gemeinden, in denen die polnische Bevölkerung mehr als 10 Proz. ausmachte, 414 Gemeinden, in denen sie mehr als 25 Proz. betrug, und 67 Gemeinden, in denen sie mehr als die Hälfte betrug. (Hört! hört!) Seitdem hat sich das Verhältnis zugunsten der Polen noch verschoben, immer neue Ströme polnischer Arbeiter werden aus dem Osten nach dem Westen geleitet. 1905 gab es in den beiden Regierungsbezirken Arnberg und Münster in den Volksschulen 4000 Kinder, die nur polnisch sprechen konnten, 1911 gab es deren schon 20 000; mit einem Fremdwort nennt man das Germanisieren. (Große Heiterkeit.)

Darüber sollte man sich enträsten, daß in diesen rein deutschen Gebieten allmählich die Sprache Goethes von der Sprache Korfants verdrängt wird. (Weiterheit.) Aber diese polnischen Arbeiter sind anspruchlos, sie sind noch belangen in der verdammten Bedürfnislosigkeit und deshalb sind sie den Industrieherrn willkommen als

Lohnrüder und gottgewollte Streikbrecher.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Ruhrbergbau befindet sich auf einer viel niedrigeren Stufe der technischen Entwicklung als der amerikanische und englische, weil er zugeschnitten ist auf zugewanderte ungelernete Arbeiter, die eben williger sind, aber mit den Mitteln der Technik nicht umzugehen verstehen. Eine andere Spielart der Palastisten wie diese Großindustriellen des Westens sind die konservativen Großgrundbesitzer. Sie haben allen Ausnahmegelegenheit zugesprochen, durch die die Polen zuzugedämmt werden sollen. Auf der Tribüne des Parlaments sagen sie, wir haben zu viel Polen im Lande, wir müssen mit ihnen aufräumen. Aber dabei an ihrer Aftische meinen sie, wir haben zu wenig Polen, und ziehen Jahr für Jahr Hunderttausende von polnischen Arbeitern aus Rußland und Galizien herüber. Den Import von billigem Schweinefleisch verhindern sie mit allen Mitteln, aber vom Import von billigem Menschenfleisch können sie gar nicht genug bekommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf allen großen Gütern des Ostens besteht das ganze Personal aus Polen. Der Fürst von Thurn und Taxis, der Gutsherr von Artois, der 100 000 Hektar besitzt, gebietet über eine Bevölkerung, die zu mehr als vier Fünftel aus eadten Polen besteht. Der Großgrundbesitzer ist meist Palastist, aber der Großgrundbesitzer dient dem Volentum.

Wie diese Herren Geld verdienen, hat anschaulich Ludwig Fernhard in seinem bekannten Buche geschildert. Der Junker verkauft sein Gut an einen polnischen Güterkäufer etwa für 500 000 Mark, bedingt sich aber ein Rücktrittsrecht aus für eine gewisse Zeit gegen ein Neugeld von etwa 30 000 Mark. Dann beginnt ein Sturm auf die Ansetzungsplanmission, die den Verkäufer zum Rücktritt bewegt, damit das Gut nicht in polnische

Hände kommt, und es ihm gegen Zahlung von 500 000 Mark, sowie des Neugeldes von 30 000 Mark abnimmt. Und diese 30 000 Mark teilt dann der Junker, wie vorher vereinbart, mit dem Polen. Auf diese Weise haben sich recht viele germanisieren lassen. (Weiterheit.) Allein im Jahre 1905 sind der Ansetzungsplanmission auf diese Art 325 größere Güter angeboten worden. Ueber all diese Dinge wird sich nur der wundern, der nicht weiß, daß bei den Palastisten das Portemonnaie einen sehr großen Teil des Draganismus ausmacht. (Große Heiterkeit.)

Diese Politik muß auch deshalb erfolglos sein, weil die polnische Bevölkerung gar nicht mehr im Großgrundbesitz vorhanden ist, sondern in der Bevölkerung der Städte. In der polnischen Praxion findet das seinen Ausdruck darin, daß immer mehr bürgerliche Abgeordnete hier erscheinen. Die Palastisten fordern, daß durch die Enteignung deutsche Dörfer rund um größere polnische Städte entstehen, und dadurch das polnische Bürgertum ausgerottet wird. Selbst wenn das Erfolg haben könnte, würde doch nur herauskommen, daß eine Reihe polnischer Existenzen proletarisiert würden, man kann ihnen wohl ihren polnischen Stammladen nehmen, aber nicht ihr polnisches Herz. (Sehr richtig!) Fürst Salko hat hier über die lanzenhafte Vermehrung der polnischen Bevölkerung gellagt. Wenn die Regierung nicht den Willen und die Macht hat, alle männlichen Polen in den Zustand zu versetzen, der für die männlichen Hochstapler des Sultans als Vorbedingung gilt (Stürmische Heiterkeit), so wird die Regierung mit dieser Polenpolitik nur immer tiefer in die Dredouille kommen.

Es ist auch die Frage aufgeworfen worden, warum man gerade jetzt, nachdem man das Gesetz vier Jahre im Zustand voller Jungfräulichkeit gelassen hat, an seine Anwendung herantreibt. Mein vom Standpunkt der Regierung erscheint der gegenwärtige Augenblick im Hinblick auf die internationale Lage als der allerungelegnetste, um große, nach Millionen zählende Volksteile zu erbittern. (Lebhaftes Sehr richtig!) Gerade in den Tagen internationaler Spannung sollte man versuchen, alle Volksteile zu verschönern. In den Jahren 1898 und 1870 schickte der General v. Steinmetz die Regimenter aus Polen und Westpreußen unter den Klängen des „Loch ist Polen nicht verloren“ ins Feuer, und sie haben sich tapfer geschlagen. Ich glaube, die palastische Ruß der Enteignung wird auf die polnischen Soldaten weniger ansehnend wirken. (Sehr richtig!) Aus den großen Umwälzungen im Orient könnte die preußische Regierung manche gute Lehre ziehen. Der Zusammenbruch des Türkenreiches und das Wiederwachen der Balkanländer scheint anzudeuten, daß auch Urteile des Weltgerichts — die Geschichte ist ja das Weltgericht — einer Revision unterliegen, und es ist nicht richtig, daß die Urteile von 1773 für alle Zeiten gelten müßten. Der Hauptfehler der Türken war sicher eine falsche Rationalitätspolitik. Die Jungtürken wollten die Albaner, die Magdonier, mit Gewalt osmanisieren. Dadurch riefen sie die Aufstände hervor, die dann erst die ganze Ohnmacht des türkischen Staates aufzeigte, so daß die Balkanstaaten den Mut zum Losschlagen bekamen. Wer lernen will, kann lernen. Jetzt jammern die Palastisten, daß die Umwälzung auf dem Balkan die Macht des Slawentums gestärkt und die Polen ermüdet habe. In einer Graudener Zeitung wird darüber gellagt, daß ein polnischer Bürger einem der Balkankönige zu seinen Erfolgen beglückwünscht hat. Als ob ein Graudener Staatsbürger nicht dasselbe Recht hat, wie ein Berliner Staatsbürger, der seinerzeit telegraphisch dem Vorenpräsidenten einen Glückwunsch schickte. (Lebhaftes Heiterkeit.)

Die jammern den Palastisten vergessen: wenn die Polen dem Panflawismus in die Arme getrieben sind, so geschieht das lediglich

durch die Gewaltpolitik Preußens,

besonders durch das Enteignungsgesetz. Das Jahr des Enteignungsgesetzes war ein Triumph für den Panflawismus. Die Folge der Anwendung des Enteignungsgesetzes wird ein noch engerer Zusammenschluß des Slawentums sein. Man begreift den grandiofen Humor, der hierin liegt, erst ganz, wenn man weiß, daß Bismarck diese ganze Politik unternommen hat, um die Gefahr des Panflawismus zu bannen. Als Frankreich an die Seite Rußlands getrieben war, fürchtete Bismarck, daß bei einem Krieg mit Rußland die Provinzen Polen und Westpreußen einen revolutionären Grundherd abgeben könnten. Deshalb begann er die Polen einzudeutschen. Daß das mit Entgegenkommen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, geschehen könnte, begriff der Mann der Blut- und Eisenpolitik nicht, und so begann er die gewaltsame Politik, die jetzt zum Enteignungsgesetz geführt hat und für die Regierung von lauter Niederlagen begleitet war. Der Zweck dieser Politik war die Schwächung des Panflawismus, ihr Erfolg ist die Stärkung des Panflawismus. So gleicht die preußische Regierung dem Nansen, den eine Fliege auf der Nase sigelt, und der nun mit einem Stein darauf schlägt. (Weiterheit.) Die Fliege fliegt davon, aber die Nase ist zerhämmert.

Fürst Salko sagte, wir werden die scharfe Waffe des Enteignungsgesetzes nicht zum Angriff, sondern nur zur Verteidigung des Deutschtums gebrauchen. Der stenographische Bericht verzeichnet: Heiterkeit bei den Polen. Diese skeptische Heiterkeit war sehr beachtlich. Was ist denn geschehen, daß die Anwendung des Gesetzes im Sinne der Verteidigung des Deutschtums rechtfertigen könnte. Schmieden die Polen hochverräterische Pläne oder glaubt man, daß Herr Seyda als moderner Laband Koschulose seine Scharen gegen die Maschinengewehre führen will. (Weiterheit.) Das Warum des Zeitpunktes der Anwendung des Gesetzes bleibt ein Geheimnis. Heinrich Heine sagt: „Die Handlungen eines Fürstlichen wie die eines Genies liegen außerhalb jeder Beschreibung.“ Wer den Reichslangler für ein Genie hält, wird also darin den Grund für die Wahl dieses Zeitpunktes finden. (Große Heiterkeit.) Es muß auch solche Räuse geben. Wir ändern werden uns für die andere der beiden Erklärungen entscheiden. Ich will nun der Regierung aber nicht nachsagen, daß sie dem menschlichen Gefühl der Furcht zugänglich ist. Darum will ich nur hypothetisch mich ausdrücken: wenn die Regierung Furcht hätte, so sicherlich nicht vor den Polen, sondern vor den Polenrennern. Dazu gehört ja die kleine Gruppe der Alideutschen. Sie stehen nicht auf du und du mit der Regierung. Die Regierung ist ihnen zu weich, sie zeigt nicht die gepanzerte Faust, sie können es nicht verschmerzen, daß wir wegen Maroffs nicht Krieg mit der halben Welt geführt haben, sie tragen es dem Reichslangler noch nach, daß er hier im November 1911 im Reichstag ihnen

die Nase vom Gesicht gerissen

und ihren Tamtam aufgedeckt hat. Dieen Alideutschen ist auch die Polenpolitik zu milde, und sie haben immer stürmischer die Anwendung des Enteignungsgesetzes verlangt. Schließlich haben sie ein Ultimatum gestellt. Herr v. Bedich schrieb in der „Post“: „Das Vertrauen an der Festigkeit der Regierung — dieses „an“ darf man ihm nicht abel nehmen, wie alle Alideutschen steht er auf Kriegsfuß mit der deutschen Sprache (Große Heiterkeit) — also: das Vertrauen an der Festigkeit der Regierung ist durch eigene Schuld bereits bedenklich erschüttert; es würde auf den Rußpunkt sinken, wenn man annehmen müßte, daß auch der Kurs der Polenpolitik nicht mehr fest sei.“ Im Herbst desselben Jahres wurde die erste Enteignung vorgenommen. Es wäre wunderbar, wenn hier kein Zusammenhang bestände. Alles spricht dafür, daß die Enteignung nur eine captatio benevolentiae (Erlangung des Wohlwollens) für die Alideutschen sein sollte. Das wäre noch viel verwerflicher, als wenn sie aus irgendetwas in der Sache selbst liegenden Gründen vorgenommen würde. (Lebhaftes Sehr wahr!) Ich glaube, daß die Regierung nicht leicht an die Enteignung gegangen ist, sie ging wohl mit demselben Hochgefühl daran, wie der Teufel an das Weihwasser. (Weiterheit.) Denn was das wesentlichste an der Enteignung ist und sie über eine rein polnische Frage hinaushet, ist folgendes: (Zuruf.) Wir Sozialdemokraten schlagen kein Kreuz vor dem Worte „Enteignung“, ganz im Gegenteil. Enteignung klingt und sehr lieblich ins Ohr. (Weiterheit.) es ist eines der schen-

pathischen Worte der deutschen Sprache. Wo wir nicht mehr weit zu marschieren haben, um am Ziele zu sein, da erhebt sich die Expropriation der Expropriateure (Enteignung der Enteigner), da ist der Grund und Boden aus dem Privatbesitz in den der Gesellschaft überzuführen. Da freut es uns nun außerordentlich, daß eine konservative Regierung mit Unterstützung zweier so staatsbehaltender Parteien wie der konservativen und der nationalliberalen, einen

Präsidentensfall für unsere große Enteignung

geschaffen hat, es freut uns, daß diese beiden Parteien durch ihre Enteignung von heute unsere Enteignung von morgen und übermorgen rechtfertigen. (Unruhe rechts.) Freilich hat die Regierung mit ihrer Enteignung nichts befangen, was irgendwie sozialdemokratisch wäre. Sozialistisch sind diese Enteignungen nicht, höchstens anarcho-socialistisch. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Denn sie werden gegen eine Nationalität ausgeübt, und von einer kleinen Minderheit gegen den Willen einer Mehrheit. Das sozialistisch ist, muß aber im Einklang stehen mit den Empfindungen der Gerechtigkeit und mit dem Willen der Nation. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Konservativen und Nationalliberalen haben mit ihrer Zustimmung zur Enteignung nicht nach einem sozialdemokratischen Prinzip gehandelt, aber sie haben das Prinzip durchbrochen, auf dem ihre Gesellschaft sich aufbaut, das Prinzip von der Unantastbarkeit des Privateigentums. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Ich will nicht sagen, daß die Konservativen immer vor der Enteignung Scheu gehabt haben. Ich will gar nicht an die Kiderliche und Hyenplige erinnern, an die Vorfahren der Junker von heute, die auf den Landstraßen sehr energische Enteignungen vornahmten. (Heiterkeit.) Ich erinnere nur, daran, daß die ganze Geschichte des Großgrundbesitzes eine Geschichte der Enteignung des bäuerlichen Grundbesitzes war. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber in der Theorie, auf dem Papier war das Privateigentum ihnen immer heilig. Selbst die bürgerliche Revolution hat an die Häuser mit Kreide geschrieben: „Heilig ist das Eigentum“ (Heiterkeit), und ganz besonders heilig war der Grundbesitz. Der Jude Schleisinger, der unter dem Namen Friedrich Hugo Julius Stahl als erster geistiger Vorläufer des pfälzischen deutschen Staatsgedankens wirkte (Große Heiterkeit), hat das Grundeigentum für das heiligste Volkswort erklärt. All das haben Sie (nach rechts) verleugnet, als Sie dem Enteignungsgeetze zustimmten. Mit der Enteignung haben die Konservativen und Nationalliberalen einen Schritt befangen, den sie vielleicht eines Tages rückgängig machen möchten, dann aber nicht mehr rückgängig machen können. Sie haben damit einen

politischen Sündenfall

vollzogen und sich des moralischen Rechtes beraubt, aber die Viele ihrer Gegner entrüstet zu sein. Die konservativen Wanderredner werden keinen Eindruck mehr machen, denn sie sagen, der Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Konservativen ist, daß die Konservativen das Privateigentum verteidigen, daß die Sozialdemokraten es abschaffen wollen. Jeder Gemeindeführer wird Ihnen entgegen, Ihr selbst nehmst ja das Privateigentum der Polen. Das ist die tiefe Bedeutung der Enteignung, daß Sie diese Frage aus dem Bereich der Rechtsfrage herausgerückt haben in das Bereich der Machtfrage. So lange Ihr Eigentum noch umgittert ist von Wajonnetten, mag Ihnen das bedeutungslos erscheinen. Aber die Dinge ändern sich, und wenn an die Expropriation der Expropriateure gegangen wird, so wird sie vor den Rittergütern nicht Halt machen, und manch einer von Ihnen wird sich im Stillen dann sagen: Jetzt wird dir mit demselben Maße gemessen, mit dem du andere gemessen hast. (Stürmischer wiederholter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Koempf kündigt an, daß die Abstimmung über den Antrag Brandts (Polen) namentlich sein wird.

Abg. Graf Praschma (S.): Durch die Anwendung des Enteignungsgeetzes ist ein neues Moment hinzugekommen, denn das Gesetz kann rückgängig gemacht werden, die Enteignung selbst aber nicht. Die Bedenken, die gegen die Anwendung des Gesetzes erhoben sind, gehen weit über die Grenzen Preußens hinaus. Ich habe aber die Hoffnung, daß man auf falschem Wege ist, und daß man auf diesem Wege nicht zu dem gewünschten Ziele kommt: Überwindung der polnischen Bevölkerung. Auch das ist einer der Gründe, weshalb wir gegen die Polenpolitik sind, die ja nicht abhängig ist von der Stellung der Parteien. Unsere Führer haben alles vorausgesehen, was heute eingetreten ist. Mit dem Gesetz wird die Regierung die polnische Frage nicht aus der Welt schaffen, sondern sie wird über die Grenzen Polens hinausdringen nach Oberschlesien und in die Industriegebiete. Wir können es nicht für richtig halten, wenn diese Bevölkerung aus ihrem Besitz gedrängt wird. Man schafft dadurch nur neue Herde der Unzufriedenheit. Das Recht auf das Eigentum ist das wichtigste Recht, das für Reich und Staat besteht; und in dieses Recht wirft die Regierung dieses Gesetz hinein. Es ist ein Spiel mit dem Feuer, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann.

Diese Frage spielt hinüber in die Frage der inneren Kolonisation, der Wohnungsfürsorge usw. Und nun gibt die Regierung selbst den Weg an, wie man gegen die fehlhafte Bevölkerung vorgeht. Es ist für den Staat gefährlich, dieses Kampfmittel anzuwenden, wo er mit der Möglichkeit rechnen muß, daß sie auch von den Gegnern angewendet werden können. Es gibt unüberwindbare Grundkräfte, die weder durch Zweenmächtigkeit, noch durch Rückwehr zu befechtigen sind. Wir werden dem Antrage der Polen zustimmen. (Beifall.)

Abg. Schlee (natl.): Es ist nicht richtig, daß das Enteignungsgeetz nur gegen die Polen angewendet werden kann, das Gesetz spricht nur davon, unter bestimmten Voraussetzungen Eigentum zu enteignen. Der Grundlag der Enteignung ist nicht neu. Das Königreich Polen hat früher gegenüber Westpreußen nicht anders gehandelt, und wie gehen die Polen jetzt gegen die Ruthenen vor. (Ruf bei den Polen: Machen Sie es doch anders!) Die Polen können sich nicht wundern, daß sich auch die deutschen Elemente zusammenschließen, wie sich die Polen seit jeher zusammengeschlossen haben, daß sie zum Boykott gegen die Polen greifen, den die Polen gegen uns schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts angewandt haben. (Widerpruch bei den Polen.) Wir behandeln die Polen mit Gerechtigkeit und werden mit ihnen fertig werden, und auch mit ihnen, meine Herren Sozialdemokraten. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf v. Carmer-Giesert (L.): Es sind hier Angriffe gegen die Regierung erhoben worden, daß man manchmal nicht den Eindruck hat in den Deutschen Reichstag zu sein, sondern in dem Parlament eines Staates, der der erbitterteste Feind Preußens ist. (Sehr gut! rechts.) Die Anschuldigungen gegen Preußen reichen nicht heran an Preußen und seine Größe. (Gelächter bei den Polen und Sozialdemokraten.) Auch nach unserer Anschauung gehört diese Frage nicht vor den Reichstag. Das gemeinsame Indigenat, das für das ganze Reich durch den Artikel 3 der Verfassung festgelegt ist, befaßt nur, daß jeder Deutsche in jedem Bundesstaat behandelt werden soll, als sei er ein Inländer, aber wie der Inländer des betreffenden Staates gestellt ist, ist nicht die Sache des Reichs, sondern Sache dieses Einzelstaates. Der Reichstag macht sich eines schweren Eingriffs in die Rechte schuldig, die das Reich den Einzelstaaten garantiert hat. (Sehr richtig! rechts.) Preußen geht seine Polenpolitik, besser gesagt, seine deutsche Politik in Preußen ohne Schwanken nicht ab. (Bravo! rechts.)

Ein Antrag Sieg (natl.), die Abstimmung über den Antrag auf morgen zu versetzen, wird angenommen.

Abg. Dr. Fehrmann (Sp.): Wir bebauern diese Polenpolitik im deutschen Interesse. Zur Stärkung des Reichstums sind wir bereit, alle geeigneten Mittel anzuwenden. Es ist von dem sozialdemokratischen Redner auf die Vergangenheit zurückgegriffen. Will man historische Vorgänge auf Recht oder Unrecht untersuchen, so könnte man Unrecht auf den verschiedensten Seiten finden. Hier kann man nur sagen: die Geschichte hat gesprochen, der Richterspruch

muß vollzogen werden. Preußischer Boden ist es, auf dem diese Dinge sich abspielen und preußischer Boden muß es bleiben. Unsere Bedenken, die wir gegen die ganze Polenpolitik von ihrem Beginn an geäußert haben, haben sich durch die Ergebnisse dieser Politik als richtig erwiesen. Nicht gemindert haben sich die Gegenfrage sondern verschärft, das haben erst die letzten Reichstagswahlen wieder bewiesen. Gegen das Enteignungsgeetz haben auch die Konservativen im preußischen Landtag die ersten Bedenken gehabt und im Herrenhaus haben Leute, die der Krone nahe stehen, dagegen gestimmt. Durch diese Entfaltung des Eigentumsbegriffs haben Sie (nach rechts) die Sozialdemokratie die beste Waffe in die Hand gegeben. Wie diese Waffe gegen Sie benutzt werden wird, davon hat Ihnen die Rede des Kollegen Wendel einen Vorgeschmack gegeben. Gerade aus den Kreisen der mittleren Gewerbetreibenden wird über die Folgen der Enteignungspolitik gellagt. (Hört! hört! links.) Vor allem bedürfen die Schulpolitik und das Verwaltungsrecht in den polnischen Provinzen einer gründlichen Reform. (Sehr richtig! links.) Es gilt nicht die Gegenfrage gerade in diesen Provinzen zu verschärfen, sondern zu mildern — das Ziel hätte sein müssen, die Polen zur Annahme deutscher Kultur zu gewinnen. Was den Antrag anlangt, der angekündigt worden ist, da besteht ein Unterschied zwischen uns und den Polen. Sie richten sich gegen den Reichsanwalt, wir gegen die preussische Regierung und weil wir die Zuständigkeitsverhältnisse respektieren müssen (Hört! hört! rechts) werden wir uns der Abstimmung enthalten. (Lebhaftes Hört! hört! rechts. Gelächter bei den Sozialdemokraten. Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Merin-Deis (Sp.): Nach diesem Meisterstück der Diplomatie, das soeben geleistet worden ist (große Heiterkeit) fällt es mir noch schwerer als sonst, diese Tribüne zu betreten. Auch für uns ist die Zuständigkeitsfrage von großer Bedeutung, aber das betonen wir, nicht zum Schluß, sondern am Anfang. — Die Behauptung des Herrn Wendel, daß das Gesetz aus pekuniären Gründen gemacht sei, war wohl nur einer der vielen Witze des Abg. Wendel. Ich will nicht wie er bis in die französische Revolution oder noch später zurückgehen, sondern nur bis 1809. Damals wurde auch eine Enteignung vorgenommen und zwar wurden Rittergutsbesitzer gezwungen die Hälfte ihres bäuerlichen Besitzes zu veräußern. (Hört! hört! rechts.) Die Polen sollten lieber, statt solche Anträge einzubringen, dafür sorgen, daß friedliche Verhältnisse in den Ostmarken geschaffen werden. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Morawski (Polen): Die Konservativen untergraben mit ihrer Enteignungspolitik den Baum, auf dem sie selbst sitzen, sie verleugnen ihre eigenen Interessen. Der deutsche Adel hat in Ostgalizien 20 Millionen Morgen in Besitz. Bei einem Diner von 20 Personen waren 2 Millionen Morgen vertreten. (Hört! hört!) Und die Vertreter der Partei dieser Leute haben das Enteignungsprinzip in Preußen eingeführt; sie werden jetzt prinzipiell nichts mehr einwenden können, wenn es heißt: Das Land den Landleuten, weg mit dem Großgrundbesitz! (Sehr gut! bei den Polen.) Professor Conrad hat festgestellt, daß 48 Proz. der deutschen Großgrundbesitzer Abenteuiler sind, d. h. nicht auf ihrem Gute wohnen. Sie müßten man enteignen und nicht die Polen, die alle an ihrer Scholle hängen. Die Stimmung unter den Aufständern in den polnischen Provinzen geht dahin, daß aller Großgrundbesitz aufgeteilt wird. Man singt dort das Lied:

Wilhelm sprach zu seinem Sohne:
Hof der Teufel die Barone,
Ob sie Deutsche oder Polen,
Alle soll der Teufel holen.

(Große Heiterkeit.) Die Sozialdemokraten wären — und sie sind es bei Gott nicht — fürchterlich dumm, wenn sie jetzt nicht zugreifen würden. Sie haben ja auch auf ihrem letzten preussischen Vorreite das Vorgehen der preussischen Regierung als Vorbild der künftigen in allgemeinen Volksinteresse vorzunehmenden Enteignung des Großgrundbesitzes begründet. (Hört! hört!) Wir Polen bleiben, die wir waren. Wir werden hindurchkommen durch die kapitalistische Schula und durch die sozialistische Chorschule. Sie arbeiten auf einen Zustand hin, wo hinter jedem Polen ein Soldat mit einem Bajonett stehen müßte. Mit Bajonetten kann man siegen, aber sitzen kann man auf ihnen nicht. (Heiterkeit, Sehr gut! bei den Polen.) Wir Polen halten treu zusammen, wir halten fest gegenüber allen Umstürzleren an dem Altargedächtnis, an unserer Sprache, unserer Kultur. Doch ist es ja nicht zur Enteignung gekommen, man tagiert nur. Aber kommt es einmal zur wirklichen Enteignung, dann wird man vielleicht die Frauen an den Haaren herausziehen und die Kinder zum Fenster hinauswerfen müssen. Und was die Männer tun werden? Ich frage Sie, was Sie tun würden, wenn man Sie wie einen Hund von Haus und Hof hinausjagen will. Unsere Toten hat man nicht enteignet, sie werden uns zurückrufen zu dem heiligen Boden unserer Väter. Auf dem geraubten Gut ruht für den Räuber kein Segen. (Lebhaftes Bravo! bei den Polen.)

Abg. Hansen (Däne): Preußen wird die unhumane und unkluge Gewaltpolitik gegen die Nichtdeutschen im deutschen Reich zu betonen haben, umso mehr als diese Politik für seine eigenen Volksgenossen im Ausland schicksalsschwer werden kann. Auch ich erhebe härtesten Protest gegen die Gewaltpolitik der Enteignung.

Abg. Thumann (St.): Schließt sich für die Elsäßer dem Protest gegen die preussische Polenpolitik an.

Abg. Ledebour (Soz.):

Die vortrefflichen Ausführungen meines Freundes Wendel hätten es eigentlich überflüssig gemacht, noch einmal unsere Stellung zu präzisieren, wenn nicht einige Vertreter der bürgerlichen Parteien wieder verknüpft hätten, mit nationalen Gründen, wobei sie sich als Vertreter des deutschen Volkes aufspielten, die untaugliche Polenpolitik zu verteidigen. Herr Schlee meinte, es stehe in dem Enteignungsgeetz nicht drin, daß das Gesetz gegen die Polen angewandt werden solle, es löst dem Wortlaut nach auch gegen Deutsche angewendet werden. Damit hat er den Schleier gelüftet von dem Jwed, den man bei Abfassung des Gesetzes verfolgte. Man hat ihm offensichtlich eine Form gegeben, so daß es sich nicht nur gegen die Polen richtet, in dem Bewußtsein, daß es doch nur gegen die Polen angewandt werden soll. Das ist weiter nichts, als abgrundtiefe Heuchelei.

Präsident Koempf: Ich nehme an, daß Sie mit dem Wort der Heuchelei nicht Mitglieder des Hauses gemeint haben.

Abg. Ledebour:

Ich habe „abgrundtiefe Heuchelei“ gesagt. (Heiterkeit.) Wenn die Anhänger der Enteignung so tun, als sprächen sie im Namen des deutschen Volkes, so hat auch der Verlauf der Debatte gezeigt, daß zweifellos die große Majorität dieses Hauses, die das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit vertritt, gegen das Gesetz ist. Ich treue auch den Herren von der fortschrittlichen Volkspartei die große Ehre an, daß ich sie mit zu den ausgesprochenen Gegnern des Enteignungsgeetzes rechne (Heiterkeit), obgleich sie heute durch ihre Haltung

eine etwas klägliche Rolle

gespielt haben. Bei einem solchen Geetz heißt es Farbe bekennen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf jeden Fall aber sind hier im Hause etwa 270 Gegner gegenüber nur 125 Anhängern des Enteignungsgeetzes, d. h. mehr als zwei Drittel der Vertreter des deutschen Volkes verurteilen das Gesetz.

Hierbei tritt wieder sinnfällig zutage, zu welcher tiefergehenden politischen Differenzen die Verschiedenheit des Reichstagswahlrechts und des preussischen Landtagswahlrechts führt. Staatssekretär Deßbrück hat neulich bei einer anderen Gelegenheit die Notwendigkeit betont, daß die Politik des Reichs und Preußens nach einheitlichen Gesichtspunkten geleitet werden muß. Dann ist aber die notwendige Voraussetzung, daß die Regierung im Reich und in Preußen von einer Volksvertretung abhängt, die auf

Grund desselben Wahlrechts gewählt ist. Deshalb appelliere ich an die Polen und an das Zentrum, sie mögen jede Gelegenheit benutzen, um auch in Preußen für

das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht

einzutreten. Ihre Haltung im preussischen Landtag hat leider bisher das Gegenteil bewiesen. Sie können nur dann gegenüber Ausnahmeregungen gegen die Polen und gegen die Jesuiten wirklich ankämpfen, wenn sie an der Seite der Sozialdemokratie in den großen Wahlrechtskampf in Preußen eintreten. Findet sich in diesem Kampfe eine so starke Allianz wie hier im Reichstag zusammen, so würde selbst ein Behmann-Hollweg seinen Widerstand aufgeben müssen. Sie sind Schuld daran, daß das Zentrum in Preußen noch eine solche Macht hat, daß hier nur in winzigen Exemplaren (auf: Dertell Große Heiterkeit) — ich meine natürlich nur zahlenmäßig — existiert. Im übrigen erkenne ich an, daß sehr gewichtige Exemplare, nicht des Zunkertums, sondern seiner Helfershelfer hier sitzen.

Die Polen sind von der Schuld nicht freisprechen, daß sie bei der Finanzreform die kleine Junkerpartei wieder in den Sattel gehoben haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben damals offenbar auf die Dankbarkeit der Herren gerechnet, aber Sie haben sich gründlich getäuscht, man hat Ihnen noch einen Fuhrtritt obendrein versetzt. Deshalb sollten Sie künftig wenigstens prinzipiell Opposition machen gegen die Politik der Junker. Wenn Sie diese Konsequenz nicht ziehen, so bin ich doch überzeugt, die polnische Bevölkerung, insbesondere die polnischen Arbeiter, werden diese Konsequenz ziehen, sie werden nicht länger mehr zusehen, wie Sie eine agrarische Politik treiben. Machen wir doch aus im Westen, wohin polnische Arbeiter so oft durch die Unternehmer als Lohnbrüder herübergeholt werden, die Erfahrung, daß, wenn sie erst die Verhältnisse dort näher kennen gelernt haben, sie es sehr gut verstehen, an der Seite unserer Parteigenossen sich in den Wahlkämpfen tüchtig zu schlagen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das Graf Carmer auf die Angelegenheit nicht eingehen wollte, begehrte ich; denn die Junker haben sich verkleidet, die Sache mitzumachen, aber es ist ihnen sehr unheimlich dabei zu Rate. Sie gleichen dem Wär, der dem Honiggeruch nachgeht und so viel Honig schleckt, daß er Erbrechen bekommt. (Heiterkeit.) Der süße Honig der kapitalistischen Vereinerung ist Ihnen in die Nase geliefen, aber Sie werden an diesem süßen Fraß verrecken. (Große Heiterkeit.) In dem Sie Ihren Grundgedanken zuwider handeln und den Glauben an die Unantastbarkeit des Privateigentums vollkommen zertrümmerten, haben Sie uns Waffen geliefert. Aus Ihren Reden für das Enteignungsgeetz werden wir Schätze für die Agitation zusammetragen. So sagte Herr v. Heydebrand: „Es gibt Verhältnisse, in denen man Grundbesitze verlassen muß, die sonst unerrückbar sind, wo man nehmen muß, wenn man es nicht anders bekommt.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das wird Ihnen noch oft in die Ohren klingen. Wenn der Sozialismus in Stadt und Land sich weiter entwickelt hat — und das wird in absehbarer Zeit geschehen — dann werden wir den Grund und Boden nehmen unter Berufung auf Ihre Worte und auf Ihre Taten.

Wir werden die Politik zu gutem Ende führen, die Sie aus kleinlicher Geschäftigkeit und Habgier gegen eine nationale Wanderheit unternommen haben. Dann wird es keine unterdrückten Nationalitäten und keine unterdrückten Völker mehr geben, und das deutsche Volk wird befreit werden von der Schmach und Schande, die diese kapitalistischen Grundbesitzer, Spekulant und Rechtsverbrecher ihm bereitet haben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Koempf: Sie haben der konservativen Partei gehässige und habgierige Politik vorgeworfen. Das ist parlamentarisch unzulässig.

Abg. v. Trampczinski (Polen) geißelt die preussische Polenpolitik. Die preussische Regierung gleicht dem Mann, der sagt, ich habe meine Frau beklüßigt, ich habe sie morgens, ich habe sie mittags, ich habe sie abends, ich sie läßt doch fort. (Große Heiterkeit.) Anständige Leute geben sich zu Taxatoren der Anstehungscommission gar nicht her, denn sie treibt geradezu offene Straßenraub. Wenn die preussische Regierung von dieser Politik abläßt, sind auch wir zum Frieden bereit. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Rumm (Wirtsch. Vg.): Wir beteiligen uns an der Aussprache über die rein preussische Angelegenheit nicht. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Bodinik (Sp.): Meine Fraktion enthält sich der Abstimmung über den Antrag, nur weil er in seiner jetzigen Fassung staatsrechtlich ein Nonens ist. Für die Handhabung eines preussischen Gesetzes können wir nicht den Reichsanwalt, sondern nur das preussische Staatsministerium verantwortlich machen.

Abg. Ledebour (Soz.): Der Antrag verstößt auch in seiner jetzigen Fassung nicht gegen die Verfassung, denn jeder Vorgang, jede staatsrechtliche Handlung in einem Einzelstaat kann gegen die Reichsverfassung verstoßen und dann ist der Reichsanwalt die einzig berufene Persönlichkeit dagegen einzuschreiten. Und weil wir dies Gesetz und seine Ausführung als eine Beeinträchtigung der Reichsverfassung betrachten — und das ist ausgesetzlich von allen möglichen Rednern, auch Sie (zu den Freisinnigen) haben das im preussischen Landtag gesagt — können und müssen wir für diesen Antrag der Polen stimmen, da er in dieser Situation die einzige Möglichkeit bietet, eine Verurteilung des Verhaltens der Reichsregierung auszusprechen. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Tamit schließt die Besprechung. — Das Haus vertritt sich. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Namentliche Abstimmung über den Antrag der Polen zur heutigen Interpellation; Zweite Lesung des Gesetzes über vorübergehende Vollerleichterungen bei der Freifahrt.)

Schluß nach 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

120. Sitzung. Mittwoch, 29. Januar 1919, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Schorlemer.

Nach einer Mitteilung der Staatsanwaltschaft Cleve ist das Reineisverfahren gegen den Abg. Linderberg (Z.) eingestellt.

Zunächst wird der Bestützetat weiterberaten und verabschiedet.

Es folgt die

Beratung des Domänenetats.

Abg. Wislizen (L.): Wir sind durchaus dafür, daß in den Gebieten mit überwiegendem Großgrundbesitz die Domänen zur inneren An siedelung verwendet werden und verwahren uns gegen alle Mißdeutungen unserer Freundschaft für die innere Kolonisation mit Vernunft und Vorsicht. (Beifall rechts.)

Abg. Heine (natl.) ist mit der Domänenbewirtschaftung zufrieden, wünscht innere Kolonisation und hält am Schutzsystem fest.

Abg. Delins (Sp.) tritt für eine Verbesserung der Arbeiterwohnungen auf den Domänen und für eine erhöhte Verpflichtung der Domänenpächter ein, Viehwirtschaft zu betreiben.

Abg. Dr. Jernig (natl.): Wir wollen natürlich nicht den ganzen Großgrundbesitz aufteilen. Aber die Domänen müssen zur inneren Kolonisation herangezogen werden.

Abg. Leistert (Soz.):

Unsere Wirtschaftspolitik ist nur dem Großgrundbesitz zugute gekommen. Die Staatsdomänen aber machen eine Ausnahme, denn sie werden nach wie vor viel zu billig verpachtet. Die Domäne Lützenberg in der Provinz Sachsen ist für 26,70 M. pro Morgen verpachtet worden. Der Domänenpächter aber verpachtet keine Morgen weiter für 90 M. den Morgen. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.)

Ueberhaupt wird allgemein darüber geklagt, daß die bisherigen Domänenpächter einen so großen Einfluß ausüben, daß ihre Berufsgenossen es gar nicht wagen, mitzubieten. So kommt es, daß die bisherigen Pächter dann die Domänen zu einem ziemlich geringen Preise bekommen. Interessant ist auch folgender Fall. Ein Domänenpächter im Kreise Hildesheim zahlte bisher 45 000 Mark Pacht und verzeichnete ein Einkommen von 2700 Mark. Bei der Neuverpachtung bewilligte der bisherige Pächter statt 45 000 Mark, 67 000 Mark Pacht. Wenn er wirklich nur ein Einkommen von 2700 Mark gehabt hätte, das in letzter Zeit auf 3300 Mark heraufgebracht worden ist, dann könnte er gar nicht auf einmal 22 000 Mark Pacht jährlich mehr zahlen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Herren verstehen es ja ganz ausgezeichnet, ihr Einkommen möglichst niedrig zu deklarieren. Trotzdem die Verpachtungen öffentlich erfolgen sollen, leidet das ganze Verfahren an dem Mangel, daß die Bedingungen nur auf eine gewisse Klasse von Leuten zugeschnitten sind, und daß deshalb der nötige Kreis von Bietern bei einer Verpachtung nicht zugegen ist. Nicht einverstanden sind wir damit, daß der Staat seine Domänen wieder verkauft. Er sollte die Domänen an kleinere Besitzer verpachten. Hierbei wird darüber geklagt, daß die landwirtschaftliche Verwaltung der Gemeinden so wenig entgegenkommt. Die Gemeinden bemühen sich, beim Kreierwerb einer Verpachtung die Domäne zu bekommen, aber beim Staat ist die Rücksicht auf den bisherigen Domänenpächter meist größer als die Rücksicht auf die Gemeinde.

Die Vergabe von Domänen zu genossenschaftlicher Bewirtschaftung würde auch ohne Veräußerung des Großgrundbesitzes eine Benutzung des Landes zum allgemeinen Wohl sichern. An der außerordentlich großen Mobilisation des Großgrundbesitzes ist die Domänenverwaltung nicht unbeteiligt, denn sie hat seit 1887 für 182 Millionen Mark Land gekauft und für 168 Millionen Mark Land verkauft. Würde die Domänenverwaltung das Letztere nicht getan, sondern das Land behalten und für genügende Bewirtschaftung, insbesondere durch Genossenschaften gesorgt haben, dann hätten wir vielleicht heute schon bei den kleinen Leuten ein viel ausgedehnteres Genossenschaftswesen. — Die Rolle der Domänen in der Fleischversorgung ist von großer Bedeutung. 1910 wurde unser Antrag auf Vorlegung einer Nachweisung über das auf den Domänen gehaltene Vieh abgelehnt. Wo sollte denn die Staatsverwaltung für ausreichende Fleischversorgung tätig sein, wenn nicht auf ihrem eigenen Grundbesitz. Inzwischen hat sich der Hansabund unsere Anregung zu eigen gemacht, aber merkwürdigerweise treten die dem Hansabund nahestehenden Parteien hier nicht dafür ein. Der Minister hat zwar erklärt, daß in den Pachtverträgen den Pächtern die Verpflichtung, Vieh zu halten, auferlegt wird, aber nähere Mitteilungen darüber hat er unterlassen. Er hat erklärt, daß es nicht nur auf die Quantität, sondern auch auf die Qualität des Viehs ankomme (Sehr richtig! rechts), und die Qualität werde hauptsächlich auf den großen Gütern erzeugt. Wenn das richtig ist, so hat doch der Minister um so mehr die Pflicht, dafür zu sorgen, daß qualitativ gutes Vieh auf den Domänen auch in ausreichender Anzahl erzeugt werde. Um so notwendiger ist aber auch, daß wir eine Übersticht über die Viehhaltung auf den Domänen bekommen, um beurteilen zu können, ob der Minister seine Pflicht in der Frage der Fleischversorgung erfüllt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) 1914 sollen die Einfuhrerleichterungen für ausländisches Vieh ausfallen. Wo ist die Bürgschaft, daß 1914 wirklich die Fleischversorgung zu keinerlei Besorgnissen mehr Anlaß geben wird? Die Viehhaltung von 1911 hat ergeben, daß eine Vermehrung des Schlachtviehs nicht eingetreten ist, sondern lediglich eine kleine Vermehrung des Schweinebestandes. Wir fürchten, daß der Viehbestand 1913 trotz der Volksvermehrung noch weiter zurückgegangen ist, und haben deshalb um so mehr Veranlassung, die Einfuhrerleichterungen weiter bestehen zu lassen und dafür zu sorgen, daß auf den staatlichen Domänen ausreichend Vieh erzeugt wird. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Landwirtschaftsminister unterrichtet auch die staatlichen Seebäder. Für Rordern ist der Bau eines großen Kurhauses geplant. Vingt dafür die Notwendigkeit vor, so wird die Landwirtschaftsverwaltung sich auch einmal darum bekümmern müssen, ob nicht die Notwendigkeit vorliegt, die Bäder des Staates der Allgemeinheit mehr als jetzt zugänglich zu machen. Auf den Inseln ist Platz genug, um Genesungsheime für die minderbemittelte Bevölkerung, besonders für Arbeiter und für Schulkinder zu errichten. Möge hier die Landwirtschaftsverwaltung mit der Reichsverwaltung im Interesse der Allgemeinheit zusammenarbeiten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Kessel (l.): Der Abg. Veinert hat ohne Beweise schwere Vorwürfe gegen die Domänenpächter erhoben, die ich zurückweise. (Beifall rechts. — Zurufe der Sozialdemokraten: Widerlegen, nicht zurückweisen!) Herr Veinert hat keine Beweise vorgebracht, somit brauche ich nicht zu widerlegen. (Beifall rechts.)

Minister Frhr. v. Schorlemer: Der Wortredner hat mir erpart, die Angriffe gegen den ehrenwerten Stand der Domänenpächter zurückzuweisen. Jeder die Viehhaltung auf den Domänen habe ich schon im Reichstag mitgeteilt, daß 100 734 Stück Großvieh und 228 902 Stück Kleinvieh gehalten werden, das macht auf 10 Morgen durchschnittlich nahezu ein Stück Großvieh und zwei Stück Kleinvieh. Von den Staatsdomänen sind nur drei ohne Viehhaltung, darunter die Trabrennbahn Aulhausen und zwei parzellierte Domänen, die an Bauerngenossenschaften verpachtet sind. In den letzten zehn Jahren sind 62 Domänen für Kolonisationszwecke aufgeteilt worden. Wir wollen auch weiter soviel als möglich hergeben, aber natürlich mit Ausschluß von zur Kolonisation ungeeignetem Land. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Hoff (Sp.): Also in den letzten zehn Jahren sind sechs Prozent des Domänenbesitzes, 2000 Hektar pro Jahr, aufgeteilt worden. Das ist nichts in einer Zeit, wo in einem Jahr 48 000 Hektar fideikommissarisch gebunden wurden. (Stark! links.)

Ein Regierungskommissar: Im letzten Jahre allein sind 23 Domänen aufgeteilt worden.

Abg. Veinert (Soz.): Selbst die Statistik des Ministers ergibt, daß auf den Domänen nur ebenso viel Vieh gehalten wird als im Durchschnitt in ganz Preußen, wobei aber in letzterem Falle die Gesamtläche, nicht nur die landwirtschaftlich benutzte zur Grundlage der Berechnung genommen ist. Zu den Domänen gehören aber immer Kultflächen und nur ein ganz geringer Teil ihrer Fläche ist unbenutzbar. Wenn auf die Domänen also nicht mehr Vieh entfällt als durchschnittlich auf den ganzen Staat, dann tun Sie Ihre Schuldigkeit nicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dem Abg. v. Kessel erwidere ich,

daß ich nicht die Domänenpächter insgesamt der Schuld an der Viehhaltung beschuldige, sondern nur an einem einzigen krassen Fall unter Anführung aller Belege gezeigt habe, daß die Pachtbeträge viel zu gering sind. Im übrigen ist es ja kein Wunder, daß unsere Darlegungen in diesem Hause, das mit den Großgrundbesitzern und Domänenpächtern so verflochten und verflochten ist, kein Gehör finden. Da könnten wir hundertsach Beweise vorlegen. Sie würden doch immer wieder sagen, es sei nichts bewiesen. Da ist eben nichts zu machen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. — Anrufe rechts.) Wir sind uns bewußt, daß wir immer nur Tatsachen vorbringen, während Sie uns gegenüber immer Behauptungen aufstellen, die Sie noch nicht bewiesen haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Heine (natl.) fordert Erhöhung der Viehhaltung auf den Domänen.

Abg. v. Hennigs (l.): Die Stadt Treibsee verhindert die Aufteilung von Siemensdorf und der Magistral von Greifswald hat sich der Aufteilung des Greifswalder Stadtguts widersetzt.

Abg. v. Kessel (l.) hält seine Bemerkungen gegen Veinert aufrecht.

Abg. Hoff (Sp.) erinnert die Konservativen daran, daß ihr Führer die große Vorlage Riquels über die innere Kolonisation bereitwillig habe.

Abg. v. Malhahn (l.) erwidert, daß die Fortschrittler durch Ablehnung des Rentengutgesetzes die Grundlagen der inneren Kolonisation vernichtet hätten.

Abg. Hoff (Sp.): Keine Angabe stützt sich auf eine Äußerung des Frhr. v. Wangenheim vom Bund der Landwirte, den werden Sie doch anerkennen. Im übrigen, wenn die Großgrundbesitzer jetzt ihren Widerstand gegen die innere Kolonisation aufgeben, so begrüßen wir das, aber die historische Schuld der Verzögerung der inneren Kolonisation bleibt auf ihnen liegen.

Damit ist die allgemeine Besprechung beendet und nach unwesentlichen Ausführungen über Nordern, Ostfriesland usw. wird der Domänenetat bewilligt.

Das Haus verläßt sich.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 11 Uhr (Forstetat, weitere Etats).

Schluß 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Wahlprüfungskommission.

Die Prüfung der Wahl des Abg. Kölsch (natl.) konnte am Mittwoch noch immer nicht zu Ende geführt werden. Es handelt sich bei einem Wähler darum, erst festzustellen, ob er hiesiger Staatsangehöriger oder amerikanischer Staatsbürger ist. Der Mann hat 1873 das amerikanische Staatsbürgerrecht erworben, wohnt aber seit 1885 wieder in seinem Geburtslande Baden. Da es sich bei dieser Wahl um jede einzelne Stimme handelt, muß nun das staatsrechtliche Verhältnis dieses Wählers festgestellt werden.

Gegen das Mandat des Abg. Meyer-Herford (natl.) lag ein Protest vor, in dem behauptet wurde, daß vor der Stichwahl der Wahlkommissar, Landrat v. Vorries, in einer Versammlung konservativer Vertrauensmänner des Wahlkreises Herford-Halle für eine Unterstützung des Nationalliberalen eintrat. Diese Behauptung entspricht den Tatsachen. Von sozialdemokratischer Seite wurde beantragt, das Mandat für ungültig zu erklären, weil amtliche Wahlbeeinflussung vorliegt. Die Kommissionsmehrheit trat diesem Standpunkte nicht bei. Mit 9 gegen 5 Stimmen wurde diese Wahl für gültig erklärt. Diese Entscheidung steht in direktem Widerspruch zu dem, die in den Fällen Braun und Buchwald gefällt worden sind. Allerdings handelte es sich damals um sozialdemokratische Mandate.

Die Konkurrenzklause in der Kommission des Reichstags.

In der am Mittwoch weitergeführten Generaldebatte kam zunächst der Zentrumsabgeordnete Krimborn zum Wort, der in langatmigen Ausführungen den Unfall des Zentrums in der Frage des Verbots ankündigte und zu rechtfertigen suchte. Er polemisierte gegen die Angriffe, mit denen die Verechtigung der Konkurrenzklause dargetan werde, um dann eine Menge Fälle „aus dem Leben“ heranzuzählen, die für schwebbedürftige Interessen der Prinzipale sprächen. Er erkennt an, daß der Kundenkreis gegen Handlungen des Angestellten zu sichern sei. Im einzelnen unterrichtete er, ob die Vorschläge der Regierung nur die unläuterer Handlungen treffe; die Gehaltsgrenze für die Zulassung von Konkurrenzklause verliere dann ihren mechanischen Charakter, wenn man mehrere nach der Anzahl der beschäftigten Angestellten abgestufte Gehaltsgrenzen aufstellen würde. Für die Frage, inwieweit ein Kundenkreis eingeführt werden solle, empfahl er das schweizer Gesetz als Beispiel, dessen § 311 abgeschrieben werden sollte. — Marquardt (natl.), der Angestellter eines Handlungsgehilfenverbandes ist, verneint, daß schwebbedürftige Interessen überhaupt bestehen; auch Geschäftsgeheimnisse seien in Handelsbetrieben nicht zu schützen; der Kundenkreis könne als solches Geheimnis nicht angesehen werden; ein Kundenkreis poht in die heutige Zeit der Gewerbefreiheit nicht hinein. Für seine Person hält er die kleinen Mittel der Vorlage für unwirksam und fordert das Verbot. Ein Regierungsvertreter führte aus der Rechtsprechung über das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb Beispiele dafür an, welchen großen Wert die Geschäfte auf den Schutz ihrer Kunden legen müßten. Gegen die überaus einseitigen Ausführungen eines Hamburger Bundesratsvertreters, der die Schwebbedürftigkeit des Auslandshandels hervorhob, wandte sich Genosse Hoch; er konnte keine Ausführungen auf einen Auslandsvertrag stützen, dessen Konkurrenzklause geradezu eine Verflachung des Angestellten bedingt. Noch einmal rief Hoch die Interessen der Angestellten in den Vordergrund; will man den Angestellten hindern, erworbene Kenntnisse anderweit zu verwerten, dann bedinge die Gegenseitigkeit dem Prinzipal zu verbieten, Geschäftsverbesserungen durch den Angestellten nach dessen Austritt zu verwerten. Das ist praktisch nicht möglich und deshalb ist das Verbot der beste Ausweg. — Dr. Hill (Z.) empfahl den Weg der schweizer Gesetzgebung; er will vor allem Rücksicht nehmen auf den Mittelstand, der eine Entscheidung für die Konkurrenzklause wohl überhaupt nicht zahlen könne. — Diese Ausführungen ließen in der Entscheidungfrage einen zweiten Unfall des Zentrums als möglich erscheinen!

Die nächste Kommissionsitzung findet am Freitag statt.

Aus der Frauenbewegung.

„Erziehung“ der weiblichen Jugend.

Die Fürsorge der Regierung für die schulentlassene Jugend ist staunenswert. Allerdings nicht um der Jugend selbst willen,

nicht um dieser Gelegenheit zum Lernen und Spielen zu geben, ist man eifrig bemüht. Die Herren der Regierung entdecken die jugendfreundlichen Herz erst, nachdem die Sozialdemokratie angefangen hatte, die von Staat und Kommune so lange vernachlässigten Aufgaben auf diesem Gebiet zu übernehmen. Um die Jugend den „Fängen der Sozialdemokratie“ zu entreißen, um sie mit „wahrhaft patriotischer, mit edel königlicher Gesinnung“ zu erfüllen, wuchsen in den letzten Jahren bürgerliche Jugendvereinigungen unter Unterstützung und Billigung der Regierung gegründet. Und jetzt soll auch die weibliche Jugend organisiert werden! Mitte Januar hat unter Vorherrschaft des Kultusministers eine Konferenz betreffend die Pflege der weiblichen Jugend stattgefunden, zu der neben Vertretern und Vertreterinnen aller größeren, an dieser Frage interessierten Verbände auch der erste Vorsitzende des Bundes Jung-Deutschland hinzugezogen worden war. Alle diese bürgerlichen patriotischen Jugendvereinigungen sind in dem Jung-Deutschlandbund zusammengeschlossen, der sich besonders die „Erziehung“ der deutschen Jugend angelegen sein läßt. Auf der Konferenz wurde der Kriegsplan des Bundes für 1913, der nun auch Mädchen aufnehmen soll, besprochen und festgelegt. Die Regierungsvertreter unterbreiteten sogar einen von der Staatsregierung ausgearbeiteten Plan. Danach sollen die staatlichen Mittel zur Förderung der Jugendpflege, die im laufenden Etat 1 1/2 Millionen betragen, für 1913 um eine weitere Million vermehrt werden. Also 2 1/2 Millionen, Geld, das zum größten Teil von Arbeitern aufgebracht ist, soll zum Kampfe gegen die freie Jugendbewegung verwendet werden. Dem Plan der Regierung für die weibliche Jugendpflege hielten man als Geheimnis, aber wie verlautet, waren alle Mitglieder der Konferenz mit dem geplanten Vorgehen der Staatsregierung einverstanden. Man erklärt sich gern bereit, die Verbände zur Mitarbeit anzuregen und die erforderlichen Vorbereitungen zur Organisation der Pflege auch der weiblichen Jugend zu treffen. Wie sollten die Herren auch nicht! Erhalten sie doch von der Regierung die Mittel dazu! Die Pflege der schulentlassenen Mädchen soll in Preußen an die bereits vorhandenen Orts-, Kreis- und Bezirksausschüsse für Jugendpflege angegliedert werden. Wie diese Pflege aussieht und wie man für die „Erziehung“ der weiblichen Jugend sorgt, läßt der Anflug eines der patriotischen Jugendverbände, der Pfadfinderbund, dem übrigens schon seit längerer Zeit auch Mädchen angeschlossen sind, satism erkennen. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt über die „Erziehung“:

„Ein Feldlager im Schnee bot sich gestern um die Willkürzeit den Blicken der Grundschulbesucher auf dem Eidskamp bei Charlottenburg. Tausende Pfadfinder in ihrer schmutzigen Feldtracht, zahlreiche Vorkämpfer, Offiziere, Damen und Kinder umstanden dort die rauchenden Feldkuchen und die Küchenautomobile. Die Kapelle des Elisabethregiments spielte Militärmärsche, und in das Getöse und in die Klänge der Musik mischte sich das Pöppelrattern des Zepelinischen „Hans“, das auf der Fahrt von Potsdam nach Berlin das Feld kreuzte. Ein buntes Lagerleben war das im Gange. Im Handumdrehen waren die riesigen Borräte an Erbsenwurst, Tomatenjuspe und Gulasch verzehrt, und der Kaffe wurde verabfolgt. Die Pfadfinder hatten dieses Frühstück wohlverdient. Schon um 9 Uhr vormittags hatten sie am Bahnhof Eidskamp in langer Linie die Paradeaufstellung für den Empfang des Generalfeldmarschalls Freiherrn v. d. Goltz eingenommen. Nachdem der Feldmarschall in Begleitung des Reichsfeldmarschalls Hauptmann Bayer und des ersten Vorsitzenden der Berliner Pfadfinder, des Konjunkturschweizer, die Linie abgefeuert hatte, zogen sich die in drei Feldkompanien gegliederten 11 Berliner Feldkompanien und die Feldkompanie Potsdam auf dem Eidskamp auseinander, um dort Pfadfinderspiele, Zeltaufschlagen, Entfernungsübungen, Klettern, Tauziehen, Sanitätsdienst, Signalisieren mit Flaggen, Stafettenlauf, Bewegungen in der Schützenlinie, Patrouillendienst, Weidensbau, Verwundetentransport auf Mätern und anderes mehr zu üben.“

Ein leidenschaftlicher Generalfeldmarschall, unter dem tun's die Bürgerlichen nicht mehr! Militärmärsche und Luftschiffvorführungen scheinen neuerdings auch zur Pflege der Jugend zu gehören. Es heißt ja, nur das Beste ist für die Jugend gut genug. Aber der Aufwand, mit dem die bürgerliche Jugend gewonnen werden soll, nötig und doch ein Lächeln ob. Nur Furcht vor weiterer Annäherung der Sozialdemokratie ist der Beweggrund zu all diesen Bemühungen. Aber trotz aller gewaltigen Anstrengungen, trotz all der Ausgaben von Millionen finden Tausende von Proletariatskinder den Weg ins Arbeiterjugendheim. Hier wird ihnen Beschäftigung, Gelegenheit zum Spielen mit Altersgenossen, zum Lesen und Lernen geboten. Allerdings müssen sie auf Ausbildung im modernen Kriegshandwerk, das einzige, was die Pfadfinder treiben, verzichten. Wir „erzichtigen“ die Jugend nicht zum Zeltaufschlagen, zum Signalisieren mit Flaggen, zu Bewegungen in der Schützenlinie, zum Patrouillendienst und wie sonst noch all die Anleitungen zur Ausbildung des Militarismus heißen. Wir führen die Jugend zu höheren kulturellen Aufgaben!

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Reckers Neuer Pilsbarmonie, Lindenstr. 98: Vortag: Erziehungsfragen. 2. Vortrag: Kind und Schule. Referentin: Frau Anna Bloß-Stuttgart. Gäste willkommen.

Wartpreise von Berlin am 28. Januar 1913, nach Ermittlungen des königl. Preispräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,34 bis 19,60, mittel 19,42—19,48, geringe 19,30—19,36. Roggen, gute Sorte 16,98—17,00, mittel 16,94—16,96, geringe 16,90—16,92 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,50—18,10, mittel 16,90—17,40, geringe 16,10—16,70. Hafer, gute Sorte 18,60—20,40, mittel 17,10—18,50 (jei Wagen und ab Bahn).

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speldebohnen, weiße, 35,00—50,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinhd.), 6,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, vom Reule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bandsch. 1,40—1,50. Schmelzsch. 1,70—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,10—3,00. 60 Stück Eier 4,20—6,00. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Nale 1,60—3,20. Zander 1,40—3,60. Dorsch 1,60—2,60. Barsch 1,00—2,40. Schlei 1,60—3,20. Flets 0,80—1,60. 60 Stück Aebler 4,00—24,00.

Eisbahn am **Viktoria-Park**
Gingang Rindbachstraße.
Berlins größte spiegelglatte Eisfläche.
Tägl.: Gr. Militär-Konzert. Von 5 bis 11 Uhr abends elektr. Beleuchtung.
Eintrittspreis: Erwachsene 50 Pf., Kinder 25 Pf.
Die Pächter.

Patente etc.
erwirkt u. verwertet aner. schnell
Civ.-Ing. Jaeger & Dr. Breslau
Berlin, Gieselerstr. 106 n. a. Pat.-Amt
Das beratende Nachschlagebuch: „Wie muss eine Erfindung für die Verwertung beschaff. sein?“
gratis u. franko

Bei Erkältung **Santa Lucia** Stärkungs-Rotwein **WYBERT TABLETTEN** vor **HUSTEN HEISERKEIT KATARRH**
schützen Redner Sänger Raucher Sportsleute in Apotheken & Drogerien
Preis 1 Mk. erhältlich

WYBERT TABLETTEN schützen Redner Sänger Raucher Sportsleute in Apotheken & Drogerien
Preis 1 Mk. erhältlich
Spezialhersteller: Alfred Wierzbicki, Berlin. Für den Inverkehrbringen: Th. Blaud, Berlin. Druck u. Verlag: Kommanditgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Hus der Partei.

Nachmals: Ein verfehlter Vorschlag.

Die „Dresdener Volkszeitung“ hatte kürzlich den Vorschlag gemacht, parteipolemische Streitfragen, wie die Auseinandersetzung über die Beteiligung der württembergischen Fraktionen...

Die „Dresdener Volkszeitung“ entgegnet darauf, daß sie eine Ausschaltung der Öffentlichkeit und Bevormundung der Parteipresse keineswegs beabsichtigt. Wohl aber handle es sich um Beilegung einer kameradschaftlichen Form dieser Auseinandersetzungen...

Während auch das „Kedat-Echo“ erneut den Vorschlag der „Dresdener Volkszeitung“ verteidigt, haben sich die „Bremer Bürgerzeitung“, die „Bergische Arbeiterstimme“ und das „Hamburger Echo“ dem Protest des „Vorwärts“ mit Entschiedenheit angeschlossen...

Sollte der Parteiaussschuß sich trotzdem mit den Parteiverhältnissen in Württemberg befassen, so wäre es seine erste Pflicht, dafür zu sorgen, daß die württembergischen Landesstatuten endlich in Übereinstimmung gebracht werden mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei...

Gemeindevahl mit Proporz und Wahlzelle.

In der zweitgrößten Industriestadt Niederschlesens, Wiener Neustadt, die Genosse Bernerstorfer im Reichsrat vertritt, finden jetzt zum ersten Mal in Oesterreich Wahlen mit Proporz, Wahlzelle und Wahlzettel statt und zwar zur Gemeindevereinerung...

Jugendbewegung.

Polizeiliches Versammlungsrecht gegen die Arbeiterjugend.

Am 10. Januar wurde in Königsberg i. Pr. eine Jugendversammlung, in der ein Vortrag über „Preussische Geschichte vor 100 Jahren“ gehalten wurde, von den anwesenden Polizeibeamten nicht aufgelöst, aber die Anwesenden zum Verlassen des Saales gezwungen...

„Eine Auflösung der freizügigen Versammlung im Sinne des § 14 des Reichs-Vereinsgesetzes hat nicht stattgefunden. Die Aufforderung, den Saal zu verlassen, und die Durchführung dieser Aufforderung ist erfolgt, weil die Versammlung nach dem Gesamtinhalte des Vortrages als eine politische anzusehen war...“

Das Reichs-Vereinsgesetz ist also mit allen seinen Bestimmungen für die Jugendbewegung. Die Polizei kann nach der Ansicht dieses Bescheides schon auf Grund ihrer allgemeinen Befugnisse machen, was sie will. Jedemfalls wird der Polizei Gelegenheit gegeben werden, wenigstens noch den Nachweis zu führen, worin der politische Charakter des Vortrages bestanden hat...

Die Arbeiterjugend Königsbergs hat in einer am Sonntag, den 26. Januar stattgefundenen Jugendversammlung bereits wirksam gegen den polizeilichen Übergriff protestiert. Der Saal war überfüllt, der Besuch war stärker als je vorher, auch eine Anzahl Erwohler waren anwesend. Genosse Krüger referierte über das Thema: „Preussische vaterländische Geschichte und die Königsberger Polizei“...

aufgenommenen Vortrag wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die freie Jugendbewegung und dem Abingen des Kampfliedes der Königsberger Arbeiterjugend geschlossen. Die Polizei war diesmal in der Versammlung durch einen Leutnant und einen Kriminalbeamten und vor dem Lokal noch durch mehrere Polizeibeamte vertreten, jedoch verlief die Versammlung ohne jede Störung...

Soziales.

Krankentassen bei der Reichspost.

Auf Wunsch der Unterbeamten wie auch des Reichstags ist in jedem Oberpostdirektionsbezirk eine Krankentasse für die Unterbeamten errichtet worden. Die Beamten zahlen aber keine sehr große Kasse, diesen Kassen beizutreten. In Berlin z. B. haben bisher nur 346 Unterbeamte den Eintritt vollzogen. Das ist verständlich, wenn man erfährt, daß der Einfluß der Mitglieder auf die Kasse sehr gering ist. Den Vorsitzenden, der stets ein höherer Beamter ist, ernannt die Oberpostdirektion, ebenso den Vorsitzenden des Ausschusses, der außerdem in den Generalversammlungen allein über die Hälfte aller in der Versammlung vertretenen Stimmen verfügt...

Genosse Ebert meint, daß nicht nur Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten ihre Dienstpapiere als Geschäftspapiere verwenden, also gegen wesentlich billigeres Porto, sondern auch die privaten Versicherungsanstalten, die doch in erster Linie der Profitmacherei dienen. Den Krankentassen und Genossenschaften wird die gleiche Vergünstigung verweigert. Die Reichspostverwaltung besteht, daß die Versicherungsanstalten besser behandelt werden als die Krankentassen. Gegen die vorgeschlagene Erhöhung der veranschlagten Einnahmesumme wendet sich Genosse Koste, weil sie jeder soliden Entlastung widersprechen. Der Artikel Eberts schloß sich der Abgeordnete Giesberts an. Genosse Ebert konnte nachweisen, daß tatsächlich Vergünstigungen gewährt werden.

Gerichts-Zeitung.

Schamlos.

Durch grobe Unflätigkeiten eines Mannes wurden wiederholt kleine Mädchen beleidigt, die auf dem Wörther Platz und in der Weihenburger Straße sich spielend herumtummelten. Der Mann hatte sich den Mädchen in ganz schamloser Weise genähert und empörende Zumutungen an sie gestellt. Die Mutter eines der Mädchen, die von ihrer Tochter auf dem Unhold aufmerksam gemacht worden war, hatte schließlich für dessen Festnahme gesorgt. Es war der Maler Richard Glaubens, der nun gestern wegen dieser Schandthaten vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I stand. Die Tatsache, daß der Angeklagte, der verheiratet ist, schon zweimal wegen Erregung öffentlichen Argernisses verurteilt ist, hatte seinen Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Fuppe veranlaßt, den Medizinalrat Dr. Störmer als Sachverständigen zu laden. Der Angeklagte behauptete nämlich, daß ihn ein ungewöhnlicher Drang zu diesen sonderbaren Straftaten verleite. Der Staatsanwalt hielt das Treiben des Angeklagten für außerordentlich gemeingefährlich und beantragte 2 Jahre Haft und 5 Jahre Ehrverlust. Das Gericht erkannte auf 2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft.

Die Durchsucher im Untersuchungsgefängnis,

die dem Gefangenenaußseher Fröling sein Amt und eine empfindliche Freiheitsstrafe gelistet haben, beschlagnahmten gestern einmal die 3. Strafkammer des Landgerichts I. Fröling war als Aufseher im Untersuchungsgefängnis beschäftigt und hatte sich von dem Schlichter Paul Großland und mehreren anderen Untersuchungsgefangenen, die seiner Obhut unterstellt waren, verleiten lassen, ihnen Briefe an Angehörige aus dem Gefängnis hinaus zu expedieren und auch sonstige Beistellungen auszuführen. Fröling war wegen dieser Pflichtverletzungen von der Strafkammer zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden, die er gegenwärtig verbüßt. Zwei Mitangeklagte wurden zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt, während gegen Großland die Sache abgewandt werden mußte, weil er sich in dem Termin als verhandlungsunfähig erwies und eine Verbuchung seines Gesundheitszustandes notwendig wurde. Rummel fand G. unter der Anklage der Beamtenbeleidigung. Nach den Sachverständigenbefundungen des Gerichtsarztes Dr. Marx und des Oberarztes Dr. Schmidt von der Anstalt Herzberge ist der Angeklagte, der mehrere schwere Selbstmordversuche ausgeführt hat, ein sehr minderwertiger, geistig defekter Epileptiker, der während der Untersuchungszeit mehrmals den sogenannten Gefängnissturz bekommen hat, sehr schwer erkrankt ist, aber zu der Zeit, als er die durchaus wohlüberlegten Straftaten begangen, doch nicht als willensunfrei im Sinne des § 51 des Strafgesetzbuchs angesehen werden kann. Das Gericht verurteilte den Angeklagten, der zurzeit eine ihm wegen Heftigkeit auferlegte einjährige Zwangsarbeitsstrafe verbüßt, zu einer Zusatzstrafe von 1 Monat Zuchthaus.

Eine Klage des Arbeitgeberverbandes des Baugewerbes wegen Nichtlieferung von Streikbrochern.

Ist bei einem gegenseitigen Vertrage der eine Teil mit der ihm obliegenden Leistung im Verzuge, so kann ihm der andere Teil zur Bewirkung der Leistung eine angemessene Frist setzen mit der Erklärung, daß er die Annahme der Leistung nach Ablauf der Frist ablehne. Nach dem Ablauf der Frist ist er berechtigt, Schadenersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen. Hat aber der Fristsetzende nach dem Vertrage die Pflicht, seinerseits vorzuliefern, hat er das aber nicht getan, so kann durch seine Fristsetzung der andere Vertragspartei nicht in Verzugs kommen und ist deshalb auch nicht zum Schadenersatz verpflichtet. Von diesen rechtlichen Gesichtspunkten aus ist der nachstehend mitgeteilte Rechtsstreit beurteilt worden:

Während des Bauarbeiterstreiks in Aachen im Jahre 1907 hatte sich der Kaufmann S. gegenüber dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Aachen durch einen Vertrag vom 14. Juni 1907 verpflichtet, binnen 14 Tagen 100 italienische Ziegelmänner und 150 Handlanger, zu beschaffen und zur Verfügung zu stellen. Zur Unterbringung der Arbeiter hatte der Verband ein den polizeilichen Anforderungen genügendes Quartierhaus unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, auch komplette Betten und die notwendigen Lische zu liefern, während das übrige Inventar und die Befestigung von S. geliefert werden sollte. Für Kost und Logis sollten jedem Arbeiter täglich 1,00 M. vom Lohn abgezogen werden. S. hat die Arbeiter nicht beschafft. Der Verband setzte deshalb am 17. und 25. Juli eine Frist bis zum 29. Juli zur Beschaffung der Arbeiter. Am 30. Juli erklärte darauf S. dem Verband, daß er,

da das zur Unterbringung der 250 Arbeiter zu stellende Quartierhaus noch nicht fertig und noch nicht ein einziges Bett vorhanden sei, die Erfüllung des Vertrages ablehne. Der Verband hat den ihm angeblid durch die Nichtbeschaffung der Arbeiter entstandenen Schaden von 6700 M. an den Architekten G. abgetreten, der die Summe gegen S. einlagte.

Das Landgericht Aachen hat zugunsten des Klägers erkannt. Dagegen hat das Oberlandesgericht Köln die Klage abgewiesen. In seinen Entscheidungsgründen führt das Oberlandesgericht aus: Die Einwendung des Beklagten, er sei nicht in Verzugs gewesen, weil der Verband seinerseits mit der ihm obliegenden Verpflichtung zur Stellung des Quartierhauses und der Betten im Verzuge war, bringt die Klage zu Fall. Diese Verpflichtung stellt sich nach der ganzen Sachlage als eine Vorleistung des Verbandes dar. Sie mußte spätestens mit Ablauf derjenigen Frist, die der Verband dem Beklagten zur Beschaffung der Arbeiter gesetzt hatte, erfüllt sein. Tatsächlich war aber damals das Quartierhaus noch nicht fertig. Ebenso wenig hat der Verband für Beschaffung der 150 Betten Sorge getragen, bei Ablauf der Frist waren 80 Betten und Kopfkissen noch nicht geliefert. Es handelte sich demnach um Erfüllung des Vertrages zu; der Beklagte konnte sonach seine Verpflichtung bis zur Erfüllung der Vorleistungspflicht des Verbandes verweigern. Aber auch wenn Jug am Jug zu leisten war, befand sich der Beklagte nicht im Verzuge. Bei Jug-am-Jugleistung bleibt der Verzugs aus, so lange der Schuldner die Leistung wegen Ausbleibens der Gegenleistung verweigern darf. Die Fälligkeit der Schuld tritt also nicht ein, so lange der Gläubiger nicht die zur Erfüllung seiner Leistung erforderliche getan hat, d. h. den Schuldner in Annahmeverzug gesetzt hat. Der Verband war aber zur Zeit der Fristsetzung nicht leistungsbereit. Der Kläger kann sich auch nicht darauf berufen, daß der Verband zur Unterbringung der Arbeiter in anderen Quartieren jeden Augenblick bereit gewesen sei. Der Kläger hatte ein Recht darauf, die von ihm zu beschaffenden Arbeiter in einem zu stellenden Quartierhaus untergebracht zu sehen. Dadurch wurde ihm die Befristung der Arbeiter erleichtert.

Die vom Kläger versuchte Revision wurde vom Reichsgericht am Dienstag verworfen.

Die Klage hätte schon deshalb abgewiesen werden müssen, weil die Verpflichtung zur Lieferung von Streikbrochern eine moralisch-widrige und deshalb vom Recht nicht anzuerkennende Leistung ist.

Versammlungen.

Die Wochenschriften des gelben Führers der Berliner Cafés angestellten wurden in einer öffentlichen Versammlung einer verächtlichen Kritik unterzogen, die am Montag früh 6 Uhr in den „Germaniafalten“ stattfand. Aus der Fülle von urfandlichen Notizen, welches der Referent Ordnung den aufmerksam lauschenden Versammelten vorlegte, kann an dieser Stelle nur das markanteste erwähnt werden. Der durch eingehenden Brief zur Versammlung geladene gelbe Hauptling Bernhard Bursin hatte durch ein umfangreiches Schreiben sein Fernbleiben zu beschönigen versucht, getreu dem Vorgehen eines seiner Vorgänger, der in ähnlicher Situation schon einmal vorgezogen hatte, Berlin überhaupt zu verlassen, als er sich vor Gericht wegen der im „Gastwirtschiffen“ gegen ihn erhobenen Anschuldigungen verteidigen sollte.

Der jetzige gelbe Führer Bursin hat früher selbst zu den jetzt von ihm in der gelben Bewegung verpöbelten „Noten“ gehört. Eine ihm seinerzeit für „Zettelverteilung“ zuerteilte polizeiliche Strafverfügung wurde vom Referenten unter allgemeiner, verständnisvoller Heiterkeit vorgelesen. Nachdem dieser Herr Bursin sich ohne Grund als Unterdrücker verbrüht hatte, war es ihm darum zu tun, seine Person in eine geschützte Position zu bringen. Dies geht schon daraus hervor, daß er sich im Anfang seiner Tätigkeit als Gründer eines gelben Vereins allen Ernstes bei den freigeorganierten Schülern anzubiedern versuchte; die Hauptfrage war ihm dabei die Schaffung einer gut dotierten Stellung. Da ihm das natürlich nicht gelang, verfuhr er sein Heil mit mehr Erfolg mit der Gründung bzw. Wiederbelebung eines „gelben Vereins“, welcher in Gehiltenreisen unter dem Namen „Schwimmender Berg“ bekannt ist. Seine alle Abhängigkeit an die „rote“ Vergangenheit beweist der gelbe Führer noch heute dadurch, daß er in Ermangelung eigener geistiger Fähigkeiten in dem gelben Verbandsorgan fortgesetzt Artikel veröffentlicht, welche vor Jahren in der „Sozialdemokratischen“ Zeitung „Der Cafésangestellte“ geandert haben.

Wie bereits berichtet, wurden die Cafésellner im „Café Wozz“ am Kollendorferplatz während der Verhandlungen mit den Vereitern ihrer Organisation entlassen. Es geschah dies deswegen, da mit die Führer der gelben Bewegung ihren Mitgliedern vorredeten konnten, im „Café Wozz“ befreit gar kein Streit. Die gelben Führer waren sich ihrer eigenen Gefährlichkeit so wenig sicher, daß sie von ihr annehmen mußten, zu Streikbrecherdiensten würdigen sie sich nicht hergeben. Der ganze Vortrag war den auch auf den Lohn gestimmten, die Anhänger des gelben Vereins von der Verantwortlichkeit der Mittel ihrer Führer zu überzeugen, soweit sich eben unter den Gelben Elemente befinden, welche bisher in Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse gehandelt haben.

In der Diskussion ergab sich denn auch, daß der Zweck des Vortrages vollkommen erreicht war. Der amesende Vorsitzende des gelben Vereins, welcher dieses Amt allerdings erst seit sechs Tagen bekleidet, drückte sich zwar sehr vorsichtig aus; aber er ließ durchblicken, daß nicht nur er persönlich, sondern auch ein Teil der ihm bekannten älteren Mitglieder der gelben Vereinigung das Leben im gelben Sumpf herzlich satt hätten. Auf eine harte Probe wurde die Disziplin der Versammelten gestellt, als sich ein weiteres Mitglied der Gelben als Gelber aus Prinzip erklärte und sowohl die eigenen, als auch namentlich die Führer der freigeorganierten Kollegen in geschäftlicher Weise beschimpfte. In seinem Schlusswort konnte der Referent die von gelber Seite teilweise verfuhrte Beschönigung des Verhaltens des gelben Führers Bursin auf das Gehörnde zurückweisen, worauf folgende Resolution zur einstimmigen Annahme gelangte:

„Die am 27. Januar in den „Germaniafalten“ togende, von zirka 1800 Cafésangestellten besuchte öffentliche Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen das vom Referenten charakterisierte Treiben und Verhalten des gelben Söldlings und seiner Gefolgschaft in dem Lohnkampf der Berliner Cafésangestellten.“

Die Versammlung verurteilt die Sonderbündelei der Gelben, weil durch die Zersplitterung der freigeorganierten organisierten Cafésangestellten in der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse behindert werden und nur die Schatzmacher des Unternehmertums an der Erlangung einer solchen Reformerorganisation Interesse haben. Das Bestreben der gewerkschaftlichen Organisation findet die notwendige Unterstützung der Versammlung, und verpflichtet sich die Anwesenden, erneut in eine lebhafte Agitation zur Gewinnung neuer Mitkämpfer einzutreten.“

Nach dem Abstimmungsresultat müssen sich auch eine größere Anzahl der amesenden Gelben für diese Resolution erklären haben.

Eingegangene Druckschriften.

Das Kind im Hause. Von Illi Droscher. 80 Bf. — Grundzüge und Forderungen der Frauenbewegung. 50 Bf. — Das Wissen der Gegenwart und Naturwissenschaft. Von C. Beard. 6 M. — Biologisches Experimentierbuch von Professor L. Schäffer. 4 M. — S. G. Teubner, Leipzig.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.
 Verwaltung: Kaffeebar: Arbeitsnachweis:
 Telefon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714.
 Donnerstag, den 30. Januar 1913, abends 6 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engelauer 15:
Klempner-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Bericht über die Verhandlung mit den Arbeitgebern betreffs des Tarifvertrags. — 2. Diskussion.
 Die Versammlung wird pünktlich um 6 Uhr eröffnet, da um 8 1/2 Uhr der Saal anderweitig vergeben ist.
 11/19 Die Ortsverwaltung.

Oeffentlicher Vortrag
 des Herrn **Arnold Ehret** aus Locarno, Schweiz, über:
Warum und woran verhungern heute selbst die reichsten Leute?
 Frageantwortung Freitag, den 31. Januar, in den Arminkallen, Kommandantenstr. 58/59. 22506
 Eintritt 50 Pf. Reservierter Platz 1 M.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Verwaltung Berlin.
 Heute Donnerstag, den 30. Januar, abends 6 Uhr:
Bezirks-Versammlung
 der **Maschinenarbeiter**
 für den Bezirk Osten, Ostliche Vororte und Weißensee in den Prachtställen des Ostens, Frankfurter Allee 151/152.
 Tagesordnung: 1. Bericht von den Verhandlungen mit den Arbeitgebern. 2. Wahl der Delegierten zu den Generalversammlungen. 3. Branzenangelegenheiten. 78/8
 Die Kommission.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 30. Januar 1913.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus, Ein Rosenkranz.
 Kgl. Schauspielhaus, Prinz Friedrich von Homburg.
 Deutsches. König Heinrich IV. 1. Teil.
 Königgräzer Straße. Brand. Komödienhaus. Ketter in der Not. Zirkus Busch. Gala-Vorstellung. Jitsus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
 Anfang 8 Uhr.
Urania. Paris und die Königschlösser von Versailles.
 8 Uhr: Dr. O. Heinroth: Die feineren Lebensgewohnheiten der Schwimmschwärmer.
Deutsches Opernhaus. Tiesland. Trianon. Wenn Frauen reisen. Theater am Nollendorferplatz. Die Studentengräfin.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Residenz-Theater. Der gute Ruf.
Die Frau Präsidentin. (Madame la Présidente). Schwanke in 3 Akten v. Hennequin u. Geyer. Morgen und folgende Tage: **Die Frau Präsidentin.**
Luisen-Theater. Donnerstag, abends 8 Uhr: Gastspiel: **Melanie Spielmann:** Nora oder: Ein Puppenheim. Schauspiel in 3 Aufzügen von Henrik Ibsen. Deutsch von R. Ungerer. Freitag, abends 8 Uhr: Gastspiel **Melanie Spielmann:** Nora oder: Ein Puppenheim.
ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
Mein Leopold.
 Volksstück in 3 Akten von Adolf Lüringe. Musik von R. Wal. — Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: **Mein Leopold.**
 Sonnabend, nachm. 4 Uhr: **Tausend und eine Nacht.**
Metropol-Theater
Chauffeur — ins Metropol!
 Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
 mit täglich neuem Repertoire! Abends 8 Uhr. Kassen geöffnet.
Apollon Theater
 Abends ab 8 Uhr: **Letzte Woche!** des grandiosen Programms. **Melisa** Ritschie Comp. **Knill und Kroll.** **Darius Yana.** 8 1/2 Uhr: **„Brüderlein fein“.** Alt-Wiener Singspiel von Jul. Wilhelm. Musik v. Leo Fall. usw.
Herrnfeld Theater
Der Höhepunkt des Lach-Erfolges!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
 mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Anf. 8 Uhr. Botenstr. 11-2 (Theaterstr.)
Folies Caprice.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Die drei Saison-Schlager: In Sachen Sakenstein. Die Doppelfirma. Die Tochter der Braut.
Walhalla-Theater
 Weinbergweg 19/20. Kofenthal. Tor. Abends 8 1/2 Uhr:
Goldener Leuchtturm.

Freie Volksbühne
Extra-Opernvorstellung
 Sonntag, den 2. Februar, 3 Uhr nachmittags, im Deutschen Opernhaus (Charlottenburg):
Mozart: Figaros Hochzeit.
 Deutsches Schauspielhaus
 Tragödie des Sophokles:
Elektra.
 Deutsche Oper in Charlottenburg
 Beethoven (23. Februar):
Fidelio.
 Thalia-Theater
 Gorki:
Die Feinde.
 Lessing-Theater
 Sonntag, 23. März
Extravorstellung: Die Weber.
 6. April:
Glaube u. Heimat.
 Residenz-Theater: **Francillon.**
 244/4 Die Geschäftsstelle: **G. Winkler.**

Urania
 Wissenschaftliches Theater.
 Taubenstraße 48/49.
 8 Uhr:
Paris und die Königschlösser von Versailles.
 Hörsaal 8 Uhr:
 Dr. O. Heinroth: **Die feineren Lebensgewohnheiten der Schwimmschwärmer.**
Zirkus Albert Schumann.
 Heute Donnerstag, 30. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Sport-Vorstellung.
 Das Tagesgespräch von Berlin! **Cäsarlos Löwen- und Tigergruppe.**
 Die wildeste Dressur d. Gegenwart Der Triumph des Todesmutes
 Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
 4 Bilder aus Indien.
 Zum Schluss: **Die Feuer-Fontäne.**
 Wirklich brennendes Wasser.
Casino-Theater
 Solbrigstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Die neue Lokalposse: Am grünen Strand der Spree!
 Sonntagnachmittag 4 Uhr: **Der Heimatlose.**
Theater Königstadt-Casino.
 Ecke Holzmarkt u. Alexanderstraße. 1 Minute v. Schön. Jannowbrücke Tägl. abends 7 1/2, Sonntag 7 1/2 Uhr:
Zwei rote Rosen.
 Beste m. Gesang — und das groß. Spezialitätenprogramm (Feb. 1. u. 16.: Programmwechsel).
Voigt-Theater.
 Donnerstag, den 30. Januar: Gastspiel in **Puhmanns Theater,** Schützenstr. 148.
Kean od. Genie und Leidenschaft.
 Komödie in 5 Akten von T. Sornen. Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Zirkus Busch.
 Heute Donnerstag, 30. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Das große Abschieds-Programm der glänzend. Januar-Attraktionen: Der Aeroplan im Zirkus (Ein Affe als Aviatiker!)
Toulouse, Balance-Akt
Mae Norton
 das Phänomen d. Magenstrainings! Zum Schluss: **Die große Prunk-Pantomime „Sevilla“**
 in 6 glänzenden Akten.
Voigt-Theater
 Gesundbrunnen, Badstr. 58. Jeden **Dienstag und Donnerstag: Großes bayerisches Bockbierfest**
 mit sensationell. Prämierungen. Preise 15, 10 u. 5 H. Bedienung durch echt bayr. Mad'ls. Kapelle des urförmlichen **Seppi Weinzierl** in München. Vollständig neue Dekorationen! — !! Stimmung !! — Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Reichshallen-Theater
 Stettiner Sänger. Zum 7 letzten Male: **Cavalleria schttucana.**
 Anfang 8 Uhr.
Nibles Fest-Säle
 Dennowitzstraße 13. Jeden Donnerstag: **Tanzfränzchen** und Bockbierfest. C. Nible.
Concordia-Festsäle.
 Inh.: M. Wendt u. A. Schütze. 64 Andreasstr. 64. Jeden Donnerstag: **Große Soiree** der allgemein beliebten und bekannten **Koffmanns Sänger** mit vollständig neuem Programm. Anfang 8 Uhr. Nach der **Frei-Tanz-Soiree:** Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Verwaltung Berlin.
Bezirk Charlottenburg.
 Sonntag, den 1. Februar 1913, im „Volkshaus“, Hofenstr. 3:
Großes Kostümfest
 verbunden mit humor. Vorträgen.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. 60 Label freundlichst ein (78/7) Das Komitee.
Neue Welt
 Arnold Scholz Hasenheide 108/114
 Heute Donnerstag, den 30. Januar: **Elitetag.**
Keine Fleischnot!!
 Großes **Spanferkelessen**
 Portion 80 Pf. Anschnitt 9 Uhr.
5 Kapellen. 30 bayrische Mad'ls.
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Im neuen Saal: Großer Ball.
Wirtshaus in den Stadtbahnbögen
 (früher Schippmannowski) (Bahnh. Börse) Spandauer Brücke (Bahnh. Börse) **Bock-Jubel und Trubel** — jeden Abend — mit großem Konzert — bei freiem Entree!
 Traiteur **Walter Seyring,** früher Reichshallen, jetzt noch Konzorthaus „zum Hofjäger“.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
 Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Geschwister. Elga.**
 Freitag, abends 8 Uhr: **Uriel Acosta.**
 Sonnabend, nachmittags 3.15 Uhr: **Zopf und Schwert.**
 Sonnabend, abends 8 Uhr: **Wolkenkratzer.**
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Das Konzert.**
 Sonntag, abends 8 Uhr: **Uriel Acosta.**
Schiller-Theater Charlottenburg.
 Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Schmetterlingsschlacht.**
 Freitag, abends 8 Uhr: **Die Hauheulerche.**
 Sonnabend, nachm. 8.10 Uhr: **Wallensteins Tod.**
 Sonnabend, abends 8 Uhr: **Hedda Gabler.**
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **König Lear.**
 Sonntag, abends 8 Uhr: **Die Schmetterlingsschlacht.**
Berliner Theater.
 8 Uhr: **Filmzauber.**
Theater in der Königgräzer Straße
 8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**
Theater am Nollendorferplatz 5.
 Ein allen Tassen der Woche 8 Uhr:
Die Studentengräfin.
Theater des Westens.
 Wiedereröffnung Sonnabend, 1. Febr. Zum 1. Male:
Die beiden Husaren.
Montis Operetten-Theater (fr. Neues Theater). Amt Norden 1141. 8 Uhr:
Der Frauenfresser.

Passage-Panoptikum
50 wilde Weiber
 Männer Kinder
 vom Stamme der Igorroten. Lebend! Ohne Extra-Entree!

Admiralspalast.
 Allabendlich: Das neue mit durchschlag. Erfolg aufgef. **Eisballett Flirt in St. Moritz**
 1. Akt: Wintersport in St. Moritz. 2. Akt: Soiree im Luxushotel.
 3. Akt: Japanisches Fest. Unter Mitwirkung der kl. Charlotte. Bis 5 U. u. v. 10 1/2, halb Kass.-Preise. Wein- u. Bier-Abt.
Trianon-Theater.
Wenn Frauen reisen.
 Anfang 8 Uhr.

„Clou“ :: Berliner :: Konzertthaus
 Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 99/101.
Großes Doppel-Konzert!
 Musik: **Kaiser-Alexander-Reg.,** Dirig. Kgl. Musikdir. **Brace.**
Zillerthaler und Tegernseer Sänger — **Schuhplattler und Jodler!**
 Anstich von Drei-Königshier, dem küstl. aller Münch. Doppelhiere. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Wirtshaus in den Stadtbahnbögen
 (früher Schippmannowski) (Bahnh. Börse) Spandauer Brücke (Bahnh. Börse) **Bock-Jubel und Trubel** — jeden Abend — mit großem Konzert — bei freiem Entree!
 Traiteur **Walter Seyring,** früher Reichshallen, jetzt noch Konzorthaus „zum Hofjäger“.

Unsern werthen Genossen
Karl Winskowky
 und seiner lieben Braut
Emma Manz
 Comeniusplatz Nr. 5, zu ihrer
 grünen Hochzeit ein
 dreifach donnerndes Hoch!
 Die Genossen des 263. Bezirks
 (1. Teil) des 4. Wahlkreises,
 15. Abteilung.
Karl laß' gießen!

Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein
 I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreises.**
 Bezirk 129a.
 Am Dienstag, den 28. Januar
 1913 verstarb unser Mitglied, der
 Buchbinder
Max Schubert
 Urbanstr. 56.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 31. Januar, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Halle des
 Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Ma-
 riendorf aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
 I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.**
 Stralauer Viertel, Bezirk 304 II.
 Den Mitgliedern zur Nachricht
 daß unser Genosse, der Kutcher
Otto Geser
 (Friedrichselder Str. 12)
 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 31. d. Mts., nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Central-Friedhofes in
 Wilhelmshagen aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

**Sozialdemokrat. Wahlverein I. den
 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises.**
 Köpenicker Viertel, Bez. 187 II.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Kaufmann
Franz Steinführ
 Eubrystr. 27, gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 31. Januar,
 nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des neuen Jerusa-
 loms-Kirchhofes in Reuthän,
 Hermannstr., aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Heute verschied mein teurer
 Mann, unser lieber Bruder,
 Schwager und Onkel, der
 Chemiker
Joseph Wollheim.
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 31. d. Mts., mittags
 12 Uhr, an dem Central-Fried-
 hofe, Friedrichselder, statt.
 Berlin, Prenzlauer Allee 16,
 den 28. Januar 1913.
 Im Namen der Hinterbliebenen:
Rosalie Wollheim
 2251b. geb. Lehler.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
 I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.**
 Am 28. d. Mts., verstarb unser
 Genosse, der Chemiker
J. Wollheim
 Prenzlauer Allee 16, Bezirk 478.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Frei-
 tag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von
 der Halle des hiesigen Fried-
 hofes in Friedrichselder aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
 Grünau.**
 Am Dienstag, den 28. Januar,
 verstarb nach kurzem Krankenlager
 im Alter von 86 Jahren unser
 Mitglied, der Galtwirt
Julius Duchaufour.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Frei-
 tag, den 31. Januar, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 Halle des hiesigen Friedhofes aus
 statt.
 201/1
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz
 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

**Deutscher
 Transportarbeiter-Verband.**
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Arbeiter
Wilhelm Ernst
 am 27. d. Mts. im Alter von
 44 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 30. d. Mts., nach-
 mittags 4 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des Neuen Jakob-
 Kirchhofes, Hermannstr., aus
 statt.
 61/12 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Keller
Max Nowka
 Bolener Straße 13, am 26. d. Mts.
 an Rückenleiden gestorben ist.
 Die Beerdigung findet heute
 Donnerstag, den 30. Januar,
 nachmittags 3 Uhr, von der
 Leichenhalle des Friedrich-Wer-
 bischen Kirchhofes in der Bergmann-
 str. aus statt.
 Ferner starb unser Mitglied,
 der Gärtler

Paul Wegner
 Müncheberger Straße 25, am
 28. Januar an Lungenleiden.
 Die Beerdigung findet am
 Sonnabend, den 1. Februar, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Central-Friedhofes in
 Friedrichselder aus statt.
 Ehre ihrem Andenken!
 Rege Beteiligung erbetet
 111/18 Die Ortsverwaltung.

**Allgem. Kranken- u. Sterbekasse
 der Drechsler
 und deren Berufsgenossen**
 (E. G. 66, Hamburg).
 Verwaltungsstelle Berlin B.
 Am 25. Januar verstarb unser
 Mitglied

Hermann Pusck.
 Ehre seinem Andenken!
 Beerdigung heute Donnerst-
 ag, nachmittags 4 Uhr, von der
 Leichenhalle des Neuen Jakob-
 Kirchhofes, Hermannstr., aus.

Allen Freunden und Bekannten
 die traurige Nachricht, daß mein
 lieber Mann, unser guter Vater,
 Großvater und Schwiegervater,
 der Schneider
Heinrich Rülke
 an den Folgen eines Unfalles ge-
 storben ist.
 Um stille Teilnahme bitten
 Witwe **Anna Rülke** geb.
 Wache,
Albert Rülke,
Willy Rülke,
Hans Rülke,
Luisa Liesenberg geb.
 Rülke.
 Die Beerdigung findet am Sonn-
 abend, den 1. Februar, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
 des hiesigen Friedhofes, Müller-
 str. u. Ederstr., aus statt.

Dauftagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme bei der Beerdigung meines
 lieben Vaters

Julius Michaelis
 sagen wir allen Beteiligten, ins-
 besondere den Genossen des 6. Berliner
 Reichstagswahlkreises, der Betriebs-
 leitung wie auch den Kollegen der
 Firma Koch u. Dein unseren herz-
 lichen Dank.
Richard Michaelis und Braut
 Schönwalder Straße 23.

Stoffe
 für elegante Maßanzüge, Ullster,
 Paletots Mtr. 4.-, 6.-, 8.- M. etc.
 Damen-Kostümstoffe, Damenuhche
 „Neuhelton“ Mtr. 2.-, 3.-, 4.- M.
 etc. Laden f. Pelermine Mtr. 1,50,
 2,50 M. etc. Schneidmeister, welche
 unsere Stoffe tadellos u. schick
 verarbeiten, weisen wir nach,
 Arbeitslohn nobet Zutatun zirka
 25,-, 30,- M. etc.
 Tuchlager Koch & Seelund G. m. b. H.
 Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der
 Patrikirche.
Masken-Garderobe
Willi Ernst,
 Köpenicker Straße 55b, I.
 Tint 201. 14089.
 Dr. Auswahl! Bill. Preise!
 Besondere dieser Annonce er-
 hält 10 Proz. Preisermäßigung.

Brennholz billig Brennholz
 Wir offerieren Brennholz (Eichen, Buchen, Birken etc.)
 in bekannter Güte (Boden 15 Pf. mehr pro Zentner)
 8-9 Zentner a M. 1,75 pro Zentner
 10-19 „ „ 1,70
 Ueber 20 Zentner bitten wir Spezialofferte einzuholen.
 Bestellungen telefonisch oder per Karte erbeten.
Holzschneiderei Merkur
 nur **Hohen-Schönhausen.**
 Telefon: Lichtenberg 3111 u. 3042.
 Nr. 3321 besteht nicht mehr.

**Zeitungs-Ausgabebestellen
 und Inseraten-Aufnahme.**
 Zentrum: Unter Dönhofsstr. 174, am Koppenplatz.
 2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Kirchbachstr. 14, hochparterre,
 S. und SW.: Hermann Berner, Grenzüngstr. 72.
 3. Wahlkreis: St. Fritz, Reimsstr. 31, Hof rechts dort.
 4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Gr. Frankfurterstr. 120.
 — Richard Dackelbusch, Petersburgerplatz 4 (Laden).
 4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kautzbergerplatz 14/15.
 5. Wahlkreis: Leo Busch, Hermannsplatzstr. 12 (Hof).
 6. Wahlkreis (Moabit): Salomon Joseph, Salzweberstr. 8.
 Wedding: J. Dönitz, Kogaretschstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm
 Baumann, Rheinsbergerstr. 67, Laden.
Gesundbrunnen: Jilger, Poststr. 6, Laden.
Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Greifenhagenstr. 27.
Adlershof: Karl Schwärzlose, Bismarckstr. 50.
Alt-Glienicker: Wilhelm Dürre, Köpenickerstr. 6.
Hauschulenweg: D. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.
**Bornau, Röntgenal, Zepernick, Schönov, Schön-
 brück und Buch:** Heinrich Brose, Mühlent. 5, Laden.
Bohndorf, Falkenberg und Falkenhof: Paul Gensch,
 Bohndorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Selenkammerstr. 1.
Eichwalde, Schmöckwitz: Oskar Mahle, Stubenrauchstr. 99.
Erkner, Neu-Zittau: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener
 Chaussee.
Friedersdorf-Petershagen, Eggersdorf: G. Döselbarth,
 Petershagen.
**Friedenau, Stoglitz, Südense, Groß-Lichterfelde,
 Lankwitz:** H. Berner, Altemstr. 5 in Stoglitz.
**Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche,
 Kl.-Schönebeck:** Emil Bertram, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Jenny Klein, Friedrichstr. 10.
Johannishof, Radow: Max Gonschur, Poststr. 6.
Karlshorst: Richard Rüter, Köpenickerstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen, Wildau: Friedrich Baumann,
 Dönhofsstr. 13.
Köpenick: Emil Wähler, Reherstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichselder, Hohen-Schönhausen:
 Otto Seidel, Gartenbergstraße 1 (Laden).
Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: P. Oehberg, Rant-
 dorf, Ferdinandstraße 17.
Mariendorf: August Lech, Chausseestr. 206, Hof.
Marienfelde: Emil Reinert, Berliner Str. 114 II.
Neuenhagen, Hoppegarten: Gustav Lech, Wolterstraße.
Neukölln: W. Heinrich, Redakt. 2, im Laden; Neukölln, Ort:
 Rott, Siegfriedstraße 23/24.
Nieder-Lehme: Karl Freitag.
Nieder-Schöneweide: Wilhelm Urrus, Brückenstr. 10, II.
Nowawes: Wilhelm Zappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelmshagenstr. 17, II.
**Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buch-
 holz, Blankenburg:** Rihmann, Mühlent. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmshagen und Schönholz:
 P. Gueich, Provingstr. 56, Laden.
Rummelsburg, Boxhagen, Stralau: A. Rosenkrantz, Alt-
 Boxhagen 56.
Schenkendorf u. Königs-Wusterhausen: Chr. Gantigle, Dorf-
 str. 10.
Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
**Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und
 Falkenhagen:** Köppen, Breitenstr. 64.
**Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust,
 Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder,
 Freie Scholle u. Reinickendorf-West:** Paul Rieckh,
 Borsigwalde, Mühlent. 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 16.
Tempelhof: Joh. Krohn, Doruffstr. 62.
Treptow: Rob. Gramenz, Riehlstraße 412, Laden.
Weißensee, Heinersdorf: R. Fuhrmann, Sebanstr. 105, part.
Wilmerdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert,
 Wilhelmshagen 27.
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Härtig, Zeuthen, Miersdorfer Str. 14.
 sämtliche Verteilertatun sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geteilt.

**Phänomen
 GOLD
 Feinste Cigarette**
 23

Die Volksschule
 steht gegenwärtig im Vordergrund des
 Interesses. Wer sich über die Volks-
 schule gut unterrichten will, der laufe
Die Volksschule wie sie ist
 Von Otto Kühle ... Preis 75 Pfennig
 Ungefürzte Vereinsausgabe 30 Pfennig
Die Volksschule wie sie sein sollte
 Von Otto Kühle ... Preis 75 Pfennig
 Ungefürzte Vereinsausgabe 30 Pfennig
 Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Cigaretten
 der
 Tabakarbeiter-Genossenschaft
Spezialität III
 Sie unterstützen uns, wenn Sie
 bei Ihrem Cigarettenhändler
 unsere Cigaretten fordern.
 Vertreter:
P. Horsch, Engelufer 15.
 Cigaretten- u. Tabak-Großhandlung.

Josefki
JUNO
 2 PF.
**QUALITÄTS-
 CIGARETTE**

**Inventur-
 Ausnahmepreis**
 Ein Posten neuester
**Prima - Bouclé -
 Teppiche**
 Beispiellos billig!
 Größe ca. Ml. Bisher
 165/235 cm 19⁷⁵ (27.00)
 200/300 cm 31⁵⁰ (45.00)
 250/350 cm 46⁵⁰ (65.00)
 300/400 cm 74⁵⁰ (107.50)
Teppich - Spezialhaus
**Emil
 Lefèvre**
 Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158.
 Räumungs-Extraliste
 (enorm billiger Angebote)
 gratis und franko.

Die Biersteuer im Ausschub.

Am Montagvormittag hielt der von der Stadtverordneten-Versammlung für die Bier- und Luftbarkeitssteuer eingefegte Ausschub seine zweite Sitzung ab. Obwohl diese Sitzung mehrere Stunden dauerte, kam sie in ihrem Ergebnis nicht weiter. Es wurde eine sehr eingehende materielle Prüfung durchgeführt, über die Steuerfrage hin und her geredet, aber zu irgend einer Abstimmung kam es auch diesmal noch nicht.

Das ist kein Wunder. Die Vorlage ist so unvollkommen vorbereitet, die Zahlen sind so differierend, daß ein klares Bild über den Ausgleich zwischen Malzsteuerzuschlag und Fabriksteuer, wenn überhaupt, so aus den bisherigen Zusammenstellungen des Kammerers und der Brauereien nicht zu gewinnen ist. Es kommt hinzu, daß die Steuerreform beim Bier überhaupt eine sehr komplizierte ist, und daß über die Auffassung der einzelnen Zahlen die größten Unterschiede bestehen zwischen dem Kammerer und einzelnen Ausschubmitgliedern, die von Brauereien informiert werden.

Aus den Erörterungen zur Sache selbst kann man jetzt so viel entnehmen, daß die bürgerlichen Vertreter nur gewillt sind, die neue Biersteuer auf einen Satz zu bringen, daß sie dem bisherigen Malzsteuerzuschlag gleichkommt. Die öffentliche Kritik und die sozialdemokratische Energie haben also wenigstens schon so viel erreicht, daß eine Erhöhung der städtischen Biersteuer für ziemlich ausgeschlossen gelten kann. Es ist aber charakteristisch, daß sich zu dem Standpunkte, die ungerade und bedrückende indirekte Besteuerung des Bieres in Berlin überhaupt aufzuheben, außer von den sozialdemokratischen Vertretern keine einzige Stimme im Ausschub erhebt. Dagegen ist es ebenso charakteristisch, daß sich die größeren Brauereien mit der neuen Ordnung der Steuer, wenn sie nur nicht über den bisherigen Ertrag des Malzsteuerzuschlages hinausgeht, je länger je mehr zu befreunden scheinen. Das ist von dem wirtschaftlich-kapitalistischen Standpunkt der Großbrauereien aus gesehen, kein Wunder. Für die Schultze, Pagenhofer und andere Großbrauereien ist nämlich die Rückvergütung für das ausgeführte Bier bei der neuen Besteuerung geradezu eine Prämie und ein Extraprofit, den sie natürlich mit besonderem Vergnügen einstecken werden, zumal er ihnen in verstärktem Maße dazu dienen wird, die kleinen Brauereien vollkommen aufzulösen.

Die nächste Sitzung findet in der nächsten Woche statt. Bis dahin soll erneut das Material nach Zahlen und übrigem Inhalt geprüft und verglichen werden. Es ist aber sicher, daß bei den verschiedenen Interessen der Brauereien und des Kammerers eine unzweideutige Klarheit über das Material nicht zu schaffen sein wird, und daß, wenn man die ganze Sache nicht überhaupt vertagen will, die bürgerliche Mehrheit dann mit einem Gewaltstreich zur Abstimmung kommen wird, und daß sie dann Steuerfrage festlegen wird, die keineswegs einen wirklichen Ausgleich zwischen Malzsteuerzuschlag und Biersteuer garantieren können. In diesem Falle wird aber das von auswärts eingeführte Bier mit einer Steuer belegt werden, das bisher steuerfrei eingeführt wurde.

Partei-Angelegenheiten.

Dahendorf bei Jossen. Am Freitag, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von F. Wiese in Gemeinschaft mit den Jossen Genossen der zweite Vortragskursus über die Technik der Landtagswahl statt. Referent: Genosse Heinig-Groß-Züchtersfeld.

Forstham. Die Wahlvereinsversammlung findet am Mittwoch, den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Glaser, Kaiser-Wilhelm-Straße statt. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erleben.

Berliner Nachrichten.

Schulimpfungen bei Diphtheriekranken. Während der im vorigen Winter herrschenden Diphtherieepidemie waren die städtischen Armenärzte ermächtigt, bei Erkrankungen Unbemittelter an Diphtherie entweder Schulimpfungen der übrigen Familienmitglieder, insbesondere der Kinder, mit Heilserum selbst vorzunehmen oder diese Personen dem zunächst gelegenen städtischen Krankenhaus zur kostenlosen Ausführung der Einspritzungen zu überweisen. Die angestellten Beobachtungen haben gezeigt, daß durch eine möglichst frühzeitige Serumbehandlung der Erkrankten (tunlichst innerhalb der ersten 24 Stunden) und die vorbeugende Impfung der der Ansteckungsgefahr ausgesetzten Personen, namentlich der Kinder, außerordentlich günstige Erfolge erzielt werden. Die Deputation für die städtischen Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege hat deshalb beschlossen, die Schulimpfungen, die, wie ausdrücklich betont wird, kostenlos erfolgen, auch in diesem Winter in allen städtischen Krankenhäusern wieder ausführen zu lassen. Von der Mitwirkung der Armen- und Schulärzte wird ausgiebiger Gebrauch gemacht werden, damit in allen geeigneten Fällen die in Betracht kommenden Personen den Krankenhäusern zur Serumimpfung zugewiesen werden.

Die Badeanlagen in den Gemeindeschulen Berlins werden noch lange nicht so ausgiebig benutzt, wie man es wünschen müßte. Die Vermählungen der Schule, die Kinder zur Vermählung anzuregen, bleiben leider noch recht oft ohne Erfolg. Unter den Ursachen wird immer wieder eine erwähnt, die besonders für den Winter in Betracht kommt: Die Furcht vor Erkältungen. Daß diese Sorge der Eltern doch nicht immer so ganz unbegründet ist, ergibt sich aus einer Mitteilung, die sich im letzten Jahresbericht über die Tätigkeit der Schulärzte Berlins findet. Ein Schularzt meldet aus seinem Bezirk, daß in denjenigen Schulen, die Badeanlagen haben, oft über Erkältung nach dem Bade geklagt und Dispensation vom Baden verlangt werde. Er fährt die Erläuterungen darauf zurück, daß die Kinder sich aus dem Baderaum in die ungeheizten Korridore begeben. Diesem Uebelstand wird abgeholfen werden, wenn überall die Korridorheizung, wie beabsichtigt ist, durchgeführt sein wird. Ein anderer Schularzt nennt neben der Erläuterung noch den Mangel an Handtüchern. Oft komme es vor, daß Kinder keine eigenen Handtücher mitbringen und dann vom Baden ausgeschlossen werden müßten. Er selber habe durch Belehrung und Aufmunterung in den Klassen erreicht, daß mehr Kinder sich am Baden beteiligten. Vollen Erfolg verspricht er sich, wenn die Schule noch einige Handtücher liefern könnte.

Ein paar Zahlen mögen zeigen, wie gering die Benutzung der Badeanlagen noch ist. Im Schuljahr 1911/12 wurden in den Gemeindeschulen Berlins von den städtischen 872 033 Baderbenner genommen, 541 074 von Anaben und 328 889 von Mädchen. Rechnet man das Jahr zu rund 240 Schultagen, so haben im Durchschnitt täglich nur rund 3600 Kinder gebadet. Nur

in den neueren Schulhäusern gibt es Badeanlagen; die ersten wurden im Jahre 1894 eingerichtet, und bis zum Schuljahr 1911/12 stieg ihre Zahl nach und nach auf 51. Der Durchschnitt pro Tag und Badeanlage ergibt nur rund 70 badende Kinder.

Die preussische Regierung und die Stadt Berlin.

Das von den Staatsbehörden der Stadt Berlin bezugte Uebelwollen, das bei den verschiedensten Gelegenheiten, zuletzt noch bei der Frage der Uebertragung der Wohnungspolizei und anlässlich der Frage der Eingemeindung Treptows nach Berlin zum Ausdruck gekommen ist, hat auch in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses zu Anfragen an den Minister geführt. Soweit die Uebertragung der Wohnungspolizei in Betracht kommt, hat sich der Minister damit herauszureden versucht, daß der Magistrat seinem Antrage eine Denkschrift eines Magistratssekretärs über die Errichtung eines Wohnungsamtes beigelegt habe, die dem Antrag des Magistrats entgegengestanden habe. Diese Ausrede kann von niemand ernst genommen werden. Dasselbe gilt von der ministeriellen Bemerkung über das ablehnende Verhalten der Kreis- und Provinzialbehörden in Sachen der Treptower Eingemeindung. Es ist nicht ohne Interesse, daß selbst Blätter wie die „Kölnische Zeitung“ und die konservativen „Neuesten Nachrichten“ sich gegen diese unziemliche Behandlung Berlins durch die Staatsregierung wenden. Die „Neuesten Nachrichten“ schreiben in einem Leitartikel:

„Wenn wir also die Klagen des Herrn Bernuth, die trotz der zurückhaltenden Form deutlich genug waren, als berechtigt anerkennen müssen, so hat das seinen Grund in der Form, in der das Gesuch des Magistrats behandelt wurde. Man hat ja die Sache bisher nur in der Darstellung der einen Seite gehört und wird die Auswertung der zuständigen staatlichen Stelle abwarten müssen. Jedenfalls aber sollte ein Gemeinwesen von der Bedeutung Berlins nicht in einer Weise behandelt werden, die irgendwie als Rücksichtnahme empfunden werden könnte, zumal in einer Frage, die eines der wichtigsten sozialen Probleme der Gegenwart in sich schließt. Der Staat kann bei der Durchführung einer wirklich großzügigen Wohnungsreform die Beihilfe der Gemeinden nicht entbehren. Er sollte sich gerade in dieser Frage eines Vorgehens enthalten, das irgendwie den Stempel kleinlicher Schikane an sich trägt.“

Wichtiger noch erscheint uns der Gegenstand, der am vorigen Freitag auf der Tagesordnung der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses stand. Die Wohnpolitik wird heute von fast allen Seiten als der Angelpunkt der „sozialen Frage“ betrachtet, und einer ihrer wesentlichsten Abschnitte ist die Schaffung von Freizeitanlagen für die Bevölkerung der großen Städte. Die Erhaltung des Grunewalds ist für die Bewohner Groß-Berlins geradezu eine Lebensfrage. Hier ist schon genug gesündigt, ist schon zu viel von dem unentbehrlichen Waldboden für die Bebauung hergegeben worden. Jetzt schweben, nachdem eine Verpachtung der gesamten Fläche an die Stadt Berlin als unzumutbar fallen gelassen worden ist, Verhandlungen über einen Verkauf. Wir können im Augenblick davon absehen, ob die vom Fiskus für die als Waldbestand dauernd in Aussicht genommene Fläche von 3000 Hektar genügend ist. Die Hauptsache ist, daß der Bevölkerung der weislichen Teile Groß-Berlins durch den Verkauf des Grunewalds an den Zweckverband keine unerträglichen Lasten auferlegt werden. In diesem Zusammenhang halten wir den Anspruch eines freiservativen Kommissionsmitgliedes, der Stadt Berlin dürfe nichts geschenkt werden, für sehr bedenklich. Er kann natürlich nur bedeuten, daß man versuchen müsse, dem Zweckverband eine möglichst hohe Summe für das Waldgelände aus der Tasche zu holen. Eine solche Summe würde aber nicht allein von den großen Vermögern getragen werden, sondern müßte notwendig durch erhöhte Steuern auch die breite minderbemittelte Bevölkerung belasten. Gerade diese also, für die der schnell zu erreichende Grunewald die einzige Stätte bildet, wo Licht und Luft zu haben sind, soll durch die Preispolitik des Fiskus gezwungen werden, ihre Erholung teuer zu bezahlen.

Die Frage hat nach unserer Ansicht eine grundsätzliche Bedeutung. Hier tritt wie schon so oft vorher (es sei nur an den Verkauf des Tempelhofes erinnert) der Mangel leitender Gesichtspunkte zutage. Die Gesundheit einer Bevölkerung von mehr als vier Millionen, die in den Groß-Berliner Gemeinden zusammengepackt ist, geht eben nicht nur diese Gemeinden allein an. Schon vom Gesichtspunkte der Militärtauglichkeit aus hat der Staat das dringendste Interesse daran, die Gesundheit der großstädtischen Bevölkerung, bei der der Prozentsatz der dienstuntauglichen in erschreckender Weise zunimmt, mit allen Mitteln zu fördern. Wenn wir auch nicht bezweifeln wollen, daß im allgemeinen in den Kreisen unserer Regierung diese Erkenntnis vorhanden ist, so wird ihr doch im Einzelfalle viel zu wenig Rechnung getragen. Zweifellos spielt hier jener „Reformpatritiosmus“ mit, über den sich schon Bismarck so bitter beklagt hat. Bei der Politik der einzelnen Ressorts, die in Preußen bekanntlich vollkommen selbständig sind, muß man die leitenden Gesichtspunkte nur allzu oft vermissen. An ihre Stelle tritt eine Plussmachererei, deren einziges Bestreben zu sein scheint, bei der Veröffentlichung des Etats mit einem städtischen Uebelwollen aufwarten zu können.

So verständig dieses Bemühen an sich auch sein mag, höher müssen ihm gegenüber die Forderungen der Allgemeinheit stehen. Der Verkauf des Grunewaldes ist eine Gelegenheit, diesen Forderungen Geltung zu verschaffen. Die besten Wohnungsgesetze müssen in ihren Wirkungen verlieren, wenn die Erhaltung der dringend notwendigen Freizeitanlagen durch eine Politik gefährdet wird, die sich ausschließlich von fiskalischen Gesichtspunkten leiten läßt.“

Schuljahr wegen Diphtherieerkrankungen.

Wegen Diphtherie hat heute die VII. Klasse der 188. Gemeindeschule (für Mädchen) in der Stephanstr. 3 bis zum 1. Februar geschlossen werden müssen. Es sind fünf Diphtheriefälle, darunter zwei tödliche, vorgekommen. Die notwendigen sanitären Maßnahmen sind sofort getroffen worden. Die Kinder der geschlossenen Klasse werden am 1. Februar vom städtischen Untersuchungsamt auf Bazillen untersucht werden. Bazillenträger werden dann vom Schulbesuch vorläufig ausgeschlossen.

Außerdem ist gestern wegen Ziegenpeter die VI. Klasse der 148. Gemeindeschule (für Mädchen) in der Rulmstr. 15 ebenfalls geschlossen worden. Es sind 15 Kinder erkrankt. Der Wiederbeginn des Unterrichts ist auf den 10. Februar festgesetzt.

Aus Verzweiflung über den Tod des Geliebten versuchte gestern nacht die 30 Jahre alte Köchlerin Martha K. im Hause Steinmühlstraße 45 sich und den zehnjährigen Knaben Willi Franke mit Leuchtgas zu vergiften. Die näheren Umstände, durch die Fräulein K. zu dieser Verzweiflungstat getrieben wurde, sind recht tragischer Natur. Schon seit Jahren lebte sie mit dem Hausdiener Franke, der Witwer war, zusammen und sorgte für seinen Sohn Willi wie eine Mutter. Fr. beabsichtigte, jetzt das Mädchen zu heiraten; er hatte bereits das Angebot bestellt, doch wurde er vor wenigen Tagen plötzlich von einer tödlichen Krankheit dahingerafft. Die K. konnte den Tod des Mannes nicht überwinden. Dienstag abend kaufte die K. eine Flasche starken Weins, gab dem Jungen davon reichlich zu trinken und legte sich dann, nachdem sämtliche Wassbehälter der Wohnung geöffnet waren, mit ihm zu Bett. Als Hausbewohner gestern früh, durch den Gasgeruch argwöhnisch gemacht, die Tür erdrachen, fanden sie beide

leblos vor. Einem Arzt und den mit einem Sauerstoffapparat herbeigekommenen Rettungsmannschaften der Feuerwehr gelang es schließlich, erst den Knaben und nach langen Bemühungen auch die K. wieder ins Leben zurückzurufen. In bewußtlosem Zustande wurde die K. in die Charité eingeliefert; auch der Junge mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden, doch besteht für ihn keine Lebensgefahr.

Der „Zürrevisor“, über dessen Auftreten wir schon öfter berichteten, hat gestern wieder einmal reiche Beute gemacht. In der Bihleener Straße zu Charlottenburg hatte sich eine Mieterin eines herrschaftlichen Hauses schon wiederholt beim Pförtner beklagt, daß eine Plünderung in Ordnung war. Der Pförtner versprach Abhilfe, sah sich denn die Sache auch einmal an und schickte dann zum Hauswirt mit der Bitte, einen Handwerker zu senden. Nachmittags um 2 Uhr kam der „Zürrevisor“, erklärte der Mieterin, daß der Hauswirt ihn beauftragt habe, die Türen nachzusehen und auszubessern, ließ sich gleich die schadhafte Tür zeigen und machte sich nun an die Arbeit. Die Frau sah dann beim Essen und Nummerierte sich ebensoviele wie ihr Personal um den vermeintlichen Handwerker. Als sie später im Schlafzimmer ihren Schmuck anlegen wollte, um Besuche zu machen, entdeckte sie zu ihrer unangenehmen Ueberraschung, daß der „Zürrevisor“, der unterdessen weggegangen war, für 3000 Mark Wert- und Schmuckstücke mitgenommen hatte, eine goldene Uhr mit Kette, ein paar Brillantohrringe, die allein 1000 Mark wert sind, eine Korsettweite und anderes mehr. Erst jetzt ergab sich, daß der Hauswirt noch niemand geschickt hatte. Der falsche „Revisor“ und Dieb scheint in diesem Falle von der Schadhaftheit einer Tür irgendwie Kenntnis erhalten zu haben, denn er wandte sich gleich an die Mieterin, die sich schon öfter beschwert hatte. Sonst kommt er in der Regel aufs Geratewohl. Er ist ein Mann von 25 bis 27 Jahren und 1,60 Meter groß, hat schwarzes Haar, einen kleinen Schnurrbart und ein blaßes, längliches Gesicht.

Auf die evangelischen Küster hatte es ein Schwindler abgesehen, der jetzt verhaftet wurde. Es ist ein Buchhalter Herbert Vertram. Der Mann landwirtschaftete aus, wann die Küster nicht zu Hause waren, suchte dann die Küstereien auf und legte gefälschte Quittungen über ein Abonnement auf den „Evangelischen kirchlichen Anzeiger“ vor. Die Angehörigen der Küster, die nicht Bescheid wußten, zahlten arglos die verlangten 5 M., und waren darum betrogen. Auf eine Anzeige hin ließ die Kriminalpolizei sogleich alle Küster warnen und so gelang es, den Schwindler zu fassen, als er wieder eine Quittung vorlegte. Bei seinem Verhör erklärte Vertram, daß ihm sein Schwindel sehr leicht gemacht worden sei.

Seinen Verletzungen erliegen ist der Arbeiter Hermann Gule, Chodowickstraße 26 wohnhaft. Er stürzte, während er mit anderen Arbeitern auf einer neu erbauten Brücke auf dem Rummelsburger Betriebsbahnhof beschäftigt war, aus beträchtlicher Höhe herab und zog sich schwere Verletzungen zu. Der Bedauernswerte ist gestern nachmittag im Rummelsburger Krankenhaus gestorben.

Straßenbahnunfall. Beim Besteigen eines fahrenden Straßenbahnwagens ist ein Fräulein Emmy Friedrich schwer zu Schaden gekommen. Fr. F. versuchte am Dienstagnachmittag am Bahnhof Zoologischer Garten auf einen nach dem Spandauer Bod fahrenden Straßenbahnwagen der Linie B aufzuspringen, kam jedoch zu Fall und blieb besinnungslos auf dem Straßenpflaster liegen. Fräulein F. trug eine Quetschung des Brustkorbes und erhebliche Hautabwühlungen davon. Die Verunglückte erhielt auf der nahen Unfallstation die erste ärztliche Hilfe und wurde dann nach ihrer Wohnung gebracht.

Kinematographische Vorstellungen mit erklärendem Vortrag finden regelmäßig auf der Treptow-Sternwarte statt und zwar: Sonnabend, den 1. Februar, 4 Uhr: „Eine Weile ins Weltall“, Vortragender Dr. Dr. Archenhold; 6 Uhr: „Die deutschen Nord- und Ostseeflästen“; 8 Uhr: „Der Rhein von der Quelle bis zur Mündung“. Am Sonntag, den 2. Februar, 3 Uhr: „Der deutsche Wald, was in ihm lebt und aus ihm wird“; 6 1/2 Uhr: „Der Rhein von der Quelle bis zur Mündung“; 8 Uhr: „Die deutschen Nord- und Ostseeflästen“. Sämtliche kinematographische Vorstellungen sind für den Besuch der Jugend freigegeben. Außerdem spricht am Sonntag um 5 Uhr Dr. Dr. F. S. Archenhold in einem mit zahlreichen Licht- und Drehbildern ausgestatteten Vortrage über „Das Geheimnis des Weltbaues“. Montag, abends 7 Uhr, über: „Unser Wissen von den Sternentwelen“. Mit dem großen Fernrohr wird täglich die Venus, Saturn und Orionnebel gezeigt.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Der Stadthaushaltsdetal für das Rechnungsjahr 1913 fällt in Einnahme und Ausgabe mit 64,26 Millionen, wovon 38,84 Millionen auf den Hauptetat entfallen, das Extraordinarium in Einnahme und Ausgabe mit 18,71 Millionen, wovon 8,53 Millionen auf den Hauptetat entfallen, ab. Die Gemeindeeinkommensteuer soll in Höhe eines Zulags von 110 Proz. zur Staatseinkommensteuer zur Erhebung gelangen; Realsteuern in Höhe von 170,30 Proz. der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und zwar die Gemeindegewerbesteuer in Höhe von 132,10 Proz. der staatlich veranlagten Gewerbesteuer, das sind 150 Proz. der in den Gewerbesteuerklassen I und II, und 100 Proz. der in den Gewerbesteuerklassen III und IV staatlich veranlagten Sätze, wovon die Gewerbesteuer in der Klasse IV und auch in den unteren Stufen der Klasse III außer Erhebung gestellt werden sollen. Die Gemeindegrundsteuer wird in Höhe von 181 Proz. der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer, das sind 2,7 pro Mille des gemeinen Wertes der bebauten und 5,4 pro Mille des gemeinen Wertes der unbebauten Grundstücke, vorge schlagen. Die übrigen Steuern und Gebühren sollen in der bisherigen Höhe erhoben werden. Eine genaue Betrachtung des Etats läßt erkennen, daß auch Charlottenburg nicht mehr in der Lage ist, mit den bisherigen Steuererträgen und den sonstigen ständigen Einnahmen die fortgesetzt wachsenden kommunalen Bedürfnisse zu befriedigen. Ganz besonders tritt dies in Erscheinung beim Schuldendienst, der infolge Verzinsung neuer Anleihen und durch Bildung eines Sammelfonds für Zwecke, für die sonst Anleihenmittel verwendet zu werden pflegen, um etwa 1 Million angewachsen ist. Auch andere Kapitel erfordern erhebliche Zuschüsse. Dies gilt vornehmlich vom Krankenhausetat, dessen Ausgaben durch Inbetriebnahme eines neuen Frauenkrankenhauses und des Waldhauses Charlottenburg in Sommerfeld ganz erheblich angewachsen sind. Außerdem sind die Anforderungen der Schul-, Bau- und Armenverwaltung naturgemäß andauernd im Steigen begriffen. Im übrigen sind die vorhandenen Anstalten für soziale Fürsorge und Wohltätigkeit nur weiter ausgebaut; neue Einrichtungen sind im Etat nicht vorgesehen. Die allgemeine Anspannung der finanziellen Verhältnisse hat seine Wirkung auch auf die einmaligen Ausgaben angeübt, die infolge dessen von 2 884 000 M. im Vorjahre auf 2 077 000 M. zurückgegangen sind.

Neufölln.

Städtischer Verkauf Münchener Str. 2. Heute Donnerstag gelangen nachstehend angeführte frühe Gefäße zu den von der Markthalenverwaltung Berlin festgesetzten billigen Preisen zum Verkauf: Stablium ohne Kopf 23 Pf., im Ausschütt 26 Pf., Seelachs ohne Kopf 23 Pf., im Ausschütt 26 Pf., Schellfisch im ganzen 31 Pf., Goldbars 26 Pf., Schollen (Zandern) 26 Pf. und Notzungen 28 Pf. pro Pfund.

Schöneberg.

Ebenso wie der Charlottenburger Magistrat hat nunmehr auch der Magistrat von Berlin-Schöneberg bei der Beendigung seiner

